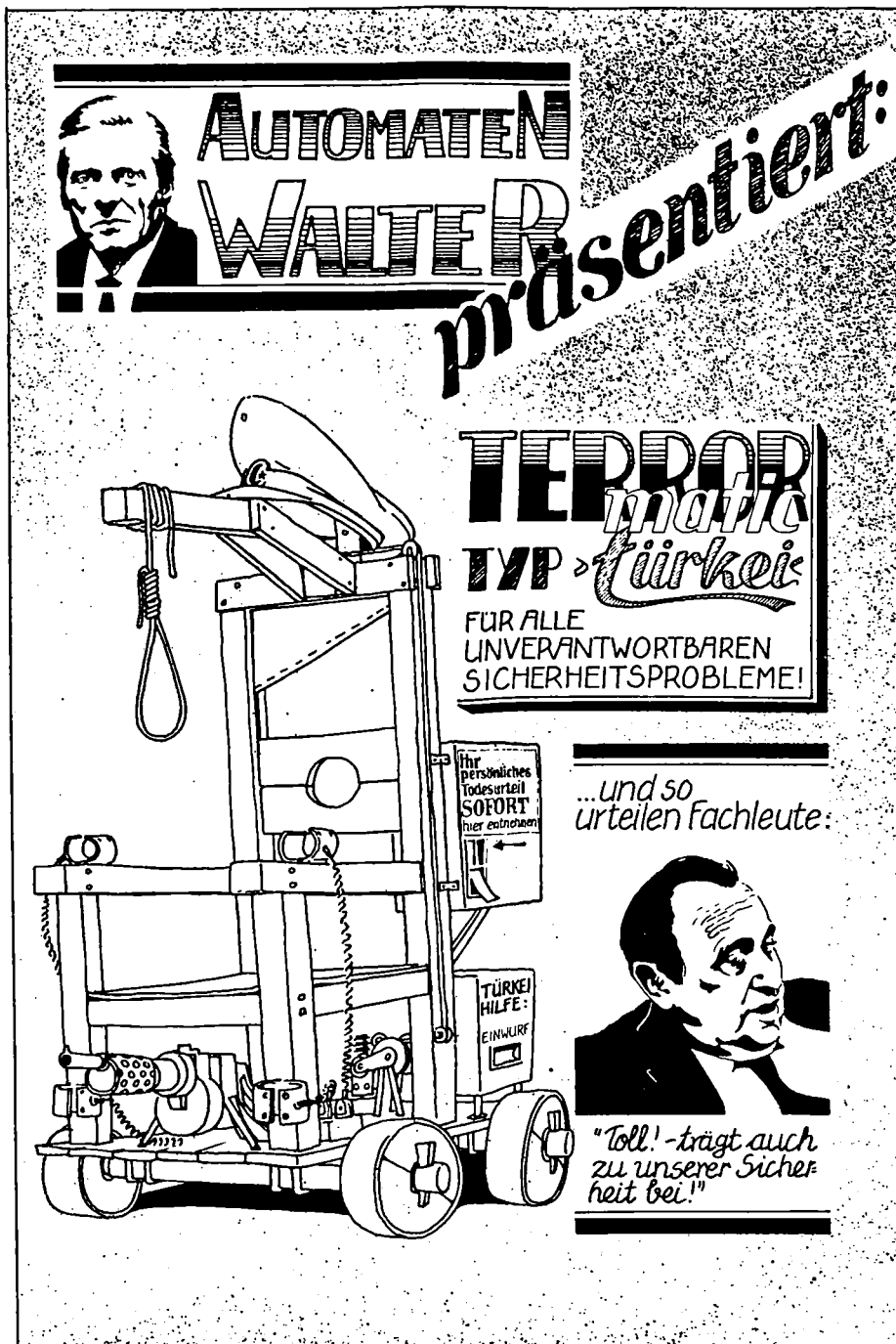


Politische Berichte



27. März 1982
Jg. 3 Nr. 7

G 7756 D Preis:
2,50



Reaktion: CDU/CSU auf dem parlamentarischen Vormarsch! Können weitere Stimmzugewinne verhindert werden? Seite 3



CDU und Bischöfe: Die Reaktion will die Zwangsgermanisierung oder Abschiebung von Ausländern Seite 8



Großbritannien: Rasche Verelendung für viele Arbeiter, Thatcher für noch niedrigere Löhne Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Reaktion: CDU/CSU auf dem parlamentarischen Vormarsch! Können weitere Stimmenzugewinne verhindert werden? Seite 3

Gegen Reaktion und Chauvinismus der CDU – Erklärung zur Unterstützung der Liste der KPD Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Lohnbewegung: Kapitalisten melden Ansprüche auf noch mehr Lohnsenkung an Seite 7

CDU: Angriffe auf die Postbeschäftigten Seite 7

CDU und Bischöfe: Die Reaktion will die Zwangsgermanisierung oder Abschiebung von Ausländern Seite 8

Belgien: Ein erster Erfolg der Kampfaktionen Seite 9

„Hallo“: BRD-Propaganda für Osteuropas Jugend Seite 9

Elektroindustrie: Auf dem Rücken der Beschäftigten jagen die Monopole nach neuen Marktanteilen Seite 10

VDS-MV: Wenig Nützliches für die Studentenbewegung Seite 11

SPD-Bundesparteitag: Gefahr falscher Frontbildung ... Seite 12

EG-Agrarpolitik: Die „Reform“ wird unzählige Bauern ruinieren – für die westdeutsche Bourgeoisie bringt sie gleich mehrere Vorteile Seite 13

Gemeinsame Agrarpolitik – kalkulierter Ruin der kleinen Bauern von Anfang an Seite 14

Einige Daten zum Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche Seite 16

Forderungen des Deutschen Bauernverbandes zur EG-Agrarpreisrunde Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW): Massenentlassungen und verstärkte Arbeitshetze und Schinderei geplant Seite 19

SKF: Betriebsvereinbarung „Verdienstaustausch“ Seite 19

Daimler-Teststrecke: Bundschuh-Genossenschaft fordert Ablehnung durch den Landtag Seite 20

Göttingen: Modellversuch „Geheime Stadtpolizei“ Seite 21

Deutsche Volksunion: CSU erläßt kein Veranstaltungsverbot Seite 21

Hambacher Fest: Tag der „Einheit und Nationalwürde“: Bezugspunkte für die Friedensbewegung? Seite 22

Lernziel: Vaterlandsverteidigung Seite 23

Ackermann-Göggingen AG: Verlagerung und Konzentration Seite 23

Münchner Zeitungsverlag: Warnstreik gegen geplante Entlassungen Seite 23

Wasserversorgung: Kampf gegen Raubbau der Harzwasserwerke Seite 24

NRW: Bleiverseuchung in Stolberg Seite 24

Wohnen in Hamburg: Die meisten Wohnungen haben Vorkriegsniveau – Wer wenig verdient, wohnt schlecht Seite 25

Fehlbelegungsabgabe: Kassiert wird unterhalb des Durchschnittslohns Seite 26

Stichwort: Wohnungsstandard Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Sowjetunion: Gewerkschaften auf Hebung der Nahrungsmittelproduktion verpflichtet Seite 29

Vietnam: KP-Parteitag behandelt Wirtschaftsmisere ... Seite 29

Iran: Parlament berät Agrarreform Seite 30

Argentinien: Gewerkschaften planen Generalstreik Seite 30

USA: Widerstandsbewegung gegen Intervention Seite 30

Spanien: Putschprozess – die Drahtzieher fehlen Seite 31

Großbritannien: Rasche Verelendung für viele Arbeiter, Thatcher für noch niedrigere Löhne Seite 32

Thatchers „Haushalt für die Industrie“: Die Arbeiterbevölkerung zahlt Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

„Die Sensationsreporterin“: Ein Melodrama um Presseopfer und die Grenzen der Pressefreiheit Seite 34

„Disco Dracula“ – das Kreuz siegt Seite 34

„1985“: Angriff auf die Gewerkschaften Seite 34

Keine Startbahn West Seite 35

Fernsehserie: „Das Krankenhaus am Rande der Stadt“ Seite 35

Sowjetunion: Chruschtschows Agrarpolitik und ihre Folgen Seite 36

Demokratische Sozialisten: Vor Gründung der Partei keine Klarheit über die Prinzipien Seite 37

Steuergerechtigkeit: Bourgeois bringen Milliarden auf die Seite Seite 38

IFO: „Steueraufkommen '82: Neuer Belastungsschub bei der Lohnsteuer“ Seite 39

Reaktion

CDU/CSU auf dem parlamentarischen Vormarsch! Können weitere Stimmenzugewinne verhindert werden?

Die CDU gewinnt weiter an Einfluß. Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein vor drei Wochen konnte die CDU ihre absolute Stimmenzahl bei geringerer Wahlbeteiligung wiedererlangen. Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen hat die CDU ihre absolute Stimmenzahl vergrößern können. Gleichzeitig gewann die F.D.P. in Niedersachsen deutlich an Stimmen. 1978 waren die F.D.P.-Stimmen mit der politischen Absicht einer Koalition mit der SPD abgegeben worden. Umfragen besagen, daß die Stimmen für die F.D.P. diesmal für eine mögliche Koalition mit der CDU zu bewerten sind. Da die CDU die absolute Mehrheit hat, wird es dazu nicht kommen. Auch wenn die Grünen in den Landtag einziehen werden, dann im wesentlichen mit Stimmenzugewinnen von der SPD. Aber auch zusammengekommen haben SPD und Grüne in Niedersachsen absolut an Stimmen verloren. Die DKP hat leicht an Stimmen verloren. Daß der BWK in den vier Wahlkreisen, in denen er überhaupt kandidieren konnte, die ohnehin nicht guten KBW-Stimmenergebnisse der Bundestagswahlen 1980 nicht erreichte, paßt in dies unerfreuliche Gesamtbild. Unumstritten ist in der Öffentlichkeit, daß durch den Einzug der Grünen in den Landtag sich jetzt vier große Parteien herausgebildet haben.

Geißler von der CDU fordert bereits kurz nach Bekanntwerden des Wahlsiegs der CDU in Niedersachsen Neuwahlen zum Bundestag, mit dem Hinweis auf Veränderung der politischen Situation in der BRD. Als möglicher Kanzlerkandidat ist nicht mehr F.J. Strauß im Gespräch, sondern die CSU

will positiv über eine Kandidatur Kohls diskutieren. Damit soll der parlamentarische Druck auf die SPD/F.D.P.-Regierung vergrößert werden. Neuwahlen können aber auch die weiteren Landtagswahlen am 6. Juni in Hamburg, 25. Juli in Hessen und am 10. Oktober in Bayern bewirken. Ein Wahlsieg der liberalen und konservativen Kräfte in Hamburg oder Hessen könnte das politische Geschehen in Bonn, durch eine deutliche Mehrheit der CDU im Bundesrat, so verändern, daß vor allem die F.D.P. in der Regierung auf Neuwahlen drängt.

In den Wahlkämpfen in den letzten Wochen rückten die wirtschaftspolitischen Positionen der Parteien in den Vordergrund der Diskussion. Dies wird bei den kommenden Wahlausainandersetzungen nicht anders sein. Die SPD verteidigt in den Auseinandersetzungen bei den Kommunal- und Landtagswahlen die Politik der Bundesregierung. Da in der SPD die Ideologie des Gemeinwohls keine geringe Anhängerschaft hat und da die Regierung Schmidt/Genscher oft Positionen der CDU/CSU übernimmt, hatte die CDU in den Wahlausainandersetzungen einen großen Spielraum. Dies ist ein Grund, warum die CDU in ihrer Propaganda offen reaktionär die Interessen der arbeitenden Bevölkerung angreifen kann:

Die CDU stellt Forderungen nach *Investitionserleichterungen für die Kapitalisten* in den Vordergrund: „Wir wollen, daß der unternehmerische Mut und die Leistung des einzelnen Bürgers anerkannt und honoriert werden. Nur Marktwirtschaft schafft Wachstum,

Wettbewerb und damit krisensichere Arbeitsplätze.“ (1) Dies ist direkt verbunden mit Forderungen nach Senkung der Gewerbesteuer (Geißler), und Forderungen, wie sie vor kurzem der bayerische Ministerpräsident Strauß auf der traditionellen Aschermittwochskundgebung in Passau erhob: „Der Körperschaftsteuersatz muß von 56 auf 50 Prozent herunter“ (2); die CDU in Hessen fordert den „Abbau bürokratischer und politischer Hindernisse für private Investitionen“ (3). Ideologien einer „Schicksalsgemeinschaft der in der Wirtschaft tätigen Menschen“ (Stoiber) werden propagiert, wobei die entgegengesetzten Tätigkeiten von Arbeit und Nicht-Arbeit deshalb keine Beachtung finden sollen, da alle „in einem Boot sitzen“.

Auf einigen Wahlveranstaltungen in Niedersachsen haben CDU-Redner gegen ein „Anspruchsdenken“ in der Bevölkerung polemisiert und *Kürzungen bei sozialen Leistungen* gemeint. Die CDU tritt nicht für eine besondere Absicherung von sozialen Rechten gegenüber dem Staat in ihren Wahlprogrammen ein. Stattdessen fordert die CDU mit dem Subsidiaritätsprinzip Übernahme von sozialen Leistungen des Staates in die Familie. Dies setzt aber voraus, daß ein Familieneinkommen dies ermöglicht. Das ist aber vor allem im Bereich der Schlechtverdienenden nicht möglich. So sind die Forderungen der CDU direkte Beschränkungen von sozialen Ansprüchen für Tausende. Reaktionär und demagogisch sind die Begründungen der CDU in ihren Wahlprogrammen: Kindergärten sind keine „Aufbewahrungsorte



Gegen Reaktion und Chauvinismus der CDU – Erklärung zur Unterstützung der Liste der KPD

Die CDU hofft, den Senat der Stadt Hamburg zu bilden oder wenigstens mitzubilden. Mit der CDU hoffen die Banken, das große Kapital und die Generalität. Die besitzenden Klassen haben in den jetzt schon langen Krisenjahren ihrer Wirtschaft bereits demonstriert: Für das Anwachsen ihres Reichtums, für die Entwicklung ihrer Weltgeltung, für die ungeschmälerte Erhaltung ihrer Herrschaft, was für die Kapitalisten 'Überwindung der Krise' bedeutet, ist kein Preis zu hoch – immer vorausgesetzt, die arbeitenden Klassen haben ihn zu zahlen. Der Weg der Minderung des Lohn- und Lebensstandards, von Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, des Abbaus der Leistungsverpflichtungen von Sozial- und Krankenversicherungen ist beschritten. An der sozialliberalen Losung der frühen siebziger Jahre – „Mehr Demokratie wagen“ – ist heute nur noch richtig, daß in der Tat immer mehr riskiert, wer für demokratische Politik einzutreten wagt, sei es in unmittelbaren Belangen wie z.B. Schul-, Wohnungs-, Umweltangelegenheiten, sei es in allgemeinpolitischen Belangen wie der Rüstungspolitik. Die Sozialdemokratie ist dieser Entwicklung nicht erfolgreich entgegengetreten.

Bei dem sozialdemokratischen Konzept der Krisenbewältigung, das auf blindem Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit der Kapitalistenwirtschaft beruht, haben sozialdemokratische bzw. mit sozialdemokratischer Beteiligung gebildete Regierungen und Verwaltungen des Bundes, der Länder und Gemeinden nur eins erreicht, daß heute infolge der enorm angewachsenen Staatsverschuldung ihre Abhängigkeit derart ist, daß über den Bestand dieser Regierungen in Wahrheit eine Handvoll Großbanker entscheiden kann. Für die Politik sozialdemokratischer Regierungen spielt gegenwärtig die Erlangung von Kreditwürdigkeit bei den Großbanken eine größere Rolle als Nutzen und dadurch Glaubwürdigkeit bei den arbeitenden Klassen. Dies erklärt auch den absurden Einfluß, den Leute wie Lambsdorff auf die Politik der Regierung nehmen können.

Selbstverständlich rächt sich diese zunehmend reformfeindliche und immer ausschließlicher an den Kapitalinteressen orientierte Politik der SPD bei den periodisch wiederkehrenden parlamentarischen Wahlen, und selbstverständlich wünschen viele Sozialdemokraten diese Politik nicht. Im heutigen politischen Leben zeichnet sich fortwährend klarer ab: Der Kapitalistenklasse ist aber selbst der Rest an politischer Verpflichtung von SPD-Regierungen und -Verwaltungen gegenüber den arbeitenden Klassen immer noch viel zu viel. Die Reichen wollen eine Regierung, die den arbeitenden Klassen mit Mitteln staatlicher Gewalt den Anspruch austreibt, politischen Einfluß geltend zu machen und ihre Interessen gegenüber den Reichen zu wahren. Würde es der CDU in Hamburg gelingen, eine zur Senatsbildung ausreichende Wählerbasis zu finden, so wäre das ein großer Schritt auf dem Weg der Reaktion. Das wissen viele. Wieso macht sich dann die CDU ernsthaft Hoffnung, eine solche Wählerbasis in Hamburg gewinnen zu können?

Die CDU ist eine chauvinistische Partei. Sie nutzt die allgemeine Unsicherheit und Existenzangst aus, die aus der nun schon jahrelangen Krise der Kapitalistenwirtschaft in der BRD und des kapitalistischen Weltmarktes entsteht. Die CDU sammelt Anhang, indem sie jedem rät, seine Haut auf Kosten anderer zu retten, und allen möglichen Personengruppen verspricht, ihnen bei diesem Geschäft von Staats wegen behilflich zu sein. In Hamburg legt Leisler Kiep großen Wert auf die Behauptung, er sei liberal. Das ist so weit nicht einmal gelogen, als er und seine Partei die gnadenlose Konkurrenz der Lohnabhängigen gegeneinander wollen, was ein echt liberales Ziel und für das politische Durchsetzungsvermögen der arbeitenden Klassen tödlich ist; diese können bloß solidarisch etwas erreichen.

Die Zerstörung der Solidarität nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern auch der zahlreichen politischen und sozialen Bewegungen, die außerhalb des Kontrollbereichs bürgerlicher Politik entstanden sind, ist das Anliegen der Union, denn deren Wille zur Zusammenarbeit, deren Solidarität im

Kampf um im einzelnen durchaus verschiedene Interessen ist heute die fast letzte Schranke, die die Reichen von uferloser Bereicherung und diesem Ziel dienlicher zügelloser Aufrüstung von Militär und Polizeiapparat trennt. Die schmutzige Idee, die Folgen der kapitalistischen Krisenwirtschaft einzelnen Personengruppen aufzulaisten, die am Zustandekommen dieser Krise nicht nur keinen Anteil haben, sondern bereits jetzt deren Opfer sind, zieht sich als gelber Faden durch die Unionspropaganda und ist auf sehr unterschiedliche Bereiche des politischen, aber auch des täglichen Lebens anzuwenden:

- Bekanntlich hat die ÖTV für schlechtestgezahlte Frauenarbeit wie z.B. Reinigungsdienste gewisse Lohnerhöhungen und soziale Sicherungen erkämpft. Bekanntlich wird der öffentliche Dienst weithin aus Steuern finanziert. Bekanntlich ist die Steuerlast unerträglich hoch. Was folgert daraus die Union? – „Wir sehen nicht ein, daß z.B. Behördengebäude von Staatsbediensteten gereinigt werden müssen, wenn durch eine vollständige Übertragung dieser Arbeiten auf seriöse, ihren sozialen Verpflichtungen nachkommende Privatunternehmer jährlich etwa 40 Millionen Mark eingespart werden könnten.“ Worin wird die „soziale Verpflichtung“ dieser „seriösen Unternehmungen“ bestehen? Darin, daß sie Reinigungskräfte daran gewöhnen, mit insgesamt 40 Millionen DM weniger ihr ohnehin nicht einfaches Leben zu fristen.
- Bekanntlich ist in der BRD die schwere und schlechtbezahlte Arbeit am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Bekanntlich werden solche Arbeiten in hohem Maße von aus dem Ausland angeworbenen Arbeitern und Arbeiterinnen verrichtet. Prompt wälzt die Union die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit auf die Ausländer ab. Diese sollen zurückverschwinden, mindestens aber ihre Familienangehörigen zu Hause lassen. Allerdings fordert die CDU: „Nach acht Jahren legalem Aufenthalt Aufenthaltsberechtigung für Gastarbeiter, die sich nichts zu Schulden haben kommen

für Kinder, die den Eltern lästig sind“ (4). Kirchen, freie Wohlfahrtsverbände und andere Organisationen sollen nach den Vorstellungen der CDU „soziale Dienste“ übernehmen. Das bedeutet, daß die Eltern von den Verbänden nicht nur abhängig gemacht werden, sondern ihnen auch jegliches Mitspracherecht genommen ist.

Direkte Propaganda gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst betreibt die CDU und greift damit direkt in die Lohnauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst ein, wenn sie fordert: „Erhöhung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes“ und „Verringerung der staatlichen Personalkosten“ (4). Die Privatisierung von

„staatlichen Aufgaben“ (5), die in Niedersachsen von der CDU seit Jahren betrieben wird, hat bereits dort zu erheblichen Verschlechterungen bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst geführt.

Die CDU fordert in ihren verschiedenen Wahlprogrammen verbesserte Ausbeutungsbedingungen für die Kapitalisten. Dies fordert sie hemmungslos in ihren Programmen: Die „Produktivität und Leistungskraft der Wirtschaft sind die wichtigsten Voraussetzungen für sichere Arbeitsplätze und die Leistungsfähigkeit des Staates“ (3). Deshalb will sich die CDU dafür einsetzen, daß „Strukturwandel und Mobilität nicht durch re-

striktive (einschränkende, d. Red.) Gesetze und Verordnungen behindert werden.“ Forderungen nach „Job-Sharing“ (4) stellt die CDU in Hamburg auf. In Niedersachsen macht die CDU mit Albrecht Propaganda zur Förderung von „Tezeitarbeitskräften“ und „mehr Freiheit bei der Gestaltung der Arbeitszeit“ (5). All dies sind Forderungen, die sich direkt gegen Beschlüsse von verschiedenen Gewerkschaftstagen richten. Demagogisch anspielend auf die Emanzipation der Frau fordert die CDU in Hamburg das Einreißen von „Ausbildungsvorschriften“ und „Arbeitsschutzvorschriften“, die angeblich die Ausbildung von „Mädchen“ erschweren sollen.

lassen.“ So macht man den Arbeiter ausländischer Nationalität zum Zwangsarbeiter, acht Jahre auf Bewährung, stellt ihn unter ein Ausnahmerecht und macht ihm die Beteiligung am politischen und gewerkschaftlichen Leben zum Existenzrisiko.

- Bekanntlich hatten die Kapitalisten in den sechziger Jahren starke Bedürfnisse an Arbeitskräftezufuhr. Eine ganze Frauengeneration wurde ins Arbeitsleben hineingezogen. Die Lebensgewohnheiten der Lohnabhängigenfamilien hatten sich dem anzupassen. Die Kosten für einen Haushalt, in dem auch die Frau arbeitet, sind höher, die Bedürfnisse an öffentlichen Einrichtungen, die die Kindererziehung unterstützen, sind größer. Heute ist der Arbeitsmarkt flau. Hierauf hat die Union eine Antwort: „Wer Frauenpolitik nur auf die Berufstätige ausrichtet, vergißt, daß es die natürliche Aufgabe der Frau ist, Kinder zu bekommen und zusammen mit dem Ehemann zu erziehen.“ Und: „Neben der Familie noch einen vollen Arbeitsplatz zu besetzen, ist für viele Frauen eine zu hohe Belastung. Deshalb unterstützen wir alle Bemühungen, für solche Frauen qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen.“ Die Union leugnet damit die Verantwortung des Staates, Einrichtungen zu schaffen, die berufstätigen Eltern die Erziehung von Kindern ermöglichen bzw. der alleinstehenden Mutter. Die Union zielt darauf, die Frauen ihrer ‚natürlichen Bestimmung‘ unter finanzieller Vormundschaft des ‚Hauptverdieners‘ und Ehegatten wieder zuzuführen.
- Bekanntlich wurde die Wohnungsnot so drückend, daß viele genötigt waren, für die Benutzung einer Wohnung – und sei sie auch noch so schlecht und instandsetzungsbedürftig – zu kämpfen. Was folgert daraus die Union? – „Wohnungseigentum ist immer noch der beste Mietschutz. Abgesehen davon, das eigene Haus oder die Eigentumswohnung schaffen mehr Freiraum für das Privatleben ...“ Und: „Überprüfung aller Bauverordnungen und -vorschriften durch eine Kommission von Wohnungsexperten und Behördenfachleuten auf die Frage, ob sie überholt sind und flexibler gestaltet werden können.“ Diese Politik würde ermögli-

chen, die Mietkosten anzuheben, insbesondere unter dem Titel des Eigentumerwerbes. Man würde mit der Abzahlung fertig sein, wenn abgerissen werden muß, könnte aber mit der Hoffnung auf Eigentum leben. Wer wegen niedrigen Lohnes oder Unsicherheit des Arbeitsmarktes sich dazu nicht entschließen kann, für den wird man schon einen Stall auf Grundlage bereinigter Bauvorschriften errichten. Er ist selbst schuld, was spart er auch nicht.

Die Politik der Union ist in praktisch jeder Frage darauf berechnet, die Opfer kapitalistischen Wirtschaftens unter der Hand zu Verantwortlichen zu stempeln. Dies gilt selbstverständlich auch für den internationalen Verkehr, wo sie unter der höhnischen Devise „Nur Reiche können Armen helfen“ ganze Länder zu Rohstoffschürfstätten und Billiglöhndstandorten deklarieren. Damit die Reichen reicher werden und helfen können – natürlich nur, wenn sie wollen und angemessene Dankbarkeit erwarten können. Ziel dieser Propaganda ist die Lähmung der Arbeiterbewegung und anderer sozialer und politischer Bewegungen durch Zersetzung ihrer Solidarität und die Schaffung einer politischen Strömung, die große Bevölkerungsteile erfaßt und bereit macht, für die Interessen der Kapitalisten durch dick und dünn zu gehen, wegen dem einen oder anderen Brocken, den diese ihnen hinwerfen.

In allen Parteien besteht gegen diese Entwicklung Widerstand. In christlichen Jugendverbänden und Gemeinden halten viele für seltsam und abstoßend, wie die Union ihre chauvinistische Politik als wohlverstandene Nachfolge Christi ausgibt, unter den Mitgliedern der F.D.P. wollen viele zwar Sicherung der persönlichen Freiheiten und demokratischen Rechte, nicht aber die Verwirklichung des Individuums in Konkurrenz zu und auf Kosten anderer, in der SPD, vor allem in der Gewerkschaftsbewegung, haben viele das dauernde Schweifweden vor Banken und Kapital satt und sind es leid, die politischen Vorstöße der Union von SPD-Regierungen verwirklicht zu sehen.

Außerhalb der großen Parlamentsparteien hat sich die alternative Richtung herausgebildet, die für viele Belange sozialer und politischer Bewegungen spricht und zu den Bürgerschaftswahlen kandidieren wird.

Der Widerstand gegen die Reaktion, die die CDU betreibt und begründet, die F.D.P. fördert und die SPD mitmacht, ist verbreitet, der Wunsch nach Zusammenarbeit dieser großen Gegenkraft stark. Aber die Dinge sind so weit gediehen, daß in dieser großen Opposition, die in so vielen Einzelfragen auch zu politischer Zusammenarbeit findet, die Unterdrückung durch Berufsverbote, berufliche Nachteile, Strafandrohung für politisches Handeln bewirkt hat, daß viele eine Diskussion der politischen Zukunftsaussichten der Bewegungen der arbeitenden Klassen scheuen und die Suche nach einem Auskommen mit der kapitalistischen Gesellschaft verbreitet ist.

Die unterzeichnenden Organisationen sind sich einig: Wer immer in konkreten Fragen für die Belange der Ausgebeuteten und Unterdrückten der kapitalistischen Gesellschaft eintritt und den Kampf für diese Belange nicht scheut, hat unsere Achtung. Wer immer sich an diesem Maßstab nicht messen lassen will, nicht, egal, was er für schöne Worte macht. Wir beanspruchen weder, die einzigen zu sein, die im Klassenkampf auf der Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten stehen, noch dies als einzige wirklich ernst zu meinen. Das wäre lächerlich.

Wir meinen: Die konkrete Entwicklung der von der SPD begründeten Reformpolitik hat deutlich gezeigt, daß im Kampf für die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten dann ein stabiler Erfolg nicht möglich ist, wenn keine Bereitschaft besteht, die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse durch eine Revolution der Arbeiterklasse ins Auge zu fassen. Gegenwärtig wird von vielen, die die Kandidatur der Alternativen oder auch der DKP tragen, diese Diskussion als störend empfunden. Das soll die unserer Meinung nach auch und gerade während der Bürgerschaftswahlen nötige Zusammenarbeit nicht hemmen, macht aber die Kandidatur der KPD sinnvoll und unterstützenswert.

20. März 1982

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) Landesverband Schleswig-Holstein / Hamburg

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) Landesbezirk Hamburg

Ein Fazit kann man ziehen. Auch wenn die CDU 1980 mit dem Kanzlerkandidaten Strauß sich nicht durchsetzen konnte, hat sie gestärkt ihre reaktionäre Propaganda fortsetzen können, und sie gewinnt an Einfluß.

Das hängt aber auch damit zusammen, daß jemand da sein muß, der gegen diese Entwicklung nicht ankämpft. Interesse, dagegen zu kämpfen, haben die Belegschaften. In den letzten 20 Jahren haben in politischen und wirtschaftlichen Krisen die Lohnabhängigen um ihre Interessen gekämpft und oft gestreikt. In den sechziger Jahren führte dies überhaupt dazu, daß die SPD mit in die Regierung gehen konnte. 1978 schnitt die SPD in Niedersach-

sen bei den Landtagswahlen deutlich besser ab, nachdem die Seehafenarbeiter, aber auch die Belegschaften von VW für ihre Forderungen streikten. All dies war nicht umsonst und konnte etwas bewirken. Zum erstenmal sind dagegen die Gewerkschaften in diesem Jahr dazu übergegangen, deutliche Reallohnverluste nicht nur einzugestehen, sondern auch noch für notwendig zu erachten, weil sonst angeblich die Wirtschaft nicht in Gang kommt. Von der Sozialdemokratie die Aufkündigung dieses momentanen Stillhalteabkommens zu erwarten, ist unrealistisch und zu viel verlangt, weil das Zusammenwirken von Kapital und Arbeit Bestandteil ihrer Reformpolitik ist. So-

lange aber die Belegschaften nicht ihre Forderungen aufstellen und darum kämpfen, wird kein Mensch sich der Sache annehmen können und bleiben die Interessen unberücksichtigt. Auch brauchen die Kapitalisten und die Regierung sich keine Gedanken über den weiteren Gang der Dinge zu machen.

Lange warten kann man damit auch nicht mehr, sonst übernimmt die CDU doch noch das Regierungsgeschäft in Bonn, und dann müssen noch härtere Kämpfe geführt werden.

(1) Rahmenprogramm zur Kommunalwahl 1982, CDU Schleswig-Holstein; (2) Bayernkurier 6.3.82; (3) Programm der CDU Hessen 1982; (4) Wahlprogramm-Entwurf des Landesvorstands der CDU Hamburg 1982; (5) Der Mensch – Ziel und Mittelpunkt unserer Politik, Niedersachsen-CDU 1982

Nebenstehend veröffentlichen wir einen Aufruf des „Antifaschistischen Einheitskomitees im Ausland — BIRKOM“, in dem sich bisher vier türkische Organisationen in der BRD zusammengeschlossen haben. — Gegen rund 3300 Mitglieder von Gewerkschaften, demokratischen und revolutionären Organisationen in der Türkei haben Staatsanwälte in den vergangenen Monaten die Todesstrafe beantragt. Drei Todesurteile gegen Mitglieder der Türkischen Kommunistischen Arbeiterpartei wurden in der vorletzten Woche vollstreckt, 60 weitere Todesurteile sollen in der letzten Woche von Militärrichtern bestätigt worden sein. 21 führende Mitglieder der Gewerkschaft Bank-Is wurden zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt, nur deshalb, weil sie sich an der „marxistischen Ideologie Albaniens“ orientierten. Die Militärjunta scheint gewillt, die organisierte Arbeiterbewegung physisch zu vernichten. Die Hintermänner dieses blutigen Terrors sitzen nicht zuletzt in der BRD. Westdeutsche „Türkeihilfe“ hat der Junta zur Macht verholfen. Um so unfassbarer ist, daß die westdeutsche Öffentlichkeit auf die Unterdrückung in der Türkei wie unbeteiligt reagiert, daß die fortschrittlichen Kräfte bisher keinen ernsthaften Versuchen unternommen haben, die westdeutschen Finanzquellen für die Militärjunta in der Türkei zuzuschütten.

Protestiert gegen die Hinrichtungen in der Türkei

Mehr als ein Jahr ist vergangen, seit die faschistische Militärjunta in der Türkei die Macht an sich gerissen hat. In dieser Zeit unterdrückt sie die Völker der Türkei und Kurdistans mit unvorstellbarem Terror. Hunderte Demokraten, Patrioten und Revolutionäre wurden brutal ermordet. Tausende von Menschen sind eingekerkert und werden unmenschlichen Folterungen unterzogen. Hunderttausende leisten mutigen Widerstand — in den Gefängnissen und draußen — und kämpfen unter den heutigen außergewöhnlich harten Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben.

Die faschistische Junta kennt bei all der Unterdrückung keine Rechte und Gesetze. Ohne Unterschied richtet sich ihr Terror gegen Männer und Frauen, Junge und Alte. Ihre ganze Macht ist gerichtet auf ihr Ziel, die gesamte demokratische und linke Opposition im Lande zu vernichten.

Aber es bleibt nicht allein bei diesen Vernichtungsversuchen. In den Gefängnissen setzt sich der Krieg gegen die Oppositionellen noch verstärkt fort. In den faschistischen Gerichtsverfahren wurde bis heute fast 4000 mal die Todesstrafe für fortschrittliche Demokraten und Patrioten gefordert. In der gleichen Zeit wurden 8 linke Oppositionelle hingerichtet. Hunderte weiterer Todesurteile wurden verhängt und warten nur noch auf ihre Bestätigung durch die Junta.

Die letzten Opfer dieses faschistischen Staatsterrors sind die linken Arbeiter Seyit KONUK, İbra-

him Ethem COSKUN und Necati VARDAR, die am 13. März 1982 durch den Strang hingerichtet wurden.

Die Zeit, diesen grausamen Taten entschlossen Einhalt zu gebieten, ist schon lange gekommen. Es ist heute eine der wichtigsten Aufgaben eines jeden Demokraten, gegen die Todesurteile in der Türkei zu kämpfen, die Teil der Unterdrückung unserer Völker durch die faschistische Junta sind.

Der Kampf gegen die Todesurteile bedeutet heute, das Leben der linken Oppositionellen in der Türkei und Kurdistan zu retten, die ohne eine Möglichkeit, sich zu verteidigen, aufrecht in den Tod gehen; er bedeutet die Verteidigung des Menschseins schlechthin.

In diesem Kampf gibt es eine Menge konkreter Aufgaben. Eine europäische Protestbewegung ist in der Lage, das Leben der Demokraten und Revolutionäre zu retten. Die antifaschistische Bewegung steht hier vor einer verantwortungsvollen Aufgabe. Allein ein breiter internationaler Protest wird in der Lage sein, weitere Hinrichtungen zu verhindern.

* **Protestiert gegen die Hinrichtungen**

* **Stoppt die Todesurteile**

* **Schluß mit der Folter**

* **Weg mit der faschistischen Junta in der Türkei**

* **Keine Unterstützung der faschistischen Generäle durch die Bundesregierung**

BIRKOM

Nachbarlich fürsorglich

Groß sind die USA, groß und gefährlich die UdSSR. Die BRD hingegen ist klein, viel zu klein, um jemand bedrohen zu können. Sieht man's nicht an der Presse? Arrogant die New York Times, die große, brutal die Prawda, die schreckliche. Was ist die BRD verglichen mit diesen Wölfen, ein Lämmchen, ein Zicklein, jedenfalls irgendetwas Nettes. Interessant indessen, wie dies Unschuldslamm in Angelegenheiten neutraler Nachbarländer hineinblökt. Kreisky unterstand sich, Muhammad el-Ghaddafi zu halboffiziell Staatsbesuch nach Österreich einzuladen. Wen geht schon an, wen die österreichische Regierung einlädt oder nicht. Nun, den Spiegel, Verlagsort Hamburg:

Kreisky habe es immer schwerer, Partner für seinen „außenpolitischen Expansionsdrang“ zu finden. Er fände „sich selbst für sein kleines Land zu groß“ und sei „ein Geschäftshaber mit leerer Tasche“. Er vermische seine außenpolitischen Aktivitäten mit wirtschaftspolitischen Doping. Seine Staatsbesuche in jüngster Vergangenheit gleichen kaum mehr getarnten Verkaufstouren. Am Ende seiner stolzen Karriere sei der 71jährige nun auf den Ghaddafi gekommen. So weit der Spiegel, gekonnt witzig. Ghaddafi „ein Hund“ und Kreisky „auf den Hund gekommen“. Der 71jährige am Ende seiner Karriere, der 71jährige am Ende. Ha, ha. Wo solche Witze fallen, fehlt die Information, daß die USA gegen Libyen einen Wirtschaftsboykott verhängt haben, nicht. Die Gründe für die wüste Attacke lassen sich aus dem Spiegel kaum erschließen. Eher aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

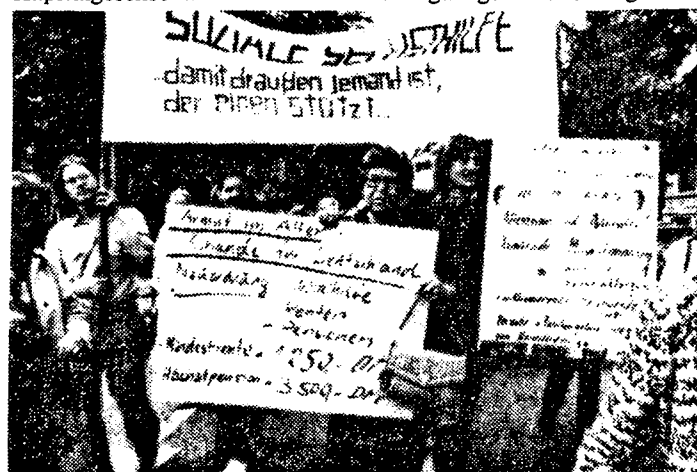
Dort sorgt man sich, ob Österreich seine Verpflichtung zur Neutralität noch richtig verstehe. Der Besuch des international umstrittenen Politikers und sein Mißbrauch des Gastrechtes zu Beschimpfungen der USA ließen die Frage der österreichischen Neutralitätsauslegung wieder aktuell werden. Die FAZ bemerkt dazu: „Die Schweiz hätte Ghaddafi niemals willkommen geheißen.“ Das Ausmaß bundesrepublikanischer Unverschämtheit: Zwischen Österreich und der BRD existiert kein Vertrag, der durch Beziehungen Libyens zu Österreich auch nur berührt wäre.

Rentnerproteste hatten Erfolg

Gegen die Kürzung des Zusatztaschengeldes protestierte am 16.3.82 der Seniorenschutzbund „Graue Panther“ in Bonn und stellte die Familienministerin Huber zur Rede. In allen Bundesländern hatten die Rentner zuvor Kundgebungen durchgeführt. (Bild: Demonstration in Hamburg). Um einen Heimplatz zu bezahlen, muß ein großer Teil der Altenheimbewohner die gesamte Rente einbringen. Obwohl sie ein Leben lang geschuftet haben, um von der Rente leben zu können, sind die Heimbewohner im allgemeinen auf Zuschüsse aus der Sozialhilfe angewiesen. Bisher betrug der Grundbetrag des Zuschusses, der den demütigenden Namen „Taschengeld“ trägt, 90 DM im Monat. Dazu kam, gestaf-

felt nach der jeweiligen Rente, ein „Zusatztaschengeld“, das höchstens 66 DM betrug. 150 Millionen DM sollten den Altenheimbewohnern vom Munde abgenommen werden, so hatte der Vermittlungsausschuß aller Bundestagsparteien Ende 1981 beschlossen, um die Kapitalgesellschaften nicht lei-

den zu lassen. Die Regierung sah sich in der letzten Woche zu der Ankündigung gezwungen, daß die Kürzung in dieser Form zurückgenommen werde, nicht ohne daß Kanzler Schmidt erklärte, daß die Ausgaben für Renten in der Bundesrepublik „auf einer nahezu einzigartigen Höhe“ lägen.



Lohnbewegung

Kapitalisten melden Ansprüche auf noch mehr Lohnsenkung an

Kann „man“ zufrieden sein mit dem „vernünftigen“ Abschluß in der Metallindustrie, fragt die „FAZ“ – und gibt gleich die Antwort: „Man“ kann nicht. Drastische Reallohnsenkungs-„ansprüche“ leiten die Kapitalisten direkt aus dem Schlichtungsergebnis Metall her. Insbesondere für öffentlichen Dienst und Bauarbeiter wäre ein Nullabschluß die Lösung, propagiert die bürgerliche Presse. Nachdem die Kapitalisten in der Lohnauseinandersetzung Metall also das Fürchten nicht gelernt haben, ist die Arbeiterbewegung nunmehr gezwungen, jeden folgenden Angriff – und daran hat es keinen Mangel – einzeln und mit großer Kraftanstrengung zurückzuschlagen. Und ob sie Erfolg haben wird, ist nicht mal sicher.

So sind die DGB-Gewerkschaften jetzt gezwungen, den Kampf gegen die Verschärfungen bei der Arbeitslosenversicherung zu führen. Die Stahlarbeiter müssen womöglich streiken, wenn sie nur in die Nähe des Metallabschlusses kommen wollen. Für die Übernahme des niedrigen 4,2%-Abschlusses im Bankgewerbe ernten die Gewerkschaften Hohn: Im „Handelsblatt“ wird ausgeführt, selbst die Experten der Kapitalisten seien angeblich überrascht gewesen, denn die Lage im Bankgewerbe sei doch unvergleichlich weniger angespannt als in der Metallindustrie.

Graf Lambsdorff erneuert seine Angriffe auf die Lohnfortzahlung sowie auf die Höhe des Arbeitslosengeldes. Das Kieler Weltwirtschaftsinstitut fordert frech für 1983 ein *deutliches* Absinken des Reallohnes, und das RWI sagt den größten Exportboom aller

Zeiten von 55 Mrd. DM Exportüberschuß für 1982 voraus. Die CDU wird nicht besonders laut in Bezug auf den Lohnkampf. Sie sympathisiert einerseits mit dem IG Chemie-Vorschlag zur Tariffrente, ansonsten konzentriert sie sich auf den öffentlichen Dienst mit seinen über 4 Mio. Lohnabhängigen und spornt den FDP-Wirtschaftsgrafen an.

In einem Brief an Lambsdorff beschwert sich CDU-Generalsekretär Geißler, daß die Regierung es zugelassen habe, daß öffentliche Arbeitgeber und Gewerkschaften sich einfach weigerten, den Solidaritätsbeitrag einer Gehaltskürzung von 1% zu leisten, und wörtlich: „Warum schweigt die Regierung dazu, daß die seit Jahren betriebene Lohnnivellierung bei den Tarifverhandlungen, bei denen der öffentliche Dienst sehr oft den Leithammel spielt und wofür Ihr Parteifreund Baum eine Hauptverantwortung trägt, eine wichtige Ursache dafür darstellt, daß Arbeitsplätze unterer Lohngruppen wegrationalisiert wurden?“

Rücksichten, die die FDP auf Höherverdienende zu nehmen hat, sind in diesem Anwurf berücksichtigt. Deutlich verfolgt die CDU jedoch zwei Ziele: einen Abschluß im öffentlichen Dienst so niedrig, daß spürbare Verluste in den unteren Lohngruppen auftreten und über Rationalisierung und Dequalifizierung eine Abgruppierungswelle eingeleitet werden kann, die sich gewaschen hat – nicht umsonst fordert die ÖTV in der Lohnverhandlung einen Einstieg in Verhandlungen über ein Rationalisierungs- und Arbeitsplatzschutzabkommen. Zweitens fordert die CDU entschieden eine Ge-

haltskürzung bei den Beamten. Wäre dies erst einmal gelungen, ließe sich leichter ein reformiertes öffentliches Dienstrecht in Angleichung an den rechtlosen Beamtenstatus durchsetzen.

Doch so ist die Lage nicht. Der erfolgreiche Kampf im öffentlichen Dienst gegen die 1%-Kürzung per Parlamentsbeschluß ist von den DGB-Gewerkschaften solidarisch unterstützt worden. Materiell ist dieser Erfolg aber noch nicht abgesichert. Die ÖTV-Landesverbände forderten die ÖTV-Bezirke gleich nach dem 12.3. (1. Verhandlung) auf, die ausgesetzten Streikvorbereitungen wieder aufzunehmen. Das war die Antwort auf das Baum-Angebot von 2% minus 1% Kürzung. Auch die anderen Gewerkschaften des DGB im öffentlichen Dienst bereiten sich für die nächste Verhandlung am 26.3. auf Kampf vor. Es ist auch noch eine von der Regierung geplante dreimonatige Aussetzung der Beamtenerhöhung zurückgeschlagen. Besoldungsexperten im Baum-Ministerium befürchten einen Beamtenstreik. Tatsächlich befinden sich die öffentlichen Dienst-Gewerkschaften – zum Kampf gezwungen – in einer gefährlichen Lage. Man kann sich schon jetzt die Hetzkampagne ausmalen, und nur mit der Solidarität der Industriegewerkschaften wird es im öffentlichen Dienst gelingen können, einen Streik erfolgreich durchzustehen.

Quellenhinweis: FAZ und Handelsblatt, versch. Ausgaben

CDU

Angriffe auf die Postbeschäftigten

In der kurzen Zeit seit Anfang Februar hat die CDU/CSU im Bundestag sechs Anfragen eingebracht, die auf beschleunigten Personalabbau bei der Post, auf verstärkte Rationalisierung und insbesondere auf die Beseitigung des Streikrechts der Postbeschäftigten zielen. Der Streik, mit dem die Deutsche Postgewerkschaft 1980 Verbesserungen für Schichtarbeiter durchsetzen konnte, was Verbesserungen im gesamten Öffentlichen Dienst zur Folge hatte, sitzt der Bourgeoisie in den Knochen, besonders spürbar jetzt, wo sie Lohnabbau und direkten Lohnabzug gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchsetzen will.

„Mehr Nachdruck“ fordert die CDU/CSU von Postminister Gscheidle und fragt nach, ob er mit seinem Plan des verstärkten Personalabbaus gegen den erklärten Widerstand der Deutschen Postgewerkschaft vorangekommen sei. Für 1982 will der Postminister den Personalbedarf um 10000 senken.



Warnstreik der Stahlarbeiter bei Hoesch für wenigstens 4,2%. Ein erster Warnstreik im öffentlichen Dienst fand am Montag (22.3.) im Heidelberger Wasser- und Schiffsamt statt gegen die 2 minus 1%-Provokation Baums.

Diesen Personalabbau hat die Deutsche Postgewerkschaft im letzten Oktober entschieden abgelehnt und angegriffen, daß das Postministerium „einen künstlich reduzierten Personalbestand in einen reduzierten Personalbedarf“ ummünzt. Die Postgewerkschaft fordert gegen die „nur als willkürlich zu empfindende einseitige Festsetzung des Personalbedarfs über mehr kontrollierbare Haushaltszahlen“, daß „die Festlegung des Personalbedarfs und die Festlegung der Wertigkeiten der Tätigkeiten zwischen den Tarifvertragsparteien gleichberechtigt auszuhandeln ist“. Diese mit der Gewerkschaft abgeschlossene Tarifvereinbarung würde auch für die große Zahl der Beamten gelten, über die der Dienstherr jetzt mittels der Beamtengesetze bestimmt.

Ein Mittel, die gewerkschaftliche Kampfkraft bei der Post zu schwächen und weiteren Lohnabbau durchzusetzen, sieht die CDU/CSU gerade in dem weiteren Ausbau der Zahl der Beamten, die der Staat dem Streikverbot unterworfen hat. Daher greift die CDU/CSU an, daß für ihren Geschmack zuviele Arbeiter und Angestellte auf Beamtenstellen arbeiten würden und die Auszubildenden sollten auch von vornherein in eine Beamtenlaufbahn kommen. Das bedeutet zugleich Lohnsenkung: Ein Fernmelderhandwerker der Lohngruppe IIa und dem Dienstalter Stufe 3 verdiente Mitte 1981 brutto 2290 DM, netto 1662 DM. Nach Übernahme als Beamter verdiente er brutto 485 DM, netto 134 DM weniger. Die CDU/CSU beklagt heftig den „hohen Anteil von streikfähigen Angestellten und Arbeitern“ und, daß „die Funktionsfähigkeit der DBP im Falle eines Arbeitskampfes in Frage gestellt“ sei. Der Anteil der Beamten an den Beschäftigten ist von 1965 mit 62,78% auf 68,20% gesteigert worden.

Die Deutsche Postgewerkschaft hat kein Interesse daran, das Streikpotential aushöhlen zu lassen. Nicht gelungen war es dem Postminister 1980, dem Streik eine Niederlage beizubringen, obwohl er Beamte zwang, Streikbrecherarbeiten auszuführen. Die Gewerkschaft hält den Einsatz von Beamten für Streikbrecherarbeiten für rechtswidrig: „Der Einsatz von Beamten auf den von Arbeitern und Angestellten bestreikten Arbeitsplätzen ist nicht nur rechtswidrig, sondern verstößt auch gegen das Grundrecht der Koalitionsfreiheit“. Die Auffassung der DPG bestätigte der frühere Arbeitsgerichtspräsident Müller in einer Untersuchung. Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst und der Beamten tag des DGB fordern das Streikrecht für Beamte.

Quellenhinweis: Gewerkschaftliche praxis, Funktionärszeitung der DPG, Nr. 11/81; Bundestagsdrucksachen 9/1396, 1397, 1398, 1414, 1432, 1438.

CDU und Bischöfe

Die Reaktion will die Zwangsgermanisierung oder Abschiebung von Ausländern

Die Kirchen seien neben den Gewerkschaften die einzigen Institutionen, zu denen Ausländer noch Vertrauen haben, weil sie „in Freiheit und ehrlichem, glaubwürdigem Einsatz den verunsicherten Ausländern Schutz und Hilfe bedeuten“, so eine Feststellung der Jahreskonferenz „Ausländerseelsorge“ der katholischen Kirche in Würzburg. In einigem Umfang befassten sich die Kirchen mit Ausländerfragen, in den letzten Monaten beispielsweise die gemeinsame Ausländertagung des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Berlin (West) und der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, die Jahreszentralversammlung des Kolpingwerks. Die katholische Arbeitnehmerbewegung tritt mit Presseerklärungen gegen die „Ausländerfeindlichkeit“ und zum „unerträglich gewordenen Strom von Asylanten“ an die Öffentlichkeit, und Bischof Helmut Hermann Wittler von Osnabrück schrieb im Namen seiner Amtskollegen einen Brief an Kanzler Schmidt gegen die wachsende „Ausländerfeindlichkeit“.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“, gegen die negative „Grundeinstellung in der Bevölkerung“ und ähnlich ist der allgemeine Tenor in kirchlichen Kreisen. Und was soll positiv geschehen?

„Zuzugsstopp, sich den Realitäten stellen, Stabilisierung der Rechtslage der ausländischen Bürger, Förderung des Zusammenlebens, Rechtliche, soziale und politische Gleichbehandlung, Förderung der religiösen Betätigung der Muslime“, usw. Übereinstimmung stellten Liselotte Funcke, Bundesbeauftragte für Ausländerfragen, und der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischofskonferenz, Prälat Paul Bocklet, darüber her, daß einerseits die Ausländer zu integrieren seien, andererseits die Rückkehrbereitschaft gefördert werden müsse.

Es schält sich aus allem heraus, daß mit der viel diskutierten Integration die Eindeutschung ausländischer Arbeitnehmer betrieben werden soll, und wo diese nicht erfolgt, die Alternative die Rückkehr ins Heimatland ist. Die Kirche macht es sich zur Aufgabe, die Be-



Ausländische Arbeiter beim Reinigen von U-Bahnhöfen in Westberlin. Nach der Arbeitsverpflichtung von Asylanten zum Straßenkehren beabsichtigt der Westberliner Senat, weitere 350 Asylanten zur Reinigung von U-Bahnhöfen zu verpflichten für einen Stundenlohn von 1,25 DM.

Die katholische Kirche unterhält Beratungsstellen für ausländische Arbeitnehmer und betreibt Ausländerseelsorge. „Ein grundsätzliches ‚Ja‘ zu den Ausländern“, die „Ausländer, die wir gerufen haben, sind Menschen, nicht Maschinen“, „Gegen Apartheid,

völkerung sozusagen seelisch darauf vorzubereiten und zudem „die große Zahl der Muslime als pastorale Herausforderung“ (Bischofskonferenz in Freising) anzupacken.

Das deckt sich mit den CDU-Plänen. Weizsäcker, Regierender Bürger-

meister in Westberlin, hat in der Sitzung des Ausländerausschusses des Abgeordnetenhauses Mitte März folgendes Konzept vorgestellt: Ausländer müßten im Sinne einer Lebensplanung entscheiden, ob sie sich endgültig integrieren, oder wieder in ihre Heimat zurückkehren. Einen dritten Weg gebe es, insbesondere für Türken, nicht. Allerdings, so räumte er ein, sei dies eine Entscheidung einer Generation, und man müsse in Zeiträumen von etwa 30 Jahren rechnen.

Auffallend ist, und zwar auch der soeben zu Ende gegangenen „Bild-Serie“ „Mein Nachbar, der Türke“ zu entnehmen, daß vor allem türkische Arbeiterfamilien „eingedeutscht“ werden sollen. Bisher sind die Möglichkeiten einer Einbürgerung erschwert und setzen eine lange Anwesenheit voraus. Sinneswandel in CDU-Kreisen?

Hat nicht die US-Administration gute Erfahrungen gemacht z.B. beim Einsatz farbiger Polizisten in Harlem, die ließen sich doch verwerten mit „eingedeutschten“ türkischen Polizisten. Oder „eingedeutschte“ türkische Wehrpflichtige, die dann bei NATO-Einsätzen in der Türkei der westdeutschen Bourgeoisie von Nutzen wären. Oder „eingedeutschte“ türkische Facharbeiter, die den westdeutschen Kapitalfluß in die Türkei als Montagearbeiter begleiten und dort den Vorarbeiter für die türkischen Arbeiter und die Zurückgekehrten machen.

Außerdem brauchte ein „eingedeutschter“ Türke gar nicht mehr türkisch zu lernen und seine Kinder ebenso wenig. Nationale Kulturpflege wäre überflüssig, denn er ist ja Deutscher. Vielleicht fruchten auch die geplanten Anstrengungen der westdeutschen Bischöfe, und er wird endlich ein Christ. Zudem würden „eingedeutschte“ Ausländer nicht mehr ihre aufgesparten Lohngehälter in ihr Herkunftsland schicken, die dort als Devisen eingesetzt werden können. Und schließlich, der niedrige Lohn und Lebensstandard, der derzeit noch vor allem ausländischen Arbeitern aufgezwungen wird, könnte „eingedeutscht“ und erweitert werden. Mit der Schaffung einer großen industriellen Reservearmee und Niedriglohnländern hat das Kapital überhaupt erst die riesenhaften Wanderbewegungen der Arbeiter erzwungen und beabsichtigt nun, solche Arbeitsmarktbedingungen auch hier zum Normalzustand zu machen.

In den Kirchen gibt es viele, die gegen Apartheid, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kämpfen, weil sie dies als Sünde betrachten für jeden Christen. Es gibt viele, die sich durch die Ausländer- und Asylantenpolitik von Bundes- und Länderregierungen an die Verfolgung von Juden, Zigeunern und

Ausländern insgesamt durch den Nationalsozialismus erinnert fühlen. Leicht können sie gegenwärtig jedoch gegenüber den Kräften in der katholischen Kirche, die die Politik der Herrschenden im Prinzip oder ausdrücklich unterstützen, mit der dann gemeinsam erhobenen Forderung nach Integration der Ausländer über einen Löffel barbiert werden.

Belgien

Ein erster Erfolg der Kampfaktionen

Nach langem, langem Zögern hat sich nun endlich auch der christliche Gewerkschaftsbund ACV/CSC zu Aktionen gegen die Regierungsangriffe auf den Lohnstandard der Arbeiterbevölkerung entschlossen. Für den 27.3. ruft er zu einer landesweiten Demonstration in Brüssel auf. Damit haben sich die Erfolgsaussichten für die belgische Arbeiterbewegung ganz erheblich verbessert. Zwar konnte sich der ACV/CSC noch nicht zu gemeinsamer Aktion mit dem sozialistischen Gewerkschaftsbund ABVV/FGTB entschließen, aber selbst in der mit der christdemokratischen Regierung verflochtenen ACV/CSC-Führung werden die Stimmen lauter, die nach der Stärkung der Gemeinsamen Gewerkschaftsfront rufen. Die Mitglieder hatten ohnehin schon vielerorts die vom ABVV/FGTB organisierten Streiks und Demonstrationen mitgetragen.

Zeit ist auch nicht mehr viel zu verlieren. Die Regierungspläne liegen auf dem Tisch, sie würden nach Gewerkschaftsangaben die Lohnabhängigen real rund 10% ihres Einkommens kosten. Allein die Änderung bei der Lohnindexierung bedeutet einen Lohnverlust von 5 – 6% bis Jahresende, 1% die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. Für Arbeitslose, deren Ehepartner oder Kinder bzw. Eltern arbeiten, wird das Arbeitslosengeld gekürzt. Besonders hinterhältig ist die jüngste Ankündigung, das Kindergeld um monatlich über 30 DM zu kürzen und Kinderlosen zwecks „ausgleichender Gerechtigkeit“ 60 DM monatlich vom Lohn abzuziehen.

Gegen diese Pläne hatte der ABVV/FGTB jeweils zum 16., 18., 23. und 25.3. zu Generalstreiks in verschiedenen Landesteilen aufgerufen, die weitgehend befolgt wurden. Seit vergangenen Montag wird, bis zum 28., im Kohlerevier Borinage gestreikt, in den Industriebetrieben, Bergwerken, den Warenhäusern und Banken ruht die Arbeit, die Krankenhausbeschäftigten arbeiten nach den Sonntagsdienstplänen. Die Stahlarbeiter im Stahldreieck zwischen Charleroi und Liege, die sich



Kampfentschlossenheit kennzeichnet die zahlreichen Demonstrationen

zusätzlich brutaler Sanierungspläne erwehren müssen, streiken nun schon drei Wochen; am 23.3. begann in den Betrieben eine Urabstimmung über eine vorläufige Aufhebung des Streiks. Das Ergebnis liegt bei Redaktionsschluß noch nicht vor, aber in den meisten der vorherigen Betriebsversammlungen haben sich große Mehrheiten für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen.

Solidaritätsadressen zur Unterstützung der belgischen Arbeiterbewegung können gerichtet werden an den Gewerkschaftsbund ABVV/FGTB, Hoogstraat 42, B 1000 Brüssel

Quellenhinweis: de werker, Wochenzeitung des ABVV, 13.3.; Konkreet, Zeitung der PVDA; De Morgen und Handelsblatt, 15. – 23.3.

„Hallo“

BRD-Propaganda für Osteuropas Jugend

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat ein Magazin mit „Reportagen über junge Menschen in der Bundesrepublik Deutschland“ herausgebracht. Diese illustrierte „Hallo“ soll in den Sprachen deutsch, russisch, tschechisch, serbokroatisch, bulgarisch, ungarisch und rumänisch über die BRD-Auslandsvertretungen an Jugendliche und Schulen in diesen Ländern verteilt werden.

Das Magazin berichtet über Jugendliche aus Mannheim, die in ihrer Freizeit oft im Jugendhaus „Waldpforte“ zu finden sind. Mit guten Fotos und knackigen Überschriften sind diese Reportagen zusammengestellt. Jede Reportage selber schildert durchaus die Lage der Jugendlichen und spricht auch die jeweiligen Probleme an. Stefan z.B. ist ein aktives Gewerkschaftsmitglied, der für die Durchsetzung eines Tarifvertrages für Auszubildende

gekämpft hat. Bernd mußte mit 1200 Bewerbern bei Daimler-Benz in Mannheim Schlange stehen, bevor er einen Ausbildungsplatz gekriegt hat. Dem Werner „stinkt die Bundeswehr, für die der Soldat doch nur eine billige Arbeitskraft ist.“

Aber diese Kritik der Jugendlichen wird aufgenommen, um zu zeigen, wie demokratisch es doch in der Bundesrepublik zugeht. Die Schlagzeilen und Bildunterschriften, die der Herausgeber selber verfaßt hat, enthalten nichts von diesen Dingen. Da heißt es: Werner hat Pech gehabt, sein schickes Sportauto ging kaputt. Er heißt Stefan, und ihm ist eine interessante Arbeit wichtiger als viel Geld. Ein Blumenmädchen mit Ehrgeiz, mal ein eigenes Geschäft zu haben.

Überhaupt wird in der Broschüre Wert darauf gelegt, daß der Lebensstandard im Bildmaterial auftaucht. Hier ein Motorrad, da ein Auto, dort

eine schön eingerichtete Wohnung, dort Bilder vom Urlaub im Ausland. Der unverschämteste Betrug an den Jugendlichen, die dargestellt sind, und an den Jugendlichen, an die die Broschüre gerichtet ist, wird dadurch erreicht, daß die Hoffnungen der Jugendlichen, durch Arbeit ein gutes Leben zu erreichen, geschürt werden. Claudia will selbständig werden, ebenso Werner, Nicole will Ärztin werden, usw.

Die DGB-Jugend hat sich in einem Beschluß vom 11.3.82 gegen diese Broschüre ausgesprochen. Dort heißt es: „Die große Skepsis und das tiefgreifende Mißtrauen, die viele Jugendliche gegenüber staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen haben, scheint es für das Presse- und Informationsamt nicht zu geben.“

Quellenhinweis: „Hallo“ Herg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, IV A 5, Welckerstr. 11, 5300 Bonn 1; Nachrichtendienst des DGB, ND 64/82, 11.3.82.

Elektroindustrie

Auf dem Rücken der Beschäftigten jagen die Monopole nach neuen Marktanteilen

Bittere Worte über die relativ magere Profitentwicklung in der Elektroindustrie gab der Präsident des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) Seelig von sich. Gegenüber dem Handelsblatt erklärte Seelig, der gleichzeitig Vorstandsmitglied der Siemens AG ist: „Nach vorläufigen Schätzungen rutschte der Ertrag nach Steuern im groben Branchendurchschnitt 1981 von 2% auf 1,5% ab, und zwar bei einem Produktivitätsfortschritt von nur 0,6%.“ Für 1981 gibt die gesamte Elektroindustrie noch eine reale Umsatzsteigerung von 0,8% auf 112,61 Mrd. DM an, bei gleichzeitiger

Senkung der Zahl der Beschäftigten um 2,2% gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt. Der Inlandsumsatz sank 1981 um 8,1% nominal, die Steigerung des Gesamtumsatzes gelang den Elektrokonzernen durch eine Steigerung des Auslandsumsatzes um 35%. Nach wie vor wird der größte Teil der Produktion, 1981 etwa zwei Drittel, im Inland verkauft.

Der Konkurrenzdruck auf kleine und mittlere Kapitale ist sehr stark, da allein die Siemens AG mit 15,3 Mrd. DM 22% des Inlandmarktes monopolisiert und es dem Konzern auch 1981



In der Produktion von Bauelementen ist der Anteil der Frauenarbeit besonders hoch. Die schlechtgezahlte Arbeit ist verbunden mit Arbeitsbedingungen, die die Gesundheit ruinieren. Das rechte Bild zeigt die Herstellung von Telefonschaltungen, auch hier sind die Arbeitsbedingungen – dauerndes, gebücktes Stehen – ungesund. – In den Bereichen Bauelementeproduktion und Nachrichten- und Kommunikationstechnik ist die Zahl der Beschäftigten ausgeweitet worden.

gelingen ist, seinen Inlandsumsatz zu steigern. Bei gleichzeitig schrumpfendem Markt ist das Ergebnis eine steigende Anzahl von Konkursen in der Elektrobranche. Der Anteil der Konkurse von Elektrokonzernen an der Gesamtzahl der ruinierten Kapitale in der BRD ist 1981 auf 11,1% gestiegen, im Vorjahr lag der Anteil bei knapp 10%.

Besonders der Gebrauchsgütermarkt schrumpft. Hier stagniert der Umsatz nicht nur der Geldmenge nach schon seit drei Jahren, es gelingt den Konzernen auch nicht, die Stückzahl der vertriebenen Geräte zu erhöhen. Zum Beispiel erreicht der Gefriergerätemarkt für private Haushalte längst nicht die Steigerungsraten, die der Umsatz an Kühlschränken in den 60er Jahren hatte. Die Elektrokonzerne rationalisieren scharf unter den Belegschaften in der Gebrauchsgüterproduktion. Nahezu alle Unternehmen haben auch für 1982 Kurzarbeit und weitere Entlassungen angekündigt, selbst wenn die Umsatzentwicklung im einzelnen unterschiedlich war.

Der Siemens-Geschäftsbericht äußert sich befriedigt über den Verlauf des Geschäftsjahres 1980/81 bei der Bosch-Siemens-Hausgeräte GmbH: „Mit der deutlichen Umsatzausweitung hat die BSHG ihre Marktposition im Inland, aber auch auf dem europäischen Markt weiter festigen können ... Im Geschäftsjahr 1982 werden neue und weiterentwickelte Geräte zum Ausbau der Marktposition wie auch zur Ausweitung des Geschäftsvolumens beitragen.“ Die Belegschaft der BSHG ist 1981 um 300 Beschäftigte reduziert worden, der Pro-Kopf-Umsatz um 11% gestiegen, weitere Entlassungen können sein. Die AEG hat 1981 ihren Inlandsumsatz überhaupt nicht steigern können und genauso wie Bosch, Blaupunkt, Grundig, Philips und SEL weitere Entlassungen angekündigt. Einzig Braun vermeldet für die Kleingeräteproduktion volle Auslastung der Kapazitäten.

Vom Gesamtumsatz der Elektroindustrie entfallen 19,9% auf die Gebrauchsgüterproduktion, 18,7% auf Vorerzeugnisse, Montagen und Reparaturen. Den Hauptanteil von 61,1% 1980 hält die Investitionsgüterbranche. Hier verzeichneten die im Inland produzierenden Kapitale in den letzten Jahren Rekordzuwachsraten. Die Elektroindustrie ist Hauptlieferant für die Rationalisierungsumstellungen in der ganzen Industrie.

Sowohl die Produktion von Bauteilen für automatische Maschinensteuerung als auch die von Datenerfassungs- und Datenverarbeitungsgeräten liegt in ihrer Hand, ebenso wesentliche Teile des Anlagenbaus für die Elektrizitäts-

erzeugung. Der Anteil des Umsatzes im Investitionsgüterbereich am Gesamtumsatz wurde von 1977, wo er 57,6% betrug, auf 73,6% im Jahr 1981 gesteigert, absolut stieg der Umsatz in diesem Bereich um über 20% im gleichen Zeitraum.

Diesen grandiosen Steigerungsraten trauern die Konzerne jetzt nach, 1981 gelang ihnen nur eine Steigerung um 1,9%. Begleitet war diese Umsatzsteigerung allerdings von einem heftigen Preiskrieg, unter anderem im Bereich der Bauelemente.

Für Mikroprozessoren meldete das Handelsblatt Ende Dezember 1981: „Angesichts des Überangebots ist der Preisverfall in der Bundesrepublik stärker ausgefallen als in Japan und den USA: Das bundesdeutsche Preisniveau liegt deswegen um 10% niedriger als in Japan und um 20% niedriger als in den USA.“ Von den westdeutschen Konzernen beteiligte sich vor allem Siemens federführend an dieser Auseinandersetzung um Marktanteile.

AEG verfügt zwar auch über eine eigene Produktion, ihr Marktanteil ist jedoch gering. Zudem ist Siemens als einziger westeuropäischer Konzern konkurrenzfähig in der Produktion von Bauteilen mit einer viermal so hohen Speicherkapazität als den bisher üblichen, alle anderen Konzerne haben bis jetzt keine eigene Produktion dieser Bauelemente. Den Hauptanteil am Markt für elektronische Bauelemente halten die japanischen Elektronikkonzerne, gefolgt von den US-amerikanischen.

Auf dem Weltmarkt versuchen die westdeutschen Konzerne ihre Position auszubauen. Die Konzerne aus den USA, der BRD und Japan haben zusammen 58,2% der Weltausfuhr der Elektroindustrie erobert, seit 1978 haben die westdeutschen Konzerne ein größeres Ausfuhrvolumen als die japanischen.

Diesen Platz auf dem Weltmarkt will die westdeutsche Elektroindustrie auf jeden Fall ausbauen, die Siemens AG strebt an, in einigen Produktionsbereichen auch ihren westeuropäischen Hauptkonkurrenten Philips zu überbunden.

Im Bereich Kommunikations- und Nachrichtentechnik ist das schon gelungen: Befriedigt vermeldet der Vorstand, daß die Siemens AG nach Western Electric und ITT auf dem dritten Platz in der Welt steht, wohingegen SEL die Produktion in diesem Bereich ganz einstellen will und Philips eine eben „befriedigende Umsatzentwicklung“ einschätzt.

In der Weltrangliste der Elektronikkonzerne ist Siemens allerdings um einen Platz zurückgefallen gegenüber Hitachi, der japanische Konzern hat den

fünften Platz erobert. Die Bemühungen, diesen Platz wieder zu erobern, waren Diskussionsgegenstand der Hauptversammlung.

Dort erklärte der Vorstand, daß er „selbst einen Teil des Ertragsrückganges hausinternen Ursachen zuweist und entsprechende Gegenmaßnahmen angekündigt hat.“



Gegen Entlassungen und Werksschließungen setzten sich die Belegschaften der Elektroindustrie zur Wehr, wie hier in Großauheim gegen BBC

Der Geschäftsbericht kündigt der Belegschaft an: „Angesichts dieser wirtschaftlichen Stagnation müssen wir der Produktivitätssteigerung im Unternehmen alle Kraft widmen. Dies gilt nicht nur für die derzeit ertragschwachen Gebiete des Unternehmens, sondern für alle Geschäftsbereiche und für alle Tätigkeiten.“ Bestandteil der Maßnahmen zur Förderung der Siemens-Profit- und Konkurrenzziele ist der Abbau der Belegschaft im Inland um 9200 Beschäftigte in den vergangenen eineinhalb Jahren und 4800 Entlassungen in den ausländischen Werken.

Die Gesamtzahl der Belegschaft gibt keinen genauen Aufschluß über die Zahl der tatsächlich Entlassenen, denn gleichzeitig mit Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen finden Einstellungen vor allem im Ingenieursbereich statt. Der Versuch des Siemens-Vorstandes, der Belegschaft die Rationalisierungsvorhaben schmackhaft zu machen, ist unverschämt: „Eine weiterhin zielstrebige Produktivitätssteigerung ist daher notwendig, um hohe Einkommen sowie konkurrenzfähige Kosten und Preise und damit auch die Beschäftigungsmöglichkeiten zu sichern.“

Mit konkurrenzfähigen Preisen ist die Siemens AG in den vergangenen Jahren angetreten, doch weder ist der Beschäftigungsstand gesichert – für 1982 sind insgesamt 20000 Entlassungen geplant – noch gibt es in der Elektroindustrie „hohe Einkommen“ für die Masse der Beschäftigten.

974000 Beschäftigte zählt die Elektroindustrie zur Zeit, davon beutet die Siemens AG mit 220000 Beschäftigten im Inland über ein Viertel aus und kann damit auch die Lohnhöhe in der ganzen Branche bestimmen. Der durchschnittliche Stundenlohn der Arbeiter in der Elektroindustrie ist um 7,7% niedriger als in der Gesamtindustrie, im Verhältnis von geleisteten Arbeiterstunden zur Bruttolohnsumme liegt die Investitionsgüterindustrie mit 17,92 DM pro Stunde um 8,1% höher als die Elektroindustrie.

In die Bruttolohnsumme gehen die tariflichen und betrieblichen Sonderzahlungen mit ein, der große Anteil von niedrig eingruppierten ungelernten Arbeitskräften trägt mit dazu bei, die Einkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektroindustrie unter die Löhne in der Investitionsgüterindustrie zu drücken (s. Pol. Ber. 26/81, S. 38/39). Bei den Angestellten sind die durchschnittlichen Gehälter etwas höher als in der Investitionsgüterindustrie, von 1979 auf 1980 stiegen die Gehälter um 10%, die Zahl der Angestellten wuchs um 1,7%, die Anzahl der beschäftigten Arbeiter stagnierte.

Die vom Siemens-Vorstand behauptete Sicherung „hohen Einkommens“ wie auch der Beschäftigung findet nur statt auf der Seite der Mitarbeiter des Konzerns, die von den Ingenieuren ab aufwärts eingestellt sind und die tätig sind in der Austüftung der Methoden vermehrter Auspressung der Belegschaft und der Produktentwicklung zum Zwecke der Eroberung von Konkurrenzvorteilen. Den Beschäftigten, die die Arbeit tun, ist das Gegenteil zugedacht: niedriger Lohn und unstete Beschäftigung.

Quellenhinweis: Statistischer Jahresbericht 1981 des ZVEI, Frankfurt 1982; Geschäftsbericht Siemens 1981; Handelsblatt v. 23.12.81, 5.3.82, 12.3.82; FAZ v. 19.3.82

VDS-MV Wenig Nützliches für die Studentenbewegung

Eine der wichtigsten Aufgaben der Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), die vom 9. bis 13.3. in Köln stattfand, wäre gewesen, sich auf ein Vorgehen gegen die Konsequenzen des Urteils des OVG Münster vom Oktober 1981 zum allgemeinpolitischen Mandat zu einigen. Auf Grundlage der geltenden Hochschulgesetze wird darin dem AStA Münster verboten, Beiträge an die VDS abzuführen, weil diese allgemeinpolitisch Stellung nehmen, z.B.: BaFöG statt Pershing. Auf Grund dieses Urteils haben bis jetzt die Landesregierungen von Hessen, Niedersachsen und NRW die Auszahlung



Eine der zahlreichen Demonstrationen am VDS-Aktionstag im November (Köln)

der Beiträge der ASten an die VDS blockiert. Die Absicht, die VDS finanziell zu liquidieren, ist offensichtlich. Prinzipiell wandten sich alle Fraktionen (MSB, SHB, Jusos, lhw und Basisgruppen) gegen diese Angriffe und sprachen sich für einen Fortbestand des Dachverbandes aus. Auf ein gemeinsames Vorgehen konnte man sich jedoch nicht einigen. Dieses Problem soll jetzt eine Arbeitsgruppe lösen.

Im auf der MV verabschiedeten Arbeitsprogramm wird gegen die staatliche Kürzungspolitik im Bereich der Hochschulen Stellung genommen und werden die Pläne, insbesondere der CDU/CSU, angegriffen, das BAFöG endgültig zu liquidieren und Studiengebühren einzuführen. Konkret sollen im Sommersemester „eine bundesweite Rotstiftstafette“ und im Wintersemester ein „Kongreß gegen die Rotstiftpolitik“ durchgeführt werden. Das Programm enthält keine Festlegungen, wie die ASten in den Auseinandersetzungen gegen die Kürzungsmaßnahmen unterstützt werden sollen.

Lediglich einige zusätzlich verabschiedete Einzelanträge tragen diesen Bedürfnissen Rechnung. So soll im Sommersemester eine Tagung der VDS mit ASten und Gewerkschaftsvertretern organisiert werden, auf der diskutiert werden soll, wie eine „kostendeckende materielle Absicherung des Studiums für die Masse der Studenten fundiert gefordert und erreicht werden kann“. Außerdem ist beschlossen, daß die VDS „Seminare für AStA-Vertreter ... über die Grundlagen des BAFöG-Gesetzes und ... zum Studentenwerk ...“ organisieren.

Positiv zu vermerken ist, daß die VDS 15000 DM für die Kampagne gegen Unterzeichner des „Heidelberger Manifests“ zur Verfügung stellen, zur Bekämpfung der Bestrebungen, an den Hochschulen eine faschistische Bewegung zu sammeln, aufrufen und „die Kritik der liberal-konservativen Förde-

rung dieser Bestrebungen“ geschlossen unterstützen wollen. Beschlossen wurde außerdem die Unterstützung des Amnestieantrags der Grünen im baden-württembergischen Landtag für die angeklagten und verurteilten Heidelberger Studenten. Für deren Rechtshilfe sollen 100000 DM gesammelt werden. Das soll erste Aufgabe eines neugegründeten Projektbereiches „Repression“ sein.

SPD-Bundesparteitag Gefahr falscher Frontbildung

Am 17. April beginnt in München der Bundesparteitag der SPD. Die Jungsozialisten in der SPD, die Sozialistische Jugend Deutschlands / Die Falken und die Jugend der Arbeiterwohlfahrt rufen zu diesem Zeitpunkt zu einer bundesweiten Aktion in München auf. Es finden eine Demonstration und Diskussionsforen statt. Am 18. April ist eine Veranstaltung im KZ Dachau unter dem Motto „Gegen Krieg, Faschismus und Reaktion“ vorgesehen.

Die Hoffnung der Initiatoren dürfte sein, darüber die Kräfte auf dem SPD-Bundesparteitag zu stärken, die für die Rücknahme des NATO-Nachrüstungsbeschlusses eintreten. In dem Aufruf für die Aktionen wird die Kürzung des Rüstungshaushalts und die Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses gefordert.

Daß SPD-Mitglieder anlässlich ihres Bundesparteitags ihre Meinung demonstrieren, kann man ja noch verstehen, und daß sie sich dabei gegen wesentliche Punkte des reaktionären Regierungsprogramms wenden, ist gut. Die Frage, die jedoch steht: Nützen die dazu gestarteten Initiativen der „Friedensbewegung“ wirklich dem Kampf

gegen Reaktion, Faschismus und Krieg? Die „Vereinigten Münchner Friedensinitiativen“ rufen zu einer bundesweiten „Alternativen Kundgebung“ auf und bezeichnen das als wichtigen Schritt in der Fortsetzung des „Friedenskampfes“ nach der Friedensdemonstration in Bonn.

In ihrem Aufruf sitzen die „Friedensinitiativen“ jedoch Argumenten der Reaktion auf. Die „Friedensinitiativen“ fühlen sich „auch durch die sowjetische Rüstungspolitik bedroht, aber wir wehren uns gegen ein neuerliches Anziehen der Rüstungsschraube“. Die richtige Forderung des Aufrufs „Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO“ ist so gleich wieder aufgehoben und entbehrt jeglicher Grundlage.

Die „Bedrohung“ kommt aus dem Osten – das ist einer der hauptsächlichsten Propagandapunkte der Reaktion in ihren Kriegsvorbereitungen gegen die osteuropäischen Völker, in ihrer Sammlungsbewegung für den Krieg gegen einen „gemeinsamen“ Feind. Neben dem günstigen Effekt für die Reaktion, darüber die Kriegsziele der westdeutschen Monopolbourgeoisie verschwinden zu lassen, ist das doch gerade das Argument für die „Stärkung der NATO“ durch eben den NATO-Nachrüstungsbeschluß. Daß der Aufruf der „Vereinigten Münchner Friedensinitiativen“ an dieser Stelle den Argumenten der Reaktion Tür und Tor öffnet, zeigt ein großes Problem auf.

Der Versuch, Kraft zu entwickeln in einer fast ausschließlichen Kritik an der Sozialdemokratie, führt dazu, daß stückweise populäre Argumente der Reaktion übernommen werden. Die reaktionäre Regierungspolitik muß bekämpft werden, aber wie? Doch nur im politischen Kampf *direkt* gegen die Propagandisten der Reaktion. Darüber kann doch auch die reaktionäre Politik dieser Bundesregierung angegriffen werden. So aber haben die Aktionen der „Friedensbewegung“ den Zug, die SPD als reaktionäre Partei anzugreifen. Deshalb gehen die Vorbereitungen dieser Aktionen einher mit dem Versuch von größeren Teilen in der Friedensbewegung, die Debatte und Beratung für Aktionen gegen den Reagan-Besuch, den die Reaktion für eine Manifestation ihrer Ziele nutzen will, gar nicht aufkommen zu lassen.

Parallel zum Reagan-Besuch läuft in München der Parteitag der CSU zu den Landtagswahlen. Die Kräfte, die die Frontbildung gegen Reaktion, Faschismus und Krieg fördern, wären wirklich gut beraten, ihre Initiativen darauf zu konzentrieren. Sonst sind die Fronten nämlich falsch gesetzt.

Die „Reform“ wird unzählige Bauern ruinieren – für die westdeutsche Bourgeoisie bringt sie gleich mehrere Vorteile

Die Landwirtschaftsminister der EG haben sich in der ersten Runde nicht auf eine Erhöhung der Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1981/82 einigen können. Für einige Hauptprodukte wie Milch und Fleisch beginnt das neue Wirtschaftsjahr bereits im April, für andere, vor allem Getreide, im August dieses Jahres. Jede weitere Hinauszögerung der Preisbeschlüsse bedeutet also für viele Bauern mehr oder weniger Preisstopp und damit noch schroffere Einkommensverluste, als ohnehin zu erwarten sind. Doch ob sich die Landwirtschaftsminister auf ihrer nächsten Sitzung Ende März einigen werden, ist noch fraglich. Zwischen den Forderungen der Bauern und den Absichten der EG-Behörden und -Regierungen klaffen Gegensätze; auch die verschiedenen Regierungen sind uneins.

Die Bauernverbände fordern einheitlich eine Anhebung der EG-Agrarpreise um durchschnittlich 16,3%, bezogen auf die Europäische Rechnungseinheit ECU. Eine solche Preiserhöhung würde für die Bauern z.B. in der BRD die zu erwartende Inflationsrate reichlich ausgleichen, jedoch längst nicht die Verluste wettmachen, die ihnen in den vergangenen Jahren durch die real sinkenden Erzeugerpreise ent-

standen sind. Die EG-Kommission aber hat nur eine durchschnittliche Agrarpreiserhöhung von 9% vorgeschlagen. Umgerechnet in die nationalen Währungen läge eine solche Preiserhöhung für die Bauern in mehreren Mitgliedsländern jedoch bedeutend niedriger (und für Bauern in allen Mitgliedsländern unterhalb den verschiedenen hohen Inflationsraten). Denn gleichzeitig hat die EG-Kommission einen Vorschlag für die Neufestsetzung der „Grünen Währungen“ (1) unterbreitet; die „Grüne Mark“ würde nach diesem Vorschlag um 4,95% aufgewertet mit dem Ergebnis, daß für die westdeutschen Bauern die Erhöhung der EG-Agrarpreise durchschnittlich nur 3,4% betragen würde.

Dies ist aber nicht alles. Wenn die EG-Landwirtschaftsminister den Vorschlag der Kommission in etwa übernehmen, sind die Weichen für die „Reform“ der EG-Agrarpolitik schon halbwegs gestellt. Denn diese „Reform“ sieht vor, vor allem die Getreidepreise auf das Niveau der Weltmarktpreise zu senken, das hieße bei Weizen z.B. um real 20% innerhalb der nächsten sechs Jahre. Und tatsächlich will die Kommission den Interventionspreis für Weichweizen, für Gerste

und für Mais auch nur um eineinhalb Prozent (in DM gerechnet) erhöht, für Roggen sogar um fast ein Prozent gesenkt wissen. Der Interventionspreis ist eine Art Stützungspreis, zu dem die Interventionsstellen das Getreide aufkaufen müssen, und bestimmt deshalb im Großen und Ganzen auch den Erzeugerpreis, den die Bauern auf dem Markt erzielen können. Sie hätten also im nächsten Jahr mit einer weiteren kräftigen Realsenkung der Getreidepreise zu rechnen. Für die anderen Hauptprodukte der Landwirtschaft sind die Preisvorschläge der Kommission kaum besser, zumal sie jetzt mehr und mehr dazu übergehen will, ein Minimum an Preisstützung nur noch für vorher festgelegte, begrenzte Produktionsmengen gelten zu lassen, um auch auf diese Weise das Erzeugerpreisniveau noch weiter zu drücken.

Das Ministerium Ertl hat sich in der ersten Preisrunde für den Kommissionsvorschlag stark gemacht und beabsichtigt, dies auch weiterhin zu tun. Höchstens will man die Aufwertung der „Grünen Mark“ um ein Weniges abmildern, um die Preissenkungen für die westdeutschen Bauern leicht zu verzuckern. Vor allem jedoch der französische Landwirtschaftsminister hat sich bisher quergelegt und fordert eine durchschnittliche Preiserhöhung von 14% (gerechnet in ECU). Die Widersprüche sind nicht leicht zu überbrücken, denn hinter dem Streit um die Agrarpreise für das nächste Wirtschaftsjahr verbirgt sich der Streit um die „Reform“ der Agrarpolitik selbst, die hauptsächlich von der BRD und Großbritannien verlangt, von Frankreich aber bekämpft wird.

Zwar sind die westeuropäischen Imperialisten sich einig in dem strategischen Ziel, einen möglichst hohen Grad an Unabhängigkeit bei der Versorgung mit Brot- und Futtergetreide zu erreichen. Dies ist weitgehend durch die bisherige Agrarpolitik erreicht worden. Jetzt aber wollen gerade die westdeutschen Imperialisten die Kosten und Vorteile anders verteilen. Nun sind alle Kapitalisten bestrebt, die Erzeugerpreise für die Bauern möglichst weit zu drücken: Die relative Verbilligung der Nahrungsmittel verschafft ihnen Spielraum zu spürbarer Senkung der Lohn- und Gehaltssumme und damit höhere Profite. Doch im Verhältnis der nationalen Kapitalistenklassen zueinander wird dieses einheitliche Interesse



Bild links: Interventionsstelle: „Überschüssige“ Produkte werden billig aufgekauft, der Export angekurbelt. Die Propaganda des Deutschen Bauernverbandes für „aktive Exportpolitik“ findet bei vielen Bauern Anklang (Bild rechts). Doch die Steigerung der Agrarexporte löst weder die Probleme der kleinen Bauern hier noch die Probleme des „Hungers in der Welt“

durch andere, gegensätzliche Interessen überlagert.

Absolut gerechnet ist Frankreich unter den EG-Mitgliedsländern der größte Nettoexporteur für landwirtschaftliche Produkte. Das Agrarhandelsbilanzplus erzielen die französischen Imperialisten hauptsächlich im Handel innerhalb der EG. Aber das System der Erstattungen aus dem EG-Haushalt, mit dem die Preisdifferenz zwischen



Preise stoppen? Die Bauern werden arbeitslos – Demonstration in Brüssel

höheren EG- und niedrigeren Weltmarktpreisen ausgeglichen wird, hat ihnen ebenfalls ermöglicht, mit Erfolg auf Drittmärkten zu konkurrieren und auch hier ein, wenngleich geringes, Agrarhandelsbilanzplus anzusammeln.

– Insgesamt beträgt der Anteil der Ausfuhren von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak an den Gesamtausfuhren 15,4% (1980; zum Vergleich BRD: 4,8%). Man kann sich ausmalen, in welchem Umfang die angepeilte Senkung der Agrarpreise die französische Handelsbilanz, insbesondere auch mit der BRD, verschlechtern wird. Zugleich werden die an die französischen Agrexporture bisher gezahlten Erstattungen zunehmend entfallen.

Umgekehrt ist die BRD in der EG der mit Abstand größte Importeur von landwirtschaftlichen Produkten. Schon die bisherige EG-Agrarpolitik hatte für die westdeutschen Imperialisten große Vorzüge, nicht zuletzt den, daß sie sich auf dem Gemeinsamen Markt weitgehend „selbstversorgen“ konnten, und zwar im allgemeinen zu Preisen, die in einer durch Agrarzölle abgeschotteten BRD gewiß höher gewesen wären. Die angestrebte „Reform“ der Agrarpolitik mit der Senkung der Agrarpreise würde ihre Nahrungsmittelimporte noch immens verbilligen, auch die Importe aus Drittländern. Diese sind bisher zum größten Teil mit sog. Abschöpfungen belegt, die die Importeure an den EG-Haushalt abführen müssen. So würde durch

die Verbilligung der Agrareinfuhren (immerhin fast 10% der Gesamteinfuhren) das westdeutsche Handelsbilanzplus weiter wachsen, die westdeutschen Zahlungen an die EG gleichzeitig deutlich sinken. Kurzum, die westdeutschen Imperialisten und neben ihnen die britischen Imperialisten, die ebenfalls mehr Agrarprodukte ein- als ausführen, könnten alle Vorteile der „reformierten“ Gemeinsamen Agrarpolitik uneingeschränkt genießen.

Um also diese „Reform“ durchzusetzen und ihre Hegemonialansprüche in der EG zu bekräftigen, sind die westdeutschen Imperialisten kaltblütig entschlossen, weitere Hunderttausende

von Bauern in den Ruin zu treiben. Bei steigenden Produktionskosten haben die seit Jahren real sinkenden Erzeugerpreise einen erheblichen Teil der Bauern in arge Bedrängnis gebracht. Zum ersten Mal verzeichnete das ärmste Viertel der Vollerwerbsbauern im Wirtschaftsjahr 1980/81 Verluste anstatt Gewinne. Da die in der Statistik ausgewiesenen „Gewinne“ für die selbstarbeitenden Bauern eher dem Bruttolohn der Lohnabhängigen entsprechen als dem „Gewinn nach Steuern“ der Kapitalisten – sie umfassen das persönliche Einkommen der Bauernfamilien, die privaten Steuern, Beiträge für die Altersversicherung usw.

Gemeinsame Agrarpolitik – kalkulierter Ruin der kleinen Bauern von Anfang an

Schon in den frühen Verhandlungen über die Bildung einer europäischen Gemeinschaft verständigten sich die französischen und die westdeutschen Imperialisten über die Bildung einer gemeinsamen Agrargemeinschaft, die eine Übereinkunft über die Haupterzeugungsrichtung beinhalten sollte, vorerst vor allem die Weizenimporte aus Frankreich in die BRD erleichtern sollten. Einzige Bedingung der westdeutschen Regierung war, daß der westdeutsche Weizenpreis dem niedrigeren französischen angepasst werden müsse.

Das große Interesse der westdeutschen Imperialisten an der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Agrarmarktes erklärt noch 1968 der damalige Leiter des BDI-Referates Landwirtschaft und Industrie mit der Einengung des Territoriums der westdeutschen Monopolbourgeoisie: „Im Osten verloren wir unsere agrarischen Überschußgebiete, unsere Kornkammern. Das heutige Gebiet der Bundesrepublik war seit jeher ein Zuschußgebiet für Agrarprodukte. In dieses Zuschußgebiet wurden weitere 13 Millionen Menschen aus Ost- und Mitteldeutschland hineingepresst. Dadurch kam es ganz zwangsläufig zu einer Übernachfrage nach Nahrungsmitteln und damit auch zu hohen Agrarpreisen ...“

Die Senkung der Agrarpreise, gemeint sind die den Bauern gezahlten Erzeugerpreise, ist von Beginn an ein Ziel bei der Einbeziehung der Landwirtschaft in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Vor Bildung der EWG existierten starke Unterschiede bei den Preisen, die die Bauern in den einzelnen Ländern für ihr Produkt erzielen konnten; gestützt wurden diese Preise durch Schutzzölle auf Importe und Einfuhrbeschrän-

kungen für landwirtschaftliche Produkte.

Die westdeutschen Finanzbourgeois bewegte vor allem drei Gesichtspunkte bei der Schaffung eines Agrarmarktes ohne Handelsschranken in Westeuropa. Zum einen hofften sie, das Lohnniveau niedrig halten zu können durch niedrige Nahrungsmittelpreise, zum anderen setzten sie auf die Möglichkeit der Ausweitung ihres industriellen Exports von Westdeutschland in die europäischen Länder, zum dritten verlangten sie nach Autarkie auf dem Nahrungsmittelsektor, wenigstens innerhalb Westeuropas.

Der Vertrag von Rom, Gründungsdokument der EWG, legt – im Unterschied zu allen anderen Branchen der betroffenen Wirtschaftsgebiete – besondere Ziele einer gemeinsamen Agrarpolitik der sechs Mitgliedsländer fest. Im §39 wird festgehalten: „Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist: a) die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte zu steigern; b) auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten; c) die Märkte zu stabilisieren; d) die Versorgung sicherzustellen; e) für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen.“

Diese Vertragsbestimmungen ermöglichen die Bildung einer Agrarbehörde mit weitreichenden Befugnissen, die sich zum Ziel setzt, innerhalb von zwölf Jahren – der vereinbarten Übergangszeit – alle Schranken im Agrarhandel innerhalb der Gemeinschaft zu

wie auch die Tilgungszahlungen an die Banken und die Ausgaben für Neuinvestitionen – , mußte sich ein Teil der Bauern verschulden, um leben zu können. Wenn dennoch die Vernichtung bäuerlicher Existenzen sich verlangsam hat – 1980/81 mußten „nur“ 2,1% der Bauernfamilien aufgeben, im zehnjährigen Durchschnitt waren es 2,6% – , dann ausschließlich aus dem Grunde, daß die anhaltende Massenarbeitslosigkeit vielen Bauern überhaupt nicht die Wahl ließ, ihren Lebensunterhalt auf andere Weise zu verdienen. Noch konnten sie zum Teil auf Ersparnis aus besseren Zeiten zurückgreifen, noch bekamen sie Kredite, noch konn-

ten sie sich damit über die Runden retten, daß sie längst abgeschriebene Produktionsmittel nicht ersetzten oder Pachtverträge auflösten, selbst Land verpachteten oder verkauften – aber was wird werden, wenn alle Reserven verbraucht sind?

Nur durch Senkung der Produktionskosten, d.h. Steigerung der Produktivität ihrer Arbeit könnten die Bauern die Erzeugerpreissenkungen ausgleichen. Doch dieser Weg ist den kleinen Bauern weitgehend versperrt.

Sie sind ohnehin kaum konkurrenzfähig gegenüber den landwirtschaftlichen Großbetrieben. Die statistischen Angaben, die das Ministerium Ertl all-

jährlich im Rahmen des Agrarberichts macht, erlauben unter Zuhilfenahme von Wägezahlen für den unterschiedlichen Arbeitsaufwand in den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen einen groben Schluß auf die Arbeitsproduktivität nach Betriebsgrößenklassen. Demnach wäre das Ergebnis pro Arbeitskraft in den Betrieben um 100 ha mehr als doppelt so hoch wie in den kleineren Vollerwerbsbetrieben um 10 ha. Viele Faktoren spielen hier eine Rolle, vor allem die Vorteile der Großproduktion gegenüber der Kleinproduktion und die unterschiedliche Bodenqualität: Die Tatsache, daß in den Kleinbetrieben 37,1

beseitigen. 1962 werden Marktorganisationen für die hauptsächlichen Produkte Getreide, Schweinefleisch, Eier, Geflügel, Obst und Gemüse und Wein gebildet. 1963 folgen die Marktorganisationen für Reis, Rindfleisch und Milch. Aufgabe der mittlerweile für alle Marktprodukte bestehenden Marktorganisationen ist es, für die jeweiligen

Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande) sank die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten in diesen Ländern auf mehr als die Hälfte.

Doch die angestrebte Vergrößerung der Betriebe und die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion ging nicht mit der den EWG-Gründern angestrebten Geschwindigkeit von stat-

tenen „bäuerlichen Familienbetrieb“ zu retten, sondern mit der öffentlichen Ankündigung, bis 1980 die Landwirte in der EWG der nunmehr neun Mitgliedstaaten um weitere 5 Millionen zu reduzieren.

Der EG-Kommissar Mansholt schlug vor: Erstens die Erzeugerpreise für einige „Überschußprodukte“ wie zum Beispiel Milch und Zucker zu senken bzw. sie mit Abgaben zu belegen. Zweitens sollten kleine und mittlere Bauern zur „freiwilligen Aufgabe“ ihrer Höfe gebracht werden, drittens sollten diese „freiwillig“ ihr freierwerdendes Land an die Großgrundbesitzer verkaufen oder verpachten. Viertens sollten zinsverbilligte Kredite die Rationalisierung und Kapitalisierung der von den EWG-Kommissionen als rentabel eingeschätzten Betriebe beschleunigen helfen. Trotz massiver Proteste aller Bauernverbände der EWG erhält dieser Plan Gesetzeskraft für die EWG, indem Richtlinien für die weitere Tätigkeit des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) erlassen werden, die ab 1972 verbindlich regeln: Die Unterstützung bei der „Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe“, bei der „Einstellung landwirtschaftlicher Tätigkeit“. Zusätzlich wird der Aufbau eines Informations- und Beratungsdienstes für die Landwirtschaft beschlossen.

Zählte die Landwirtschaft der EWG-Staaten, die von diesen Richtlinien betroffen sind, zu Beginn der fünfziger Jahre noch ca. 20 Millionen Beschäftigte, so gibt es 1979 7,8 Millionen. Einhergegangen ist diese millionenfache Ruinierung von Bauern mit Produktivitätssteigerungen, die weit über den in der Industrie erreichten Quoten liegen.

Quellenhinweis: Europäische Dokumentation, Die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft, Belgien 1979; Agrarpolitik in der EWG, Hrsg. T. Dams, F. Gerl, H. Kötter, O. Strecker, München 1968.



Demonstration gegen den Mansholt-Plan in Hamburg

Produkte einen einheitlichen Preis innerhalb der EG festzulegen, der vom Weltmarktpreis abweichen kann. Die Erzeugerpreise für Weizen wurden so erheblich gedrückt, vor allem für die italienischen und westdeutschen Bauern, während es den industriell organisierten Geflügelzüchtern gelang, mit Hilfe der EWG-Schutzzölle und Einfuhrbeschränkungen den amerikanischen Hähnchenkapitalisten fast den gesamten EWG-Markt abzufragen und höhere Preise durchzusetzen. Für die große Zahl der kleinen und mittleren Bauern bedeutete die gemeinsame Marktorganisation keineswegs die „Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens“, sondern sie beschleunigte ihren Ruin. Von 1957 bis 1969, bis zur vollständigen Entfaltung des gemeinsamen Marktes der Sechs (Belgien, BRD,

ten. Zwar wurden durch die Preisausgleichszahlungen die Agrarkapitalisten und die Nahrungsmittelkonzerne erheblich subventioniert, da Ausgleichszahlungen zum Weltmarktpreis pro verkaufte Produkteinheit erfolgen. Die Produktionskosten je Produkteinheit liegen bei den Großproduzenten jedoch niedriger, so daß für sie ein Sonderbonus abfällt. Unzufriedenheit herrschte dennoch: Die durchschnittliche Betriebsgröße innerhalb der EWG war nur um einen Hektar auf 9,3 ha gestiegen, ca. 75% der Betriebe wurden von der Agrarbehörde als unwirtschaftlich eingestuft.

In dieser Lage wurde die Strukturpolitik der Gemeinschaft durchgesetzt, nun nicht mehr unter dem Propagandamantel, den zuvor hochgehal-

Einige Daten zum Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche

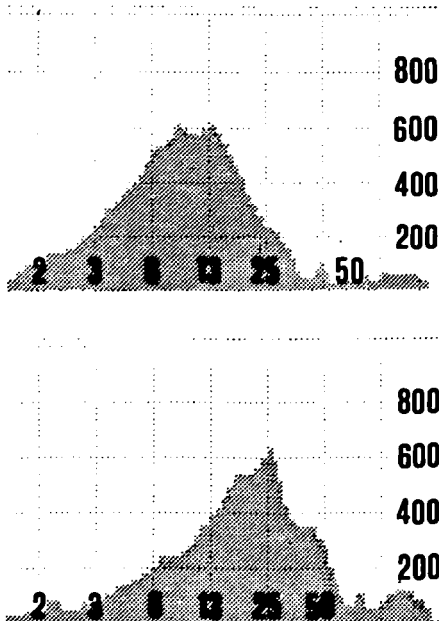
Die landwirtschaftliche Nutzfläche hat in der BRD von 1955 bis 1978 um ca. 1,1 Mio. ha abgenommen. Diese Zahl enthält insofern Ungenauigkeiten, als die bürgerliche Statistik erst ab der Bodennutzungserhebung 1970 eine genaue Erfassung der tatsächlich landwirtschaftlich genutzten Fläche und der nicht mehr landwirtschaftlich genutzten Fläche (sogenannte „Sozialbrache“) ausweist. Aber auch nach dieser Bodennutzungserhebung ist der Umfang derjenigen Fläche, die nicht mehr landwirtschaftlich genutzt wird, allein in den Jahren von 1970 bis 1978 immens: Sie beträgt in der BRD 402000 ha. Der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche an der gesamten Wirtschaftsfläche der BRD sinkt von 1959 58% bis 1970 auf 55% und 1978 auf 53,2%. Im gleichen Zeitraum steigt der Anteil aller weder land- noch forstwirtschaftlich genutzten Flächen von 13% (1959) auf 17,5% (1978). Die höchsten Steigerungsraten bei diesen sonstigen Flächen verzeichnen die Siedlungsflächen und hier wiederum insbesondere die Bebauungs- und Verkehrsflächen.

Der Anteil dieser letzteren lag im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1967 noch bei 8,6% der gesamten Wirtschaftsfläche, 1978 beträgt ihr Anteil dann bereits 11,4%. In Baden-Württemberg z.B. nahm diese Siedlungs- und Verkehrsfläche von 1900 bis 1956 um 115000 ha zu, von 1956 bis 1980, also einem halb so langen Zeitraum, um 159000 ha.

Was sich hinter diesen Zahlen verbirgt, sind die brutalen Folgen imperialistischer Agrarpolitik einerseits und einer ausschließlich auf die Interessen der großen Ausbeutungszentren ausgerichteten Infrastrukturpolitik andererseits. Beträchtliche Teile der gelegten Bauern wie der übrigen ländlichen Bevölkerung finden im ländlichen Raum keine Arbeit, sondern sind gezwungen, in die Industriezentren zu pendeln bzw. dorthin direkt umzuziehen. Entsprechend sind die Ergebnisse einer solchen Bevölkerungs-„Verdichtung“ und dieser Sorte „Erschließung des ländlichen Raums“. In einer Studie des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg zur Flächennutzung heißt es hierzu: „Der Anteil der Siedlungsfläche an der Gemarkungsfläche ist in den Verdichtungsräumen mit über 25% nahezu doppelt so hoch wie in den Randzonen und Verdichtungsbereichen ... Vergleichsweise günstig schneidet dagegen der

ländliche Raum mit einem Siedlungsflächenanteil von 7,5% ab.“ (Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11/80, S. 335ff)

Daß das Ausmaß an landwirtschaftlich nicht mehr genutzter Fläche in direktem Zusammenhang mit der Vernichtung hunderttausender vor allem kleiner Bauernexistenzen



Landwirtschaftliche Nutzfläche Bad. Württemberg nach Betriebsgrößenklassen (Skala unten in ha). Rechte Skala: in Tsd. ha. Bild oben: 1960. Bild unten: 1980.

steht, läßt sich am Beispiel Baden-Württembergs ebenfalls nachweisen: In den beiden Schaubildern ist die Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach Betriebsgrößenklassen in den Jahren 1960 gegenüber 1980 verglichen.

Die höchste Abnahme verzeichnen die Betriebsgrößenklassen bis zu 20 ha. Die Veränderung im einzelnen zwischen 1971 und 1979: Die von Betrieben bis zu 2 ha Größe bewirtschaftete Fläche nimmt ab um 19,6%, bei 2–5 ha Größe um 30,2%, bei 5–10 ha Größe um 28,7%, bei 10–20 ha Größe um 23%. In Betriebsgrößen ab 20 ha nimmt der bewirtschaftete Flächenanteil zu: bei 20–30 ha um 13,5%, bei 30–50 ha um 92,1%, darüber um 82%. Das absolute Sinken der landwirtschaftlich genutzten Fläche in diesem Zeitraum um 214854 ha wird dadurch nicht aufgehoben. In Baden-Württemberg liegt also über die Hälfte der in diesem Zeitraum nicht mehr genutzten Fläche bei einem Anteil von 11,8% an der landwirtschaftlichen Nutzfläche der BRD.

dt/ha (Doppelzentner) Getreide geerntet werden konnten, in den Großbetrieben dagegen 54,4 dt, spricht dafür, daß die kleineren Bauern in der Regel auf die schlechteren Böden gedrängt wurden. Da die Großbetriebe, die weitgehend fremde Arbeitskraft ausbeuten, sich nicht nur die moderneren Produktionsmittel leisten, sondern diese auch wesentlich besser auslasten, ihre Produktionskosten damit niedriger halten können, ist ihr Gewinn im Wirtschaftsjahr 1980/81 fünfmal so hoch wie der „Gewinn“ der Kleinbetriebe, der Abstand hat sich dabei von Jahr zu Jahr vergrößert.

Alle Versuche der kleinen Bauern, in der Konkurrenz mithalten, machen letztlich nur die Banken fett. Fast 3,2 Mrd. DM haben diese im Wirtschaftsjahr 1980/81 an Zinsen von den Bauern kassiert, mehr als doppelt so viel wie 1971. Und alles spricht dafür, daß die kleinen Bauern den Hauptbatzen zahlen. Denn: mit durchschnittlich etwas über 3400 DM je Hektar Landwirtschaftsfläche waren die Bauern 1980/81 verschuldet. Aber: auf dem kleinen (Vollerwerbs-)Bauern mit ungefähr 10 ha lasteten Schulden von fast 4700 DM/ha, mehr als doppelt so viel wie auf den Großbetrieben von rund 100 ha (2100 DM). Daß die Großbetriebe Kredite nehmen, um die Produktion zu modernisieren, daß sie die Zinsen leicht wegzahlen und dennoch Extraprofite machen, während die kleinen Bauern längst neue Schulden machen, um alte Schulden zu tilgen und ihre Existenz zu fristen, dürfte deutlich geworden sein. Sie sind es auch vor allen anderen, die die kurzfristigen, viel teureren Kredite aufnehmen müssen.

Angeichts der Lage, in der sich schon jetzt die Masse der kleinen und auch mittleren Bauern befindet, ist die Folge jeder weiteren Agrarpreissenkung und erst recht der angestrebten „Reform“ der Agrarpolitik die massenhafte Vernichtung bäuerlicher Existenzen. Aber müssen die Imperialisten nicht befürchten, daß dies ihr Interesse an einem hohen „Selbstversorgungs“-grad gefährdet, daß die landwirtschaftliche Produktion sinkt, Böden brachliegen, die heute noch bearbeitet werden? Die Imperialisten rechnen anders, sie rechnen sich sogar aus, daß die Produktion noch gesteigert, der Kampf um neue Weltmarktanteile erfolgreich geführt werden kann. Wie?

1980/81 hat zum ersten Mal seit Jahren sowohl die Zahl der fest angestellten Landarbeiter/innen wie auch der Saisonarbeiter/innen zugenommen (um 5,3% bzw. 19,2%). In Zeiten eines angespannten Arbeitsmarktes war es für die Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzer schwer, Arbeitskräfte zu bekommen. Niedrigste Löhne, lange Arbeitszeiten, eine weitreichende Ab-

Forderungen des Deutschen Bauernverbandes zur EG-Agrarpreisrunde

Die EG-Kommission hat folgende Preisvorschläge vorgelegt: Zwischen 7% und 9%; bei Obst, Gemüse und Wein und auch Milch an der oberen Grenze, bei Milch allerdings mit Ausbau der umstrittenen Erzeugermitverantwortung. Darunter liegen Getreide und Raps mit einer Anhebung des Interventionspreises um 4,9% und des Richtpreises um 7%. Durch niedrige inländische Futtermittelpreise soll die Veredelungswirtschaft der EG-Länder relativ gestärkt werden gegenüber Getreideersatzfutter (Substitute), z.B. aus den USA (Sojaschrot) und Thailand (Maniok). Rindfleisch: plus 6%, mit einer noch nicht näher bezeichneten Prämie für spezialisierte Rindfleischzeuger.

Die EG-Bauernverbände (COPA) fordern 16,3% Erhöhung. Der Deutsche Bauernverband (DBV) fordert bei Milch die Aussetzung der Erzeugerabgabe. Nach Abzug des Grenzausgleichs wäre das in der BRD auf Großhandelsstufe 10%. Das „Bauernblatt“, Organ des Bauernverbandes und Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein z.B. ist der Meinung, „... daß nur eine spürbare Preiserhöhung eine gewisse Entlastung aus der gegenwärtigen schwierigen Lage, in der sich die Landwirtschaft befindet, bringen kann. Was die Landwirtschaft für die Zukunft

braucht, ist eine längerfristige Perspektive ...“ (6.3.82).

Nach Meinung vom Präsidenten des niedersächsischen Landvolkes Rode, Hauptredner auf dem Eutiner Kreisbauernntag am 8.3.82, zehren 41% der Landwirte von ihrem Vermögen. „In früheren Jahren habe man von dem biologisch-technischen Fortschritt und den Preiserhöhungen gelebt. Die Misere in den beiden letzten Wirtschaftsjahren wäre nicht eingetreten, wenn die Landwirte eine Agrarpreiserhöhung im Umfange der Inflationsrate erhalten hätten.“ Der Kreisbauernverband Lübeck hat an Ertl eine Entschleunigung, angenommen auf dem Kreisbauernntag, gesandt mit der Forderung nach 10%iger durchschnittlicher Erzeugerpreiserhöhung und sofortiger Aussetzung der Milcherzeugerabgabe, weil für sie „aufgrund der veränderten Marktsituation keine Berechtigung mehr bestehe ...“

Demgegenüber hat Kiechle, CDU-MdB, eine 10%ige Preisanhebung „auf nationaler Ebene“ verlangt, wobei offen ist, was bei den Bauern „vor dem Hoftor ankommt“ und was in den Handels- und Verarbeitungsunternehmen hängenbleibt. Kiechle war Hauptredner auf dem Husumer Kreisbauernntag; der dortige Kreisvorsitzende forderte in der gleichen Versammlung ausdrücklich 10% Erzeugerpreis-

erhöhung sowie Zins- und Kostensenkung. Auch der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Flessner hat ein Telegramm am Ertl geschickt, aber vermieden, eine Zahl zu nennen. Staatssekretär Gallus (SPD) hält die 10% für zu hoch.

Für den 30.3.82 hat die COPA eine Großveranstaltung in Brüssel beschlossen, also zum Zeitpunkt der dortigen Agrarpreisrunde, wo die Landwirtschaftsminister der EÜ-Länder anwesend sein werden. „Die europäischen Bauern wollen damit ihren Preisforderungen Nachdruck verleihen. Eine machtvollere Demonstration ist nötig, um den Politikern deutlich zu machen, daß es so nicht weitergehen kann“, so der Bauernverbandspräsident Klinker (Schleswig-Holstein), zugleich CDU-Europa-Parlamentarier.

Auf Bezirksbauernversammlungen werden zum Teil kleine Informationsblätter, von der Kreisgeschäftsstelle erstellt und vervielfältigt, durchgesprochen. „Zeigen Sie das ruhig mal Ihrem Nachbarn“, so Geschäftsführer Lund, Schleswig. Ein Kreisvorsitzender: „Sie alle sind Öffentlichkeitsarbeiter“.

Der „Sämann“, Zeitung der GGLF, hat Heeremann gefragt, wie so er die Lohn-Inflationsausgleichsforderungen der Gewerkschaft kritisiert, aber für die Landwirte dasselbe bei den Erzeugerpreisen verlangt.

hängigkeit trieben im Gegenteil viele Landarbeiter/innen dazu, ihre Arbeitskraft anderswo zu besseren Bedingungen zu verkaufen. Diese Zeiten sind vorbei, der anhaltend überfüllte Arbeitsmarkt stellt auch den Kapitalisten in der Landwirtschaft ein großes Reservoir billiger Lohnarbeiter zur Verfü-

gung. Dies ist, neben der Verarmung und Ruinierung der kleinen bäuerlichen Familienbetriebe, die zweite Bedingung für die „Reform“, die auf die Ausweitung der kapitalistischen Großproduktion in der Landwirtschaft zielt.

Der Deutsche Bauernverband, in dem die großen wie die kleinen, die rei-

chen wie die armen Bauern organisiert sind, reagiert zwiespältig. Er fordert für das nächste Wirtschaftsjahr eine Agrarpreiserhöhung von 16,3%, in DM gerechnet 10%. Er plädiert aber auch dafür, daß der „Spielraum für eine aktive Exportpolitik mehr genutzt wird“. Dies setzt Erzeugerpreissenkungen voraus. Die Gewerkschaften beginnen zu erkennen, daß eine gegen die unterstützenswerten Forderungen der Bauern nach Preiserhöhungen gerichtete Propaganda tatsächlich den großen nützt, weil sie ihnen die kleinen in die Arme treibt. In der jüngsten „Welt der Arbeit“ berichtet der DGB, zum ersten Mal seit langem, über die Not der kleinen Bauern und über Versuche, den Einfluß der großgrundbesitzenden Verbandsführer zu brechen.

(1) Die „Grünen Währungen“ sind Kurse zur Umrechnung der Rechnungseinheiten in Landeswährung, die eingeführt wurden, um die ständigen Schwankungen der Wechselkurse und deren Auswirkungen auf Import- und Exportpreise zu dämpfen.

Quellenhinweis: Agrarbericht 1981, einschließlich Materialband, Bundestagsdrucksachen 9/140 und 9/141; Agrarwirtschaft 12/81, Aspekte gemeinsamer Agrarpolitik 1981; Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft, versch. Jahrgänge; Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft, Luxemburg, 1981; Landwirtschaftliche Zeitschrift, Ausgaben 1982; Bernd Andreae, Agrargeographie, Berlin (West), 1977.



Nur durch den Einsatz aller Kräfte der Familie können sich die kleinen Bauern über Wasser halten. Bild: Kohlernte in Nordrhein-Westfalen

Stahl: Provokation der Kapitalisten

Essen. Zu Warnstreiks hat die IG Metall in der letzten Woche in der Stahlindustrie aufgerufen. Allein am Dienstag beteiligten sich 25000 Stahlarbeiter, am Mittwoch über 30000. Die Streikaktionen richteten sich gegen die auch in den dritten Verhandlungen am Mittwoch bekräftigte Absicht der Stahlkapitalisten, noch deutlicher unter dem ohnehin schlechten 4,2%-Abschluß bei Metall zu bleiben. Das bisherige Angebot von 3,8% bei einer Laufzeit von 15 Monaten wurde nicht erhöht. Nach Berechnungen des IG Metall-Bezirks Essen bedeutet es auf 12 Monate umgerechnet eine Lohnerhöhung von 3,04%.

Siemens München: „Überbezahlung“

München. Die Siemens-Kapitalisten flankieren die Senkung des Lohnniveaus mit Angriffen auf die übertariflichen Bestandteile der Löhne und Gehälter. Die Gelegenheit ist günstig, denken sich die Siemens-Kapitalisten. Im Bereich Bauelemente München wurde ein Brief der Arbeitsplanung an die Abteilungsleiter mit folgender Überschrift geschrieben:

Nürnberg. Am 19. März demonstrierten mit der IG Metall rund 10000 aus Baden-Württemberg und Bayern gegen die von der Bundesanstalt für Arbeit beschlossene neue „Zumutbarkeitsregelung“ für Arbeitslose. Am 20.3. fand dazu in Bremen eine Saalveranstaltung statt. In dem Aufruf zur Demonstration schreibt die IG Metall: „Die Bundesanstalt kann in der Statistik weniger Facharbeiter und qualifizierte Angestellte ausweisen. Die Bundesregierung muß dann weniger Zuschüsse an das Arbeitsamt zahlen und kann dafür mehr Tornados kaufen.“

„Überbezahlung bei WIS MB“. In dem Brief wird offen dazu angeregt, zu überprüfen, ob die „freiwillige, jederzeit widerrufliche Sonderzulage“, die als Konjunkturzuschlag für den Münchner Arbeitsmarkt gewährt worden sei, noch gerechtfertigt ist. Zudem wird zu einer Überprüfung, d.h. Senkung der Entlohnung der Zeit- und Sonderlöhner aufgefordert. Kurz darauf ein Rundbrief an die Meister, wo diese darauf verpflichtet werden, die Anwesenheit der Arbeiter 5 Minuten nach Schichtbeginn und 5 Minuten vor Ende zu überprüfen.



Abschaffung der Zwangsernährung

Eine Reihe von Initiativen im Bereich „Innere Sicherheit“ wird zur Zeit durch die Westberliner CDU in Gang gebracht. So liegt dem Abgeordnetenhaus in Westberlin ein Entwurf der CDU-Fraktion vor, in dem der Senat aufgefordert wird, eine Gesetzesänderung zu erwirken, womit die bestehende Verpflichtung der Justizbehörden zur medizinischen Untersuchung und Behandlung sowie Ernährung von in akuter Lebensgefahr befindlichen Gefangenen zukünftig entfallen soll. In der Begründung wird angeführt, daß die Hungerstreiks von „politisch motivierten Gewalttättern“ zu Problemen medizinischer und rechtlicher Art geführt hätten. Die Lage in den Hochsicherheitstrakten und die Bedingungen, die sich daraus für die Gefangenen ergeben, bleiben in dem Entwurf unerwähnt. Die Christdemokraten kalkulieren offensichtlich kommende Hungerstreiks mit Todesfolge ein.

stocken (Was heißt daß weniger die für den Dienstaussgleich erforderlichen 56 Stunden erreichen). In den Standorten Immendingen, Neuhausen o.E. und Sigmaringen hat der „Deutsche Bundeswehrverband“ diesen Befehl als völlig indiskutabel zurückgewiesen. Bereits heute würden 30000 Zeitsoldaten fehlen, der Befehl ist undurchführbar. Außerdem kritisierte der Bundeswehrverband, daß der Befehl in einer Nacht- und Nebelaktion herausgegeben wurde. Der Bundeswehrverband fordert, daß 1982 weitere 30 Mio. DM für Dienstaussgleich zur Verfügung gestellt werden. Die Gewerkschaft ÖTV fordert seit langem, die Dienstzeit der Arbeitszeitregelung im öffentlichen Dienst anzugleichen.

Tarifvertrag mit Nordelbischer Kirche

Nach über einjährigen Verhandlungen haben die ÖTV und der Verband kirchlicher und diakonischer Anstellungsträger Nordelbien am 15.1.82 den Kirchlichen Angestellten-tarifvertrag unterzeichnet. Der Vertrag lehnt sich weitgehend an den für Angestellte im Öffentlichen Dienst geltenden Bundesangestelltentarif (BAT) an. Beide Tarifvertragsparteien haben erklärt, daß sie 1982 das gesamte kirchliche Arbeitsrecht für die Nordelbische Kirche und ihre Einrichtungen tarifvertraglich vereinbaren wollen. Die Kirche erklärte weiter, daß sie die durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgericht ermöglichte Behinderung der Zugangsmöglichkeiten von Gewerkschaftsvertretern zu kirchlichen Einrichtungen nicht praktizieren würde.

Soldaten gegen mehr Arbeit

82 Prozent der Soldaten im Heer arbeiten mehr als 56 Wochenstunden im Durchschnitt. Wehrpflichtige erhalten dafür 54 DM monatlich, Zeitsoldaten 90 DM als Dienstaussgleich. Insgesamt stehen im Verteidigungshaushalt 150 Mio. DM für Dienstaussgleich zur Verfügung. Nach einem Befehl des Verteidigungsminister Apel sollen die Soldaten in Zukunft fürs gleiche Geld mehr arbeiten. Gleichbleibende Aufgaben sollen in 4 Wochenstunden weniger erledigt werden, ohne das Personal aufzu-



Weit über 100000 folgten am 12.3. dem Aufruf des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV zu Aktionen gegen die Regierangsangriffe auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Schwerpunktmäßig im kommunalen öffentlichen Dienst und bei der Post, aber auch in der Metall-, Druck- und Bauindustrie streikten Zehntausende. In mehreren Großstädten versammelten sich viele Lohnabhängige zu Protestkundgebungen. In mehreren Orten dauern die Streiks vor allem der Müll- und Postarbeiter an. Viele Kapitalisten beginnen inzwischen weich zu werden und bieten betriebliche Vereinbarungen über 100%ige Lohnfortzahlung und Streichung der gesetzlich vorgesehenen fünf Karenztage an. Bisher jedoch weigern sich die Kapitalistenverbände noch, entsprechende tarifliche Regelungen abzuschließen, es sei denn, anstelle von Lohnerhöhungen. Dies aber lehnen die FNV-Gewerkschaften ab, die Gewerkschaft Druck und Papier bereitet einen sog. Staffettenstreik vor. Die Regierung springt den Kapitalisten nun mit der Androhung eines staatlichen „Lohneingriffs“, d.h. Verbot von Tariflohnerhöhungen, zur Seite.

Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW)

Massenentlassungen und verstärkte Arbeitshetze und Schinderei geplant

Kiel. Bis zum ersten Quartal 1983 sollen bei HDW in Hamburg und Kiel 1116 Beschäftigte entlassen werden. Darüber hinaus weitere 250. Das sind 750 Entlassungen über die im „Interessenausgleich“ von 1979 vom Betriebsrat zugestimmten Entlassungen hinaus. Damals hatte der Betriebsrat, um der Willkür des Vorstandes Schranken zu setzen, einer Betriebsvereinbarung zugestimmt, die 1180 Entlassungen in der Zeit von 1979 bis 1982 vorsah.

Auf der anderen Seite sollten 170 Millionen DM zur Strukturverbesserung bei HDW investiert werden. Vergleicht man die Beschäftigungszahlen von 1979 (12990) und 1982 (12218), so kann man feststellen, daß von den 1180 vorgesehenen Entlassungen bis jetzt 772 durchgeführt werden. Diese Zahl beinhaltet die sogenannten „natürlichen Abgänge“ wie Verrentung und Todesfall. Vorstandsvorsitzender Henke nannte auf der Pressekonferenz vom 26.2.82 die Zahl von 616 Beschäftigten, die noch im Rahmen des Interessenausgleichs entlassen werden sollen. Mit welchen perfiden Methoden, läßt sich aus den Berichten des Betriebsrates erkennen. Zur Zeit liegen dem Betriebsrat 40 Anträge des Vorstandes auf Entlassungen vor.

Von den 40 Betroffenen sind allein 30 Arbeiter, die lange Zeit krank waren oder noch sind. Dahinter steckt das Konzept, „überhöhte und nicht plausible Krankenstände und Leistungsmangel“ abzubauen. Ebenso werden seit geraumer Zeit von der Personalverwaltung Listen über Beschäftigte geführt,

die zu oft und zu lange krank waren. Auch diejenigen, die im Manteltarifvertrag zugesicherte telefonische Krankmeldung in Anspruch nehmen, werden ab dem vierten Mal von der Personalabteilung angeschrieben. In allen Fällen werden Arbeiter schon nach kurzer Krankheitsdauer zum Vertrauensarzt geschickt. Länger Krankgewesene werden von der Personalabteilung zu „persönlichen“ Gesprächen eingeladen.

Seit Anfang 1981 ist die Unternehmensberaterfirma SCS (Scientific Control System), eine Tochter des Öl-Multis BP, damit beauftragt, 30% der „Gemeinkosten“ einzusparen. Da diese im wesentlichen im Angestelltenbereich entstehen, kommt die Beraterfirma SCS zu dem Schluß, daß hier bis zu 750 Beschäftigte wegrationalisiert werden müssen.

Von den Entlassungen sind die Angestellten im Verwaltungszentrum Kiel-Dietrichsdorf und den Konstruktionsabteilungen im besonderen betroffen. Die Abteilungsleiter führen schon Listen über die zu entlassenen. „Jeder Abteilungsleiter muß ja mal konkret werden, außerdem müßten auch Führungskräfte ihren Platz räumen“, so Henke auf der Pressekonferenz im Februar. Die Verwaltung soll dann in Hamburg zusammengefaßt werden.

Um zu verhindern, daß ein neuer Sozialplan erstellt wird, hat Henke Massenentlassungen dementiert. Stückchenweise, 29 Beschäftigte im Monat, soll die Zahl der geplanten Entlassungen erreicht werden. Nach dieser Rechnung braucht HDW ca. vier Jahre, um dieses Ziel zu erreichen. Die angekündigten Entlassungen bis zum ersten Quartal 1983 würden aber mindestens 93 im Monat bedeuten.

Gezielte Rationalisierung und drastischer Personalabbau sind die Voraussetzungen für eine dauerhafte Konkurrenzfähigkeit, so der HDW-Vorstand. Aber von den im Strukturplan vorgesehenen und vom Betriebsrat zugestimmten Rationalisierungsinvestitionen von 170 Millionen DM sind noch nicht mal zwei Drittel investiert worden.

Der Betriebsrat hatte im Interessenausgleich, der auch den Strukturplan beinhaltet, den Entlassungen zugestimmt, um durch die Investitionen die verbleibenden Arbeitsplätze zu sichern. Der Vorstand hat daran kein Interesse. Im Angestelltenbereich ist aufgrund der neuesten Entwicklung der Computertechnik mit der Einführung

von Datenverarbeitungsanlagen und in der Konstruktion mit dem Einsatz von elektronischen Zeichengeräten zu rechnen. Aber auch in der Produktion wird mit Veränderungen zu rechnen sein. So steht immer noch das Ergebnis aus über die Forschung „Schiff der Zukunft“. Als Generalunternehmer hatte HDW in Zusammenarbeit mit 40 Firmen, unter Federführung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie ein Schiff entwickelt, das eine Serienproduktion ermöglicht. Dies würde gerade für die Bordmontagebetriebe im Schiffsneubau zu erheblichen Entlassungen führen.

Gegen die geplanten Massenentlassungen sind der Betriebsrat wie auch die IGM-Vertrauenskörperleitung bei Bekanntwerden aufgetreten. Im „Rundblick“, Betriebszeitung der IGM auf HDW, wurden die Beschäftigten informiert. In einem Brief an den HDW-Vorstand hat jetzt die Bezirksleitung Hamburg die Forderungen zusammengefaßt:

a. Offenlegung der Ergebnisse der SCS-Studie, b. Abschluß einer Betriebsvereinbarung, die Entlassungen in Folge der Studie ausschließt, c. Vernichtung der schwarzen Listen von Kranken und angeblich Leistungsschwachen.

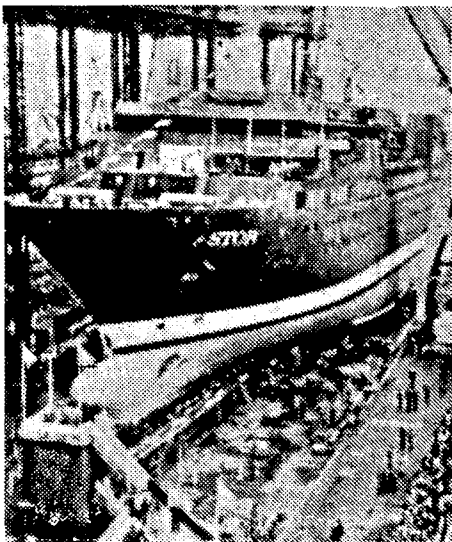
SKF

Betriebsvereinbarung „Verdienstaussgleich“

Schweinfurt. Im Zusammenhang mit der Drei-Schicht-Betriebsvereinbarung (siehe Pol. Berichte 3/83) haben SKF-Betriebsrat und Geschäftsleitung eine weitere Betriebsvereinbarung über „Verdienstaussgleichssicherung langjähriger Mitarbeiter, die aus Gründen von Alter, Krankheit oder Unfällen minderbezahlte Arbeitsplätze einnehmen müssen“, abgeschlossen. Diese soll auch angewandt werden bei Arbeitsplatzwechsel infolge von Rationalisierung.

Der Ausgleich ist jetzt so geregelt: Nach 35jähriger Betriebszugehörigkeit werden 100% des Unterschiedsbetrages bezahlt, nach 20jähriger Betriebszugehörigkeit 55% des Unterschiedsbetrages. Erstmals ist ein Verdienstaussgleich nach fünf Jahren Betriebszugehörigkeit vorgesehen.

Auf einer Pressekonferenz erklärte die IG Metall, daß die beiden SKF-Betriebsvereinbarungen eine Leitfunktion in der Metallindustrie bekommen dürften. In der bayerischen Metallindustrie gibt es bisher nur den § 24 des MTV „Lohnausgleich bei Leistungsminderung“. Danach können Arbeitnehmer mit 55 Jahren und 10 Jahren Betriebs-



Schiffstaue in Hamburg: Für 1300 Arbeiter jetzt Kurzarbeit beantragt

zugehörigkeit bzw. mit 50 Jahren und 20 Jahren Betriebszugehörigkeit vollen Lohnausgleich beantragen, wenn sie „aufgrund gesundheitsbedingter Minderung ihrer Leistungsfähigkeit nicht mehr in der Lage sind, ihre bisherige Tätigkeit auszuüben oder in dieser die bisherige Leistung zu erbringen“.

Die SKF-Betriebsvereinbarung weitet demgegenüber den „Verdienstausgleich“ aus z.B. auf Rationalisierungsfolgen, langjährige Nachtarbeit usw. Ein Arbeiter, der nach 20 Jahren Nachtarbeit vom „Ausstiegsrecht“ Gebrauch macht, muß sich nicht dem schikanösen Anerkennungsverfahren mit ärztlichen Attesten und Untersuchungen nach § 24 des MTV unterwerfen, um Lohnausgleich zu erhalten. Nachteilig an der Regelung ist die starke Bindung an langjährige Betriebszugehörigkeit, andererseits bringt der

Wegfall eines Mindestalters eine Ausweitung der Lohnabsicherung.

SKF-Chef Westphal erklärte: „Beide Betriebsvereinbarungen sind die Fortsetzung einer jahrelangen SKF-Politik, die besondere Leistungsbereitschaft der Belegschaft durch besondere soziale Leistungen honoriert. Gerade darin, so haben wir die Erfahrung gemacht, liegt eine unserer Stärken im Wettbewerb.“ SKF mußte Zugeständnisse machen, um Drei-Schichtarbeit für zehn Prozent der Belegschaft durchzusetzen. Die Vereinbarungen bringen Vorteile in der Einschränkung schädlicher Auswirkungen der Nachtarbeit (Freischichten) und im Schutz bereits verschlissener Arbeitskraft. Die sich dauernd steigernde Auspowerung der Arbeitskraft in Akkord und jetzt auch in Nachtarbeit wird nicht wesentlich aufgehalten.

Benz werden zur Profit- und Expansionssicherung alle Forderungen erfüllt, während uns die landwirtschaftlichen Flächen genommen und damit unsere Ruinierung weiter vorangebracht werden soll. Zum andern werden von der Späth-Regierung die Tatsachen falsch dargestellt, verdreht und die militärische Dimension der Teststrecke mit NATO-Tanklager zu verdecken versucht ... Sollen wir es zulassen, daß ein Konzern sich einen ganzen Landstrich aneignet, Bauern ruiniert und das Schicksal von Arbeitern von seinem eigenen Wohl und Wehe abhängig macht? Der Bundschuh ist nicht gegen die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir wollen auch nicht, daß unsere Jugend noch weiter in die Zentren abwandert. Was wir brauchen, ist eine Mischung aus mittelständischer Industrie und Handwerk, die dem ländlichen Raum angepaßt ist.“

Hettinger greift die Verschärfung der Probleme im ländlichen Raum durch die bürgerlichen Politiker an und deren Ergebnis, die Verödung der dörflichen und menschlichen Gemeinschaft. „Viele bäuerliche Familienbe-

Daimler-Teststrecke

Bundschuh-Genossenschaft fordert Ablehnung durch den Landtag

„Im 5. Jahr des erfolgreichen Widerstandes gegen das industriell-militärische Großprojekt kommt unser Kampf nun in die entscheidende Phase“, heißt es im Aufruf der Bundschuh-Genossenschaft zur Demonstration und Kundgebung gegen die in Boxberg geplante Teststrecke von Daimler-Benz am 20. März in Stuttgart. Ein langer Zug von Schleppern, Radfahrern und Autos nähert sich dem Schloßplatz, vorbei am Hauptbahnhof, auf dessen Turm weithin sichtbar der Daimler-Stern prangt, Wahrzeichen für die Beherrschung der Region durch die großen Konzerne.

Bei der Teststrecke geht es „schlicht um eine Millionenschiebung aus öf-

fentlichen Mitteln an den milliarden-schweren Automobilkonzern“, schreibt der Bundschuh. „So sollen beispielsweise die Daimler-Benz-Privatstraßen zur Verkehrsanbindung der Teststrecke den Steuerzahler mehr als 30 Mio. DM kosten. Zudem sagte Ministerpräsident Späth bereits 1978 – damals als Innenminister des Landes – eine wohlwollende Prüfung von Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu, womit Daimler-Benz 10% der Investitionssumme von 200 Mio. DM abkassieren könnte. Späth ordnete damals auch schon die Befreiung von der Grunderwerbssteuer für den umfangreichen Flächenerwerb an. Tatsächlich hat Daimler-Benz für die zwischenzeitlich erworbenen Flächen keinen Pfennig Grunderwerbssteuer entrichtet. In der Erweiterung der Landesregierung auf die von den Grünen eingebrachte parlamentarische Anfrage bleibt die CDU-Regierung die Antwort auf eine diesbezügliche Frage schuldig und verschanzte sich hinter dem Steuergeheimnis“.

Die bevorstehende Debatte im Landtag über die Anfrage der Grünen ist unmittelbarer Anlaß der Demonstration. Etwa 2000 bis 3000 Zuhörer haben sich auf dem Schloßplatz eingefunden. Zahlreiche Bauern tragen Kostüme aus der Zeit des Bauernkrieges. Die Gruppe „Slack Season“ spielt Lieder des Widerstands. Dann spricht Herbert Hettinger, Bundschuh-Vorsitzender und Landwirt: „... Die schriftliche Antwort der Landesregierung ist unerträglich und verlogen: Daimler-



triebe hat man systematisch ausgerottet, um den Weg freizumachen für großkapitalistische Agrarfabriken ...“ Viele verschiedene Gruppen hätten sich im Kampf gegen die Umweltzerstörung zusammengeschlossen. Der Bundschuh wolle u.a. dazu beitragen, daß wieder mehr giftfreie Nahrungsmittel produziert werden.

Während in Boxberg fruchtbares Land vernichtet werden solle, müßten Menschen in der Dritten Welt Hungers sterben. Gleichzeitig reisten baden-württembergische CDU-Politiker im Lande umher und propagierten Solidarität mit der Dritten Welt, wobei sie in Wirklichkeit Ausbeutung meinten. Welch ein Hohn, so Hettinger unter dem Beifall der Zuhörer.



Zahlreiche Grußadressen sind eingegangen, u.a. von der österreichischen Bergbauernvereinigung, von der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West, von französischen Bauern aus dem Larzac und aus anderen Departements, von den Stuttgarter Filderbauern, die mit sieben Schleppern zur Unterstützung gekommen sind, von einer türkischen Organisation, den Grünen im Stuttgarter Gemeinderat und einem Vertreter der Katholischen Landjugend, der für die Diözesanversammlung der Diözese Rottenburg spricht. Willi Hoss, Betriebsrat bei Daimler-Benz Untertürkheim, spricht danach über die Zukunft der Automobilindustrie und fordert, daß im Konkurrenzkampf der Konzerne untereinander die Arbeiter sich nicht für die Interessen ihres jeweiligen Konzerns einspannen lassen dürfen.

Göttingen Modellversuch „Geheime Stadtpolizei“

Göttingen. Man nennt sie schon „Djangos“ oder „Geheime Stadtpolizei“, die „Aufklärungs- und Festnahmekommandos“ der Polizei, die seit Mitte letzten Jahres nachts in Göttingen ihr Unwesen treiben. Ihre Personalstärke ist unbekannt. Sie sind direkt vom Polizeiplanungs- und Führungstab beim Innenministerium in Hannover unter Möcklinghoff als Prototyp für Niedersachsen kreiert.

Angesetzt sind sie darauf, „die Szene aus der Anonymität zu holen“, so Göttingens Polizeichef Mogwitz, der das Schweigen über die Existenz seiner Elitetruppe brechen mußte, weil die Herren der Nacht sich über ihre Praktiken auch noch über den Äther ausließen. Auszüge aus einem Polizeifunkmitschnitt bei der Beschattung Göttinger Häuserkämpfer:

„... Kurze Straße: ... gehen jetzt unsere Freunde X und Konsorten ... der X hat wohl ganz schön einen im Hacken ... ich wette, der braucht Schläge ... sie gehen durch die Stadt, wir wollen die'n bißchen beschatten – aber so, daß wir denen auf den Hacken herumfahren ... der X wird schon nervös ... er hat hier gerade so'n kleinen Mülleimer umgedonnert ... Einsacken nach neun! (gemeint ist §9 des niedersächsischen Gesetzes für Sicherheit und Ordnung (SOG): vorläufige Festnahmen) ... soll ich mal Weide seine Telefonleitung blockieren? ... besser Lehmann! (gemeint sind zwei Göttinger Rechtsanwälte, die Häuserkämpfer verteidigen) ... wir ziehen jetzt erstmal ab ... haben die 'ne halbe Stunde lang genervt ... jetzt könnt ihr erstmal weitermachen.“

Nachdem man nun weiß, mit wem man es zu tun hat, sind weitere Fälle dieses nächtlichen Nervenkrieges der Zivilfahndungskommandos bekannt geworden. Ihre Taktik: „solange provozieren, bis man ihnen ans Leder kann“. Für Mogwitz Anlaß nochmal „ganz eindeutig an Sprech- und Funkdisziplin zu erinnern“. In der Presse sprach er nach der Veröffentlichung des Tonbands von „sprachlichen Schnitzern“.

Vorladungen werden vom 7. Kommissariat (Politische Polizei) schon persönlich vorbeigebracht – man muß sich doch auch über Wohn- und Nachbarschaftsverhältnisse informieren.

„Neue politische Taktiken gegen Hausbesetzer in Göttingen“ hätten „seit Mitte 1981 zu einer deutlichen Beruhigung geführt“, erklärte Innenminister Möcklinghoff vor dem Landtag. Ca. 400 Strafverfahren sind bei der Göttinger Justiz gegen Angehörige der Jugend- und Häuserkampf Bewegung eingeleitet. Und einer der ersten bereits abgeschlossenen Prozesse – auch Bestandteil der „neuen politischen Taktik“: Zehn Monate Haft ohne Bewährung wegen Werfens von Farbbeuteln und Knallern anlässlich des Besuchs von Bundespräsident Carstens. Aus der Urteilsbegründung: „Die sittlich niedrige Gesinnung des Angeklagten biete keine Anhaltspunkte für zukünftige Rechtstreue ...“

Die Wirkung dieser Unterdrückung ist z.Zt. bei jeder politischen Aktion, die gemacht wird oder eben darum unterlassen wird, hautnah zu spüren.

Wenig rühmlich ist, daß die GdP-Bezirksgruppe die „Aufklärungs- und Fahndungskommandos“ ausdrücklich begrüßt und erklärte, ihr sei dieses Kommando bereits in der Planungsphase bekannt gewesen.

Die SPD hat im niedersächsischen Landtag eine Anfrage angekündigt, die „Aufgaben und Befugnisse dieser Spezialeinheit umgehend überprüft“.

Deutsche Volksunion CSU erläßt kein Veranstaltungsverbot

München. Trotz des Protestes zahlreicher Organisationen, darunter der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), der „Grünen“, der Israelitischen Kultusgemeinde München, trotz Verbotsanträgen von VVN und dem „Anti-Strauß-Komitee“, sah das Kreisverwaltungsreferat der Stadt München keine Veranlassung, eine Veranstaltung der neofaschistischen Deutschen Volksunion zu verbieten. So konnte der britische Historiker David Irving unter Polizeischutz unter der



Protestaktion vor dem Löwenbräukeller gegen die DVU-Faschisten: „Kiesel läßt Faschisten schützen“, „Verbot aller faschistischen Organisationen“ und „Neonazis hinter Gitter“.

Fragestellung „Nürnberger Prozesse – Gerechtigkeit oder Siegerjustiz“ seine These von der „Auschwitz-Lüge“ verfechten. Und Gerhard Frey, Vorsitzender der DVU und Herausgeber der „National-Zeitung“, konnte das „Lebensrecht der Deutschen“ beschwören, das gegenwärtig von den hier lebenden Ausländern bedroht sei. „Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben. Dem deutschen Volk müssen die gleichen Rechte zustehen wie allen anderen Völkern auch. Dies schließt das Recht auf das angestammte Land, die nationale Identität und Selbstbestimmung ein ...“ „An alle Deutschen!“ wendet sich Gerhard Frey mit seiner „Initiative für Ausländerbegrenzung“, und da unsere „Städte in Gefahr“ sind durch „zunehmende Überfremdung“, fordert er: „Ausländerrückkehr fördern!“ („National-Zeitung“, Nr. 7/82).

Wundern tut es eigentlich nicht, daß die Stadtverwaltung keinen Grund zum Verbot dieser Veranstaltung finden konnte. Begründen doch CSU-Politiker im Stadtrat ihre Maßnahmen gegen Ausländer mit ganz ähnlichen deutsch-nationalen Tönen. Der Sozialreferent der Stadt, Hans Stütze, z.B. warnt in einem Aufsatz „Die verhütete Zukunft“ vor der „Überfremdung durch ethnisch und kulturell ferner stehende Zuwanderer“ und befürchtet, daß nicht mehr genug „einheimische Frauen“ heranwachsen, die für den Erhalt unserer „abendländischen Kultur und Zivilisation“ sorgen. Angesichts der Übereinstimmung in dieser wichtigen Frage erklärt die Stadt, daß „restriktive Verbotsgründe nicht erkennbar“ seien, und daß die DVU den Faschismus verharmlost oder gar verherrlicht und daß Gerhard Frey die Wehrsportgruppe Hoffmann mit Geldmitteln tatkräftig unterstützt hat, für diese erhobenen Vorwürfe fehle es an „genauen Kenntnissen“.

Hambacher Fest

Tag der „Einheit und Nationalwürde“: Bezugspunkte für die Friedensbewegung?

Aus Anlaß der 150. Wiederkehr des „Hambacher Festes“ vom 27. Mai 1832 lädt die CDU-Landesregierung von Rheinland-Pfalz für den 23.5. zu einem großen Spektakel in Hambach ein: Historischer Umzug und Rede von Carstens. Doch auch die Wochendenenden davor und danach sind belegt: 16.5. „Pfalz-Treffen“ der SPD mit Willy Brandt und 29./30.5. ein „Hambacher Fest 1982“, zu dem Initiativen und Persönlichkeiten der Friedensbewegung bundesweit aufrufen. Der DGB plant ein „Internationales Mai-fest“ mit H.O.Vetter.

Mit dem Hambacher Fest scheint sich viel anfangen zu lassen. Es war seinerzeit ein wichtiger Schritt hin zur Revolution von 1848. 34 feudal-absolutistische souveräne Monarchen plünderten und unterdrückten damals Deutschland. Ihr Spinnennetz von Zollschränken hinderte die Entwicklung von Industrie und Handel. Einem Aufruf von 32 Bürgern aus Neustadt/Weinstraße „zum Kampf für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung von Freiheit und deutscher Nationalwürde“ waren ca. 30000 nach Schloß Hambach gefolgt, darunter Abordnungen aus dem ganzen Deutschen Bund, auch aus England und Frankreich sowie zahlreiche Polenflüchtlinge: Der von Preußen mit unterdrückte Aufstand in „Kongreß-Polen“ gegen die zaristische Herrschaft genöß große Sympathie.

Damit sind drei Stichworte gegeben: Nationale Einheit, demokratische Freiheiten und – Polen.

Für die CDU steht der Schwerpunkt außer Frage: Deutschland wieder zerrissen: „dreigeteilt“? also: Kampf um die deutsche Einheit! Unter diesem Schlachtruf haben Hambachfeiern Tradition: 1872 wurde die von Preußen durchgesetzte Reichsgründung gefeiert. 1932 rief die „Arbeitsgemeinschaft der Pfälzischen Presse“ zu einem Gedenktag auf. Deren Vorstandsmitglied Hartmann schrieb: „Der Väter Arm war zur Erfüllung nicht stark genug. Wir aber warten noch auf diesen starken Arm. Er führe herauf, was aller Farben sehndes Symbol war: *Großdeutschland!*, einig und frei. Wer immer es sei, Deutscher Geist und Gottvertrauen lenke diesen Führerarm! ...“

Es wäre wirklich erfreulich, wenn dem Auftritt Carstens wenigstens eine der geplanten Veranstaltungen auf Schloß Hambach entgegengesetzt wä-

re. Ob Julius Lehlbach, DGB-Vorsitzender von Rheinland-Pfalz, etwas in dieser Richtung ausdrücken wollte, als er Ministerpräsident Vogel entgegenhielt, das Hambacher Fest sei „kein Fest der Regierenden, sondern ein Treffen der opponierenden freiheitlichen Kräfte des Volkes“ gewesen, ist zu hoffen. Der Aufruf der Friedensinitiativen jedenfalls enthält keine Stellungnahme gegen die Expansionsinteressen des herrschenden Finanzkapitals in der BRD. Es ist vielmehr geprägt vom „Neuen Nationalismus“: „Vor 150 Jahren wurde der Wille des Vol-



kes, die drängenden Probleme der Deutschen demokratisch zu lösen, durch die Staatsgewalt unterdrückt. Wir nehmen den Kampf von damals wieder auf und führen ihn weiter.“ Als „nationale Probleme“ von heute werden u.a. die Pershing II-Raketen, die Berufsverbote und die Zerstörung der Umwelt benannt.

Neuerdings gibt es Streit um diesen Aufruf. BBU und Grüne sind abgesprungen. Sie verlangen, die „tragische Aktualität“ zum Stichwort Polen müsse im Aufruf zum Tragen kommen, ein Vertreter von Solidarnosc müsse am 29.5. auf die offizielle Rednerliste. Die „Aktualität“ wird dabei nur im Kampf gegen Unterdrückung durch Rußland gesehen. Daß Polen seit Jahrhunderten von Westen bedroht wird, zunächst durch den preußischen und dann durch den reichsdeutschen Expansionismus, fällt unter den Tisch. Das ausgerechnet in einer Zeit, da die

Ansprüche der BRD auf die ehemaligen zeitweise deutschen Ostgebiete von der Reaktion immer ungenierter verkündet werden, und zwar absehbar auch auf Schloß Hambach.

Man könnte hierzu durchaus etwas von einem der beiden Hauptredner von 1832, von Johann August Wirth, lernen. Er erklärte auf dem Fest: „Polen ist zu wiederholtenmalen von deutschen Mächten verrathen worden und hat den Verlust der Freiheit und des Vaterlandes auch in neuerer Zeit einem deutschen Könige zu verdanken.“ Gemeint waren die Teilungen Polens durch Preußen, Österreich und Rußland (s. die zeitgenössische Karikatur).

Wirth war ein kleinbürgerlicher Demokrat. Als solcher setzte er für den Zivilisationsfortschritt und den Frieden viel Hoffnung in die Entwicklung des Kapitalismus innerhalb fester nationaler Grenzen. Seine Vision: „Eu-

ropa ist wiedergeboren und auf breiten natürlichen Grundlagen dauerhaft organisiert ... Man wird ... Constantinopel durch Umschaffung ... in einen freien Hafen in einen allmächtigen Hebel des europäischen Handels verwandeln, die Hilfsquellen Afrikas für Europa eröffnen, und dann den großen Menschenfreund, den Handel gewähren lassen ...“

Carstens kann hier zweifellos aus dem Vollen schöpfen. Wirth hatte die gerechte Sache der Massen gegen den Feudalismus verfochten, jedoch dabei die Keime der späteren reichsdeutschen imperialistischen Politik genährt. Die Friedensbewegung in einem der stärksten imperialistischen Länder muß sich ernsthaft fragen lassen, ob sie „den Kampf von damals“ wieder aufnehmen und weiterführen will.

Quellenhinweis: Landeszentrale f. Pol. Bildung, Das Hambacher Fest, Mainz 1981; J. Bühler: Das Hambacher Fest, Ludwigshafen 1932, taz v. 16.3.82.

Lernziel: Vaterlandsverteidigung

Die baden-württembergische und rheinland-pfälzische Landesregierung sind sich einig über heimatverbundene Unterrichtsreform. Die methodischen Grundsätze und Revisions-Leitziele für den Geschichtsunterricht in Baden-Württemberg lauten u.a.: Er „muß die Verantwortungsbereitschaft wecken, bei der Gestaltung unserer freiheitlichen, demokratischen Lebensordnung mitzuwirken“, er soll „die Verbundenheit mit Volk und Heimat“ fördern und „Die deutsche Frage und der Europagedanke sind klar herauszuarbeiten und im Gesamtlehrplan besser zu koordinieren.“ Carl Carstens, der auf dem Hambacher Jubiläum sprechen wird, erklärte am 14.2.74 im Bundestag: „Ich möchte doch nur einmal in Erinnerung zurückrufen, daß in dem Kommunistischen Manifest Sätze stehen wie der: „Die Arbeiter haben kein Vaterland.“ ... Wenn an den Schüler über Marxismus gelehrt wird, sollte gesagt werden, daß der Satz, der Arbeiter habe kein Vaterland, unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse eine Beleidigung für den Arbeiter ist.“

Für die Behandlung des Hambacher Festes schlägt die rheinland-pfälzische Landeszentrale für Pol. Bildung den Lehrern als Lernziel vor: „Die Forderungen von Hambach sind ein Vorklang auf die künftige deutsche Entwicklung. Die innere Freiheit ist heute durch unsere Verfassung, das Grundgesetz gesichert. Die nationale Einheit allerdings, die das deutsche Volk von 1871 an besaß, ist in der Folge des 2. Weltkrieges verlorengegangen. Sie anzustreben ist eines der großen politischen Ziele unseres Volkes.“ Für die Oberschüler erwartet sie folgenden Tafelanschrieb:

Forderungen von Hambach/Tendenzen	Artikel des Grundgesetzes
-----------------------------------	---------------------------

nationale	Präambel
liberale	1-19
emanzipatorische	3(2)
internationale	1,24-26
humanitäre	1,3
revolutionäre	20(4)
evolutionäre	20(2)
konfessionelle	3(3),4(1)

Die „Beleidigung“, von der C. Carstens sprach, ist somit die Teilung Deutschlands. Das Lernziel schwarz-rot-goldener Chauvinismus.

Ackermann-Göggingen AG Verlagerung und Konzentration

Heilbronn. Der Vorstand des Nähgarnherstellers Ackermann plant u.a. die Zusammenlegung und vollständige Automatisierung der bisher in Heilbronn und in Augsburg betriebenen Färbereien. Von den zur Zeit 392 Beschäftigten im Heilbronner Werk sollen 265 entlassen werden, 1975 waren es noch 800. In Augsburg (1400 Besch.) sollen 120 Arbeitsplätze dazukommen.

Gegen die geplanten Entlassungen in Heilbronn beteiligten sich über 600 Menschen an der Demonstration, zu der die Gewerkschaft Textil und Bekleidung und der DGB am 2.3. aufriefen (Bild). „Für das Unternehmen ist der Grund für die Verlegung von Heilbronner Werksteilen nach Augsburg vor allem der sinkende Profit der Aktionäre der Firma Ackermann (1980: 13% Dividende, 1979: 17%) ...“ schreibt die DGB Jugend in einer Solidaritätserklärung.

Der Stadtverband der CDU macht dagegen für die „12000 Pleiten“ im Jahr u.a. die von SPD, FDP und GRÜNEN durchgesetzte Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze um 20 Punkte verantwortlich. Die Verlagerung von Heilbronn (330 Punkte) nach Augsburg (410 Pkt.) läßt sich damit



nicht erklären. Gegenüber dem Gemeinderat führt der Vorstand denn auch „alle anderen gewichtigen Faktoren“ auf, die für Augsburg sprechen, so die „Energieseite“ und vor allem der „in Augsburg – nicht nur bei uns – übliche Dreischichtbetrieb.“ Die „eingebüßte Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Verhältnisse in Deutschland“ wird vom Vorstand angeführt

mit dem blauäugigen Zusatz „trotzdem nicht den Weg der Produktionsverlagerung ins Ausland (zu) gehen.“

Wie Ackermann vom Kapitalexpert der westdeutschen Textilindustrie profitiert, ist aus dem Geschäftsbericht 1980 zu ersehen: „Insgesamt ist für die gesamte Textilindustrie das Exportgeschäft ein immer wichtiger werdender Faktor, der nicht allein dazu dient, Kapazitäten auszulasten, sondern aus der Bundesrepublik Deutschland abwandernde Produktionsbetriebe ab ihren neuen Standorten im Ausland weiter zu beliefern ...“. In einem Leserbrief in der Heilbronner Stimme zu den Entlassungsplänen bei Ackermann wird das Verbot von Kapitalexpert gefordert. Die „besseren Argumente“ sind eindeutig auf Seiten der Beschäftigten und der Gewerkschaft, nur wird das ausreichen, um die Entlassungen zu verhindern?

Münchener Zeitungsverlag Warnstreik gegen geplante Entlassungen

München. Am Freitag, den 19.3. traten die Arbeiter der Spätschicht im Münchner Zeitungsverlag in den Streik. Die Wochenendausgaben von „Münchner Merkur“ und „tz“ erschienen nicht. Der Streik richtet sich gegen die geplanten Massenentlassungen, die die neuen Besitzer Ippen (51,3% am MZV) und Döser (29,16%) drei Wochen nach der Übernahme der Mehrheitsbeteiligung ankündigten.

Innerhalb von vier Tagen lagen 5000 Unterschriften gegen die geplanten Entlassungen aus anderen Druckbetrieben vor, auf der Protestkundgebung der IG Druck und Papier waren 500 Kollegen anwesend. Zahlreiche Solidaritätserklärungen lagen vor, u.a. aus der Brauerei Hacker-Pschorr, wo 400 entlassen werden sollen, und vom VLK Siemens, wo insgesamt 3000 Entlassungen angekündigt sind. Inzwischen hat der Münchner Druckbetrieb Thiernig für 500 Beschäftigte Kurzarbeit angemeldet und 200 Entlassungen angekündigt.

Vor diesem Hintergrund glauben die Verleger Ippen und Döser, die Entlassungen und damit für die in Arbeit verbleibenden Beschäftigten brutalste Arbeitsbedingungen durchsetzen zu können: In der Rotation sollen Zehn-Stunden-Schichten gefahren werden. Sechs Helfern in dieser Abteilung, die noch keine sechs Monate im Betrieb waren, wurde bereits gekündigt. In der Chemigraphie soll eine Schicht gestrichen werden, statt bisher acht Arbeitern in der ersten Schicht soll ein Notdienst vorhanden sein, die Arbeit der acht

Arbeiter soll von der zweiten Schicht mitgemacht werden. Beim „Münchner Merkur“ sollen 31 Redakteure und zwei Assistenten die Arbeit der bisher 43 Redakteure und vier Assistenten erledigen. Zusätzlich sollen sie Sekretariats-, Archivarbeiten und vermehrt Layout selber machen, weil die Sekretariate außer bei zwei Redaktionen und den Chefredakteuren aufgelöst werden, das Textarchiv von zwölf auf vier Angestellte, das Bildarchiv von sechs auf einen Angestellten reduziert werden sollen, von den fünf Layoutern nur drei eingeplant sind.

Der Betriebsrat im MZV hat sich auf folgende Positionen geeinigt: „1. Personalabbau ja – aber keine Kündigungen bis 30.9.82. 2. Ausnutzung der Fluktuation und Altersstruktur (58er Regelung). 3. Einstellungs-Stopp. 4. Freiwillige Auflösungsverträge aufgrund von Arbeitgeberkündigungen. 5. Abfindungen, um das freiwillige Ausscheiden zu erleichtern. 6. Erneute Verhandlungen über die wirtschaftliche Situation und Auswirkung der durchgeführten Maßnahmen nach dem 30.8.82. 7. Erst dann ist der Betriebsrat bereit, über eventuell noch weiter notwendige Kündigungen zu verhandeln.“

Wasserversorgung Kampf gegen Raubbau der Harzwasserwerke

Goslar. Im Januar dieses Jahres wurde von verschiedenen Bürgerinitiativen und Naturschutzverbänden die „Arbeitsgemeinschaft Harzwasser“ gegründet zwecks Widerstand gegen die Pläne der Harzwasserwerke des Landes Niedersachsen und des niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Trinkwasserabzug aus dem Westharz drastisch zu erhöhen. Zusätzlich zu den bereits bestehenden sechs Westharztalsperren ist zunächst eine weitere Talsperre (Untere Siebertalsperre) sowie ein umfangreiches Stollensystem geplant, durch welches das Harzwasser den Trinkwasserspeichern (Söse- und Granetalsperre) zugeleitet werden soll. Hier sind technisch riskante Staudammerhöhungen um 5 bzw. 15 m geplant. Später sollen weitere Talsperren gebaut werden.

Durch diese Maßnahmen soll der schon heute gigantische Wasserabzug aus dem Harz von 70 Mio. auf 180 Mio. Kubikmeter um fast 160% gesteigert werden. Dadurch werden sich zwangsläufig die schon jetzt eingetretenen Schäden verstärken: sinkende Grundwasserstände in landwirtschaftlich wertvollen Gebieten (z.B. Pöhlder Becken), durch fehlende Hochwasserwelle erschwelter Abbau organischer



Kundgebung am 14.3. an der Vorsperre der Sösetalsperre mit 150 Teilnehmern für den Stopp aller Baumaßnahmen und ein unabhängiges Gutachten.

Substanzen in den Flüssen, Schädigung von Mooren u.a.m.

Das niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten behauptet in seinem „Generalplan Wasserwirtschaft“ von 1974 eine Zunahme des Trinkwasserverbrauchs in Niedersachsen von 1972 bis zum Jahre 2000 um 137% sowie ein Bevölkerungswachstum um 10,7%. Trotz solcher unrealistisch gewordener Ansätze sind die Ausbauplanungen der Wasserwirtschaft niemals mengenmäßig geändert worden. Auf Anfrage der SPD-Landtagsfraktion teilte Minister Glup (CDU) am 5.11.80 sinngemäß mit: Wasserbedarf Niedersachsens: 1,25 Mrd. cbm (zuzüglich 4,5 Mrd. cbm Kraftwerkskühlwasser aus Flüssen); Aufteilung des Verbrauchs: Industrie 800 Mio., Landwirtschaft 110 Mio., private Haushalte 340 Mio. cbm. Die Harzwasserwerke sollen den zukünftig steigenden Bedarf der Kapitalisten befriedigen. Hinter solcher „verkaufsorientierter“ Politik der Harzwasserwerke mußte in letzter Zeit mehr als einmal der sog. „Hochwasserschutz“ zurückstehen.

NRW Bleiverseuchung in Stolberg

Stolberg. Für die westdeutschen Imperialisten ist der Preussag-Konzern neben der Metallgesellschaft der entscheidende Energie- und Rohstoffkonzern, insbesondere im Nichteisenmetallbereich. Die Methoden dieser beiden Konzerne bezüglich der Umweltvergiftung durch Blei und Cadmium sind mehr als skrupellos. Von Seiten der Gesetzgeber wird dies zumindest geduldet, meist auch noch geschützt. So hat der Preussag-Konzern den Raum Oker-Harlingerode bei Goslar so mit Schwermetallen bedient, daß das niedersächsische Sozialministerium sich

genötigt sah, gewisse Verzehrregeln des dort geernteten Obstes und Gemüses herauszugeben. (Den Kleingärtnern wurde der Rat gegeben, die Nahrungsmittel zu waschen und wöchentlich pro Person von Spinat und Sellerie nicht mehr als 50g und von Gemüse und Kartoffeln nur zwischen 200 und 250g zu verzehren.) Die dem Bundestag als Entwurf vorliegende Technische Anleitung Luft (TA) geht von einem maximal zulässigen Cadmiumkonzentrat von 40ng/qm Luft aus. Im Oktober 1980 wurden in Oker 118,9ng/qm Luft gemessen.

In Stolberg bei Aachen treibt es die Metallgesellschaft noch toller. Hier verteilt die Bleihütte schon seit Jahrzehnten unbekannte Mengen von Blei ins Umland. Kein Wunder also, daß bei Untersuchungen in der Bevölkerung ungemein hohe Blutblei- und Zahnbleiwerte gemessen wurden. 1980 wurde nur noch eine Fläche von 4,5 qkm amtlich untersucht und ausgewertet. Hier rieselt im Durchschnitt eine Bleimenge herunter, die die vorgesehenen Grenzwerte um das 2,5fache übersteigt.

Eine Gruppe Wissenschaftler der Kernforschungsgruppe Jülich fand sogar heraus, daß diese Werte auch im weiteren Umland als 4,5 qkm um ein Vielfaches überschritten werden, und daß sich „die Belastungssituation im Stolberger Raum 1981 sprunghaft gravierend verschlechtert hat...“. Fahnder des Düsseldorfer Landwirtschaftsministeriums ermittelten 1981 bei der Hälfte aller untersuchten Rinder aus Stolberg eine unzulässige Cadmiumrate in Leber und Nieren.

Ein Drittel aller Brotweizenproben in Nordrhein-Westfalen weist ebenfalls zu hohe Cadmiumwerte auf, ein Zehntel war noch nicht einmal mehr als Viehfutter geeignet. Neueste gründliche Untersuchungen des Ministeriums sind allerdings Verschlussache, wahrscheinlich weil sich das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit dazu durchringen will, ein Nutzungsverbot für eine Fläche von 1 bis 4 qkm zu erlassen. Wegen der Entschädigungen, die gezahlt werden sollen, wird das Gebiet eher klein gehalten. Doch warum sollen nicht die verantwortlichen Konzerne zahlen? Weder der Raum Oker-Harlingerode noch Stolberg werden zum Belastungsgebiet nach dem Bundesemissionsschutzgesetz erklärt. Dann würde es gesetzliche Mittel geben, den Giftausstoß der Bleihütte häufig und genau zu kontrollieren, was bis heute tunlichst immer verhindert wurde. Nur auf Druck der Bevölkerung wurden überhaupt amtliche Untersuchungen in die Wege geleitet. Die verantwortlichen Konzerne müssen die Schäden beseitigen bzw. für die angerichteten zahlen.

Die meisten Wohnungen haben Vorkriegsniveau – Wer wenig verdient, wohnt schlecht

Nach Ende des 2. Weltkrieges waren in Hamburg ca. 300 000 Wohnungen vernichtet, die übriggebliebenen 260 000 zum Teil schwer beschädigt. In den ersten Nachkriegsjahren wurde praktisch nicht neu gebaut, sondern notdürftig repariert, instandgesetzt, und es wurden Notquartiere errichtet. Mit dem ersten Wohnungsbaugesetz von 1950 begann der Wohnungsneubau in Hamburg.



Wohnblock gebaut Mitte der 20er Jahre, noch mit Hinterhof.

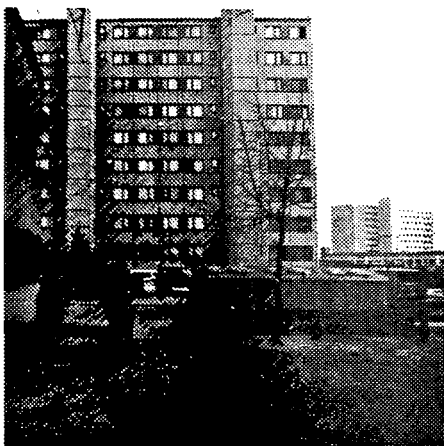
Der Standard des Wohnungsneubaus war allerdings miserabel. Die Wohnungen waren durchweg kleiner als die in den 30er Jahren gebauten (siehe auch S. 27). Wurden vor dem Krieg kaum noch Wohnungen ohne Zentralheizung und Bad gebaut, so war dies bis 1960 wieder die Regel. Bäder waren oft als Sammelbäder für viele Familien in den Kellern errichtet, Balkons gab es überhaupt nicht. Zwar wurden keine Hinterhöfe mehr angelegt, aber die engen Zeilenbauten waren kaum gesundheitsfördernder, Son-



Links früher Nachkriegszeilenbau, rechts Neubau Mitte der 60er Jahre.

ne kam längst nicht überall hin. Fast ein Drittel des Hamburger Wohnungsbestandes ist in dieser Zeit gebaut, auf einem Niveau schlechter als vor dem Krieg. Bei der letzten Hamburger Wohnungszählung 1968 wurden zudem noch 23% aller Wohnungen gezählt mit einem Baudatum von vor 1919. Sofern es sich nicht um solche in Villen handelt, sind das die dreckigen, lichtlosen, engen Wohnkasernen mit Hinterhof, die heute noch das Stadtbild der alten Arbeiterviertel Veddel, Wilhelmsburg, Altona bestimmen. Weit mehr als die Hälfte davon hatten nach wie vor kein Bad oder Zentralheizung.

Insgesamt habe also ca. $\frac{2}{3}$ aller Hamburger Wohnungen Vorkriegsstandard. Die Folgen dieses Wohnungsbaus: Kinder unter 20 Jahren, in Eta-



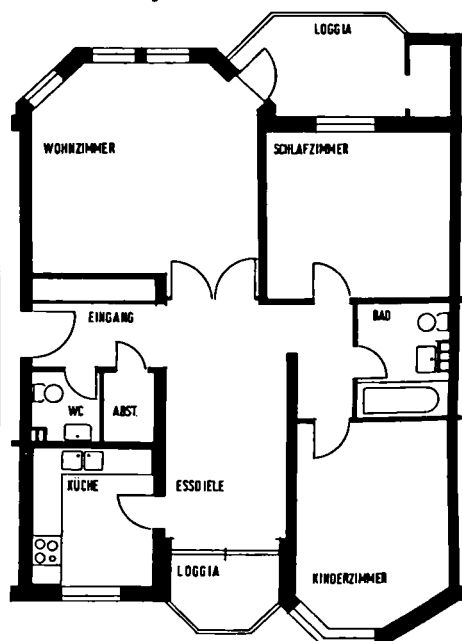
Mitte der 60er Jahre wurden mehrere solche Hochhausviertel gebaut.

genwohnungen aufgewachsen, leiden doppelt so häufig an Beschwerden der Atemwege wie andere; eine Untersuchung in Westberlin 1970 bis 1973 wies nach, daß 35,4% aller Kinder aus Etagenwohnungen an Haltungsschäden leiden gegenüber 21,1% von Kindern aus Villenvierteln.

Im Wohnungsneubau in Hamburg ist erst ab Mitte der 60er Jahre wieder besser gebaut worden. Die durchschnittliche Wohnfläche stieg von 64 m² 1960 auf 74 m² 1975 und auf 93 m² 1979. Allerdings ist zwischen 1972 und 1979 die Neubautätigkeit um 60% gesunken, hauptsächlich im sozialen Wohnungsbau, während der Anteil an Eigentumswohnungen im gleichen Zeitraum um 400% stieg.

Den einfachen Sozialwohnungen ist der Wohnflächenzuwachs kaum zugekommen. Eine ausreichend große Wohnung, vor allem für Familien mit

heranwachsenden Kindern und wenn beide Erwachsenen arbeiten, womöglich noch in Schicht, muß schon einen Raum mehr haben als Personen in der Wohnung leben müssen. Geht man von diesem Maßstab aus, kann man das Ausmaß an Wohnungsmangel ziemlich genau errechnen. In Hamburg gab es 1980 2,929 Mio. Räume (jede Küche und jedes Loch über 6 m² wird



Grundriß einer als „großzügig“ bezeichneten Sozialwohnung von 1979.

mitgezählt). Für z.B. die 328 000 Einpersonenhaushalte ergibt sich dann ein Bedarf von 984 000 Räumen. Berechnet man den Bedarf der anderen Haushaltstypen, kommt man auf mehr als 300 000 fehlende Räume.

Bei den Wohnungsämtern sind bereits jetzt 50 000 Wohnungssuchende registriert, dazu kommen noch alle, die auf dem freien Markt suchen. Der jährliche Neuwohnungsbaubau ist auf knapp 4 000 gesunken.

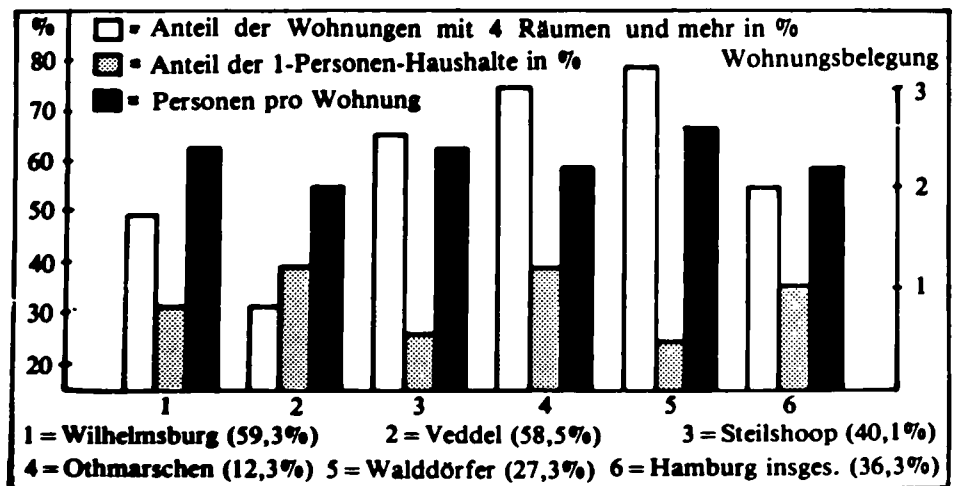
Die jetzt allenthalben erörterten Maßnahmen zur Senkung der Ausstattung im Wohnungsbau wie Duschkabinen statt Badezimmer, keine Kellerräume mehr, Senkung der Flächenzahlen würden für Hamburg einen Zustand verfestigen, in dem gut ausgestattete Wohnungen für die Massen nach wie vor Seltenheitswert haben werden.

Zur Verdeutlichung der krassen Unterschiede in den Wohnverhältnissen haben wir noch mal das Wohnen auf der Veddel mit dem in Othmarschen verglichen. Auf der Veddel liegt das Einkommen deutlich unter dem Ham-

burger Durchschnitt (siehe auch Schaubild im Kasten Fehlbelegungsabgabe, S. 26). Bei der Wohnungszählung 1968 waren 88% aller Wohnungen zwischen 1918 und 1945 errichtet, 55% Zweizimmerwohnungen, nur knapp 27% hatten mehr als zwei Zimmer, durchschnittlich waren die Wohnungen 53 m² groß. 42% hatten kein Bad oder Dusche, 77% keine Zentralheizung, 2,5% waren von Eigentümern bewohnt. Familien sind dort auf engstem Raum zusammengedrängt. – Othmarschen liegt beim Einkommen deutlich über dem Hamburger Durchschnitt. 1968 waren dort 38% aller Wohnungen nach 1945 gebaut, 77% hatten mehr als zwei Zimmer, die durchschnittliche Wohnfläche betrug 88,9 m², 93,7% aller Wohnungen hatten Bad, 76% Zentralheizung. 36% aller Wohnungen waren von Eigentümern bewohnt (Hamburger Durch-

schnitt: 20%). Aus dem Schaubild ist weiter zu sehen, daß auch in den Neubauvierteln wie Steilhoop (Mitte der

60er Jahre gebaut) die Menschen weniger Platz zur Verfügung haben als in Othmarschen oder den Walddörfern.



In Klammern ist der Arbeiteranteil an der Gesamtbevölkerung des Stadtteils, Stand 1974, angegeben.

Fehlbelegungsabgabe: Kassiert wird unterhalb des Durchschnittslohns

Die Hamburger Baubehörde bereitet gegenwärtig die Erfassung von über 270000 Sozialwohnungsmietern vor. Ab 1983 will der Hamburger Senat eine Fehlbelegungsabgabe für Sozialwohnungen bei den Mietern kassieren, deren Einkommen um 20% über der gegenwärtigen Einkommensgrenze liegt. Dabei soll bei Überschreitung der Einkommensgrenze zwischen 20% und 35% 0,50 DM pro m² mehr bezahlt werden, zwischen 35% und 50% 1,25 DM mehr pro m² und ab 50% 2 DM pro m² mehr. Zugrundegelegt wird das Bruttohaushaltseinkommen aller Familienangehörigen einer Wohnung.

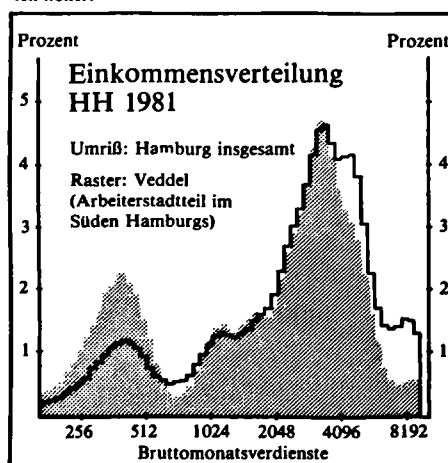
Nach einer Untersuchung von Infratest aus dem Jahre 1978 lagen 39% aller Sozialwohnungsmieter über der damaligen Einkommensgrenze, nach Anpassung der Grenzen Anfang 1980 waren es nur 22%. Aber bereits Ende 1980 sollen schon wieder 8% aller Haushalte um bis zu 10%, 7% aller Haushalte um bis zu 25%, 5% aller Haushalte um bis zu 40% und 10% aller Haushalte um mehr als 40% über der Einkommensgrenze liegen. Heute wird der Anteil der „Fehlbeleger“ noch einmal erheblich höher liegen durch die Lohnerhöhungen der vergangenen Jahre. Solange die Einkommensgrenzen nur periodisch und in Brutto angepaßt werden, können große Raubzüge auf das Einkommen der Lohnabhängigen damit organisiert werden.

Die Hamburger Baubehörde plant die Einführung der Fehlbelegungsabgabe in mehreren Stufen. Zunächst

Bruttoeinkommensgrenze, ab der Fehlbelegungsabgabe kassiert wird

Haushalte	Einkommensgrenze in DM + 20%	+ 35%	+ 50%
1 Pers.	2160	2430	2700
2 Pers.	3180	3577	3975
j. Ehe	4020	4522	5025
3 Pers.	3492	3810	4286
j. Ehe	4650	5231	5812
4 Pers.	4440	4995	5550
j. Ehe	5280	5940	6600
5 Pers.	5070	5704	6338
6 Pers.	5700	6413	7125

Bei bis zu 5 Jahren Verheirateten (j. Ehe) ist die Einkommensgrenze bei Zwei-, Drei- und Vier-Personen-Haushalten höher.



Für das Schaubild zur Einkommensverteilung in Hamburg mußte zurückgegriffen werden auf die Statistik der Lohnsteuerpflichtigen aus dem Jahre 1977, neuere Zahlen liegen nicht vor. Um auf eine annähernde Verteilung für 1981 zu kommen und das Schaubild vergleichbar mit der Tabelle zu machen, haben wir die Zahlen von 1977 hochgerechnet um die durchschnittliche Erhöhung der Bruttolöhne in Hamburg für die Zeit von 1977 bis 1981.

sollen die „billigen Altbauten“ bis zum Baujahr 1964 herangezogen werden, dann ein Jahr später die zwischen 1965 und 1975 gebauten. Die nach 1975 gebauten Sozialwohnungen sollen vorerst ausgenommen bleiben, dort sind die Mieten sowieso schon unerträglich hoch.

Die Fehlbelegungsabgabe wird seit 1971 unter den Länderregierungen erwogen. Angesichts des Drucks auf dem Wohnungsmarkt halten sie jetzt die Zeit für reif, bei den „reichen Fehlbelegern“ abzukassieren. Dieser Raubzug ist populär getarnt. Den Reichen soll es an den Kragen gehen, die den Armen die billigen Wohnungen wegnehmen. Aber: wer reich ist, wohnt nicht in einer Sozialwohnung, dafür ist der durchschnittliche Standard dort viel zu schlecht.

Es sind die gewöhnlichen Lohnabhängigen, die geplündert werden sollen. Die Tabelle zeigt deutlich: Verdienen zwei Erwachsene auch nur jeder einen Durchschnittsbruttolohn von ca. 2000 DM, so sollen sie die Höchstabgabe von 2 DM pro m² zahlen. Zwei Beispiele: 1.) Angestellte/-Arbeiter, HBV-Bereich, 2 Kinder, zusammen monatlich 4996 DM brutto (= 3291 netto), 2-Zimmerwohnung von 1975, 88 m², jetzige Kaltmiete 671 DM, durch Fehlbelegungsabgabe 1,25 DM mehr pro m², neue Kaltmiete 782 DM. – 2.) Arbeiter / Angestellte, halbtags, Metallbereich, keine Kinder, 3082 DM brutto (= 2130 DM netto), liegen jetzt knapp unter der 20%-Grenze; nach der nächsten Lohnerhöhung zahlen sie dann 0,50 DM pro m² mehr: für ihre 3-Zimmerwohnung, 67 m², Baujahr 1962, jetzige Kaltmiete 376 DM, mit Fehlbelegungsabgabe 411 DM.

Über 50% aller Wohnungen Hamburgs wurden 1945 zerstört. Es dauerte bis 1963, bis der Vorkriegszustand in Wohnungsbestand wiederhergestellt werden konnte. Bis dahin waren die Wohnungen zeitweilig so hoch belegt wie in den Zeiten schlimmster Wohnungsnot um die Jahrhundertwende. Die Qualität der Wohnungen war vielfach auch nicht besser.

Standard 1902: „Gesetz betreffend die Förderung des Baues kleiner Wohnungen“, Mindestanforderungen waren:
1 Zi.Wohnung: 30 – 35 m²
2 Zi.Wohnung: 35 – 48 m²
3 Zi.Wohnung: 48 – 60 m²

Alle Wohnungen mußten Küche, Keller und Bodenräume, Toilette und Speisekammer enthalten. Für den Bau solcher Wohnungen gab es Steuerermäßigung, wenn die Miete niedrig blieb.

Standard 1936: Von allen in diesem Jahr gebauten Wohnungen verfügten:
6,1% über 1 – 2 Räume
44,1% über 3 Räume
36,9% über 4 Räume
7,7% über 5 Räume
5,1% über 6 und mehr Räume.

78% aller Wohnungsneubauten hatten Badezimmer, 60% Zentralheizung, 99% eine Küche. Seit dieser Zeit wird die Statistik nur noch über Räume geführt; dort zählt jedes Loch ab 6 m² als Raum, ebenso jede Küche – hier und im folgenden entspricht einer Drei-Raum-Wohnung eine 2-Zimmerwohnung mit Küche.

Standard 1953: Von allen in diesem Jahr gebauten Wohnungen verfügten:
21,1% über 1 – 2 Räume
48,3% über 3 Räume
23,7% über 4 Räume
5,2% über 5 und mehr Räume

81,7% aller Wohnungen hatten Bad (gezählt werden aber auch Sammelbäder für mehrere Familien im Keller eines Hauses), 19,7% Zentralheizung; die Bruttowohnfläche je neugebauter Wohnung betrug durchschnittlich 48,5 m².

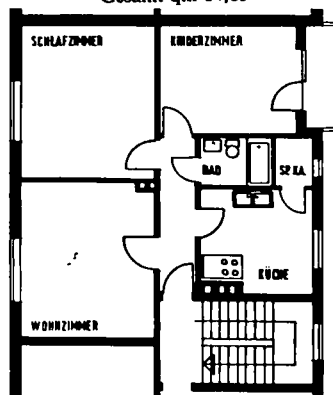
Standard 1955: Durchschnittliche m² je neugebaute Wohnung in diesem Jahr:
1-Raum-Wohnung: 28,0 m²
2-Raum-Wohnung: 39,0 m²
3-Raum-Wohnung: 49,0 m²
4-Raum-Wohnung: 60,1 m²
85% aller Neubauten mit Bad (einschließlich Sammelbäder),

35,1% mit Zentralheizung, durchschnittliche Bruttowohnfläche 54,7 m².

Standard 1963: Durchschnittliche m² je neugebaute Wohnung in diesem Jahr:
1-Raum-Wohnung: 32,0 m²
2-Raum-Wohnung: 36,7 m²
3-Raum-Wohnung: 53,3 m²
4-Raum-Wohnung: 67,4 m²
99,5% aller Neubauten mit Bad; 90,5% mit Zentralheizung; durchschnittliche Bruttowohnfläche 64,3 m².

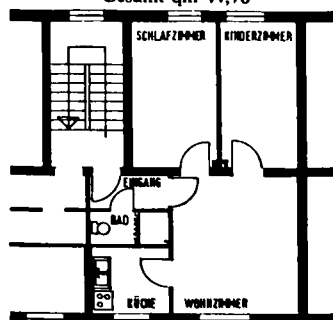
Wohnungsneubau 1927

HH, Georg-Wilhelm-Str.
Gesamt qm 64,83



Wohnungsneubau 1950

HH, Billstedter Mühlenweg
Gesamt qm 44,70



Standard 1970: Durchschnittliche m² je neugebaute Wohnung in diesem Jahr:
1-Raum-Wohnung: 33,0 m²
2-Raum-Wohnung: 41,0 m²
3-Raum-Wohnung: 55,5 m²
4-Raum-Wohnung: 71,0 m²
5-Raum-Wohnung: 88,8 m²
Ausführung praktisch nur noch mit Bad und Zentralheizung, durchschnittliche Bruttowohnfläche 68,5 m².

Wohnungsordnung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 31.3.1938 – noch heute in Kraft, regelt Minimalanforderungen an Wohnraum (Auszüge):

„Eine Wohnung – das ist im allgemeinen eine in sich geschlossene Raumfolge von mindestens einer Küche, einem Zimmer, Abort und Vorraum – soll mindestens 30 qm Nutzfläche, 75 cbm Luftraum und wenigstens einen durchsonnten Aufenthaltsraum haben, wenn sie von einer Familie mit Kindern benutzt werden soll.“

„Die zum Wohnen, Schlafen und Kochen benutzten Räume einer Wohnung müssen zusammen so groß sein, daß auf jede Person mindestens 20 cbm Luftraum und 8 qm Nutzfläche entfallen.“

„Schlafräume müssen für jede Person mindestens 10 cbm Luftraum und 4 qm Nutzfläche haben. Bei Kindern bis zu 6 Jahren kann 5 cbm Luftraum und 2 qm Nutzfläche als ausreichend anerkannt werden, wenn die Schlafräume durchsonnt sind.“

„Kellerwohnungen, die tiefer als 50 cm unter der umgebenden Erdoberfläche liegen, dürfen von Familien mit Kindern unter 14 Jahren nicht bewohnt werden.“

„In jeder Wohnung muß eine ausreichende, gebrauchsfähige Kochvorrichtung in einem heizbaren Raum vorhanden sein. In einer Wohnung von zwei bis vier Zimmern ... müssen mindestens zwei Zimmer mit einer gut wirkenden Heizvorrichtung versehen sein.“

Mit dieser Wohnungsordnung bleibt sichergestellt, daß auch die ältesten Bruchbuden noch zu vermieten sind. Bei

der letzten Wohnungszählung in Hamburg 1968 waren immerhin noch 22% aller Wohnungen vor 1918 gebaut, knapp 50% mit Ofenheizung ausgerüstet und ein erheblicher Teil ohne Bad oder Dusche.

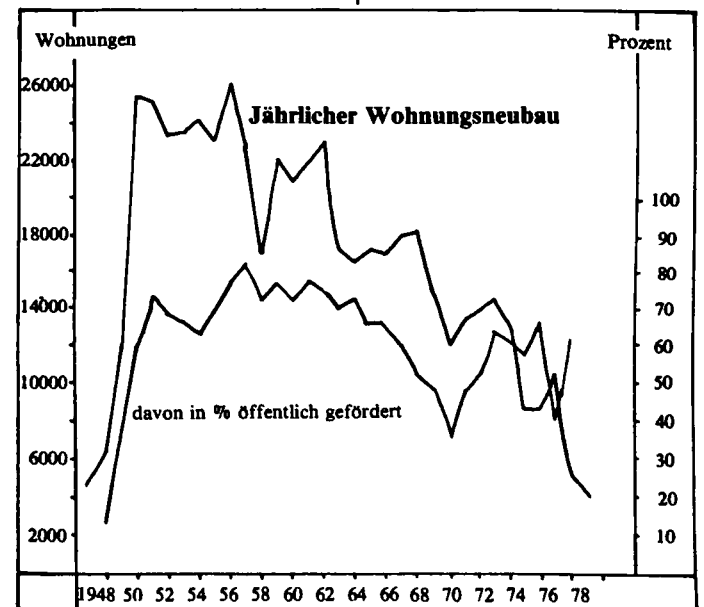
2. Wohnungsbaugesetz

Die dort vorgeschriebenen Minimalanforderungen an öffentlich geförderten Wohnungen sehen u.a. folgendes vor: Die Obergrenzen geförderter Wohnungen sollen bei Familienheimen mit nur einer Wohnung 130 m² nicht übersteigen; bei Familienheimen mit zwei Wohnungen sollen 200 m², bei eigengenutzten Eigentumswohnungen und Kaufeigentumswohnungen 120 m², bei anderen Wohnungen in der Regel 90 m² nicht überstiegen werden.

An Mindestausstattung ist vorgeschrieben:

Wohnraumabschluß, Kochraum mit Entlüftung, Anschlußstelle für Herde, lüftbarer Speiseschrank, neuzeitliche sanitäre Anlagen, eingerichtetes Bad oder Dusche sowie Waschbecken, Abstellraum auch innerhalb der Wohnung, Anschlußmöglichkeit für Ofen oder gleichwertiges Heizgerät für mindestens je einen Wohnraum und Schlafraum außer der Küche, Brennstellenanschluß in allen Räumen, ausreichender Keller oder entsprechender Ersatzraum, Mitbenutzung der Wasch- und Trockenräume, Abstellraum für Kinderwagen und Fahrräder.

Quellen: Die Zahlenangaben stammen aus verschiedenen Ausgaben des Statistischen Jahrbuchs der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburger Wohnungszählung von 1968 und Jubiläumsschrift zum 50jährigen Bestehen der SAGA (gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, Vorsitzender: der jeweilige Bausenator).



Azania: Unterstützung für Gewerkschaften

An dem vom 5. bis 12. März durchgeführten Kongreß des Dachverbandes der afrikanischen Gewerkschaften nahmen Gäste aus den Gewerkschaften der schwarzen Arbeiter in Südafrika teil. Der Kongreß bekräftigte seine Ablehnung der Apartheid-Politik und forderte Siedlerregierung und Unternehmer zur Anerkennung der Gewerkschaften auf. – Die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF) hat in einem Telegramm an die südafrikanischen Eisenbahnen- und Hafenbetriebe die Unterstützung für die General Workers Union of South Africa (GWU) bekräftigt. Die ITF fordert die Anerkennung der GWU durch die Unternehmen, die Stauerbetriebe haben sie bereits anerkannt, während die Eisenbahn- und Hafengesellschaft die Arbeiter auffordert, sich in einer unter ihrem Einfluß stehenden Gewerkschaft zu organisieren. – In der Provinz Transvaal fordern die Arbeiter der Textil- und der Metallindustrie höhere Löhne. In den Textilfabriken streikten ungefähr 300 Arbeiter, nachdem ihre Forderungen nicht erfüllt wurden. In der gleichen

Italien: Rotbrigaden gefoltert?

Fast ein Fünftel der insgesamt 1414 inhaftierten linken „Terroristen“ seien reuig, meldete Innenminister Rognoni letzten Montag vor dem Parlament. Die Anzeichen mehren sich, daß der „Reue“ vielfach Mißhandlungen vorausgehen, teils mit systematischer Folter nachgeholfen wird. Nach der Entführung des US-Generals Dozier hat die Polizei auf Grund von Geständnissen verhafteter Mitglieder der „Roten Brigaden“ Hunderte festgenommen. Die Verhafteten wurden tagelang auf Polizeiwachen und in Carabinieri-Kasernen festgehalten und ohne



Anwalt verhört, was seit 1978 zulässig ist. Im Dozier-Prozeß warfen jetzt auch „reuige“ Angeklagte der Polizei Foltermethoden vor. Einer der Angeklagten wurde drei Tage lang

nackt an einen Heizkörper gefesselt und wiederholt geschlagen, andere – auch Frauen – wurden mit brennenden Zigaretten und Elektroschocks gequält. Ein Journalist, der die Vorwürfe zuerst an die Öffentlichkeit gebracht hatte, wurde verhaftet, weil er seine Quellen nicht nennen wollte. Daraufhin haben zwei Polizisten, darunter ein Funktionär der Polizeigewerkschaft, bestätigt, daß in der Polizei Gerüchte über Folter umlaufen. In 15 Fällen hat die Justiz an verschiedenen Orten Ermittlungsverfahren eingeleitet. Vor dem Parlament mochte Rognoni jetzt nur noch „geplante“, das heißt von oben angeordnete Folter, ausschließen.

Provinz traten 1200 Metallarbeiter in Streik, als ihre Forderung nach Erhöhung der betrieblichen Mindestlöhne vollständig von den Kapitalisten zurückgewiesen wurde.

Malta und Libyen einigen sich

Malta und Libyen beschlossen letzte Woche, die Frage der strittigen Grenze zwischen den Hoheitsgewässern der beiden Länder vom Internationalen

Gerichtshof entscheiden zu lassen. Die Frage ist von Bedeutung, weil in diesem Gebiet große Erdölvorkommen angenommen werden. Als es darüber zwischen Malta und Libyen zum Streit kam, boten sich Italien und andere NATO-Mächte Malta als Schutzmächte an. Italienische Konzerne waren an den Explorationen beteiligt. Ghaddafi und Mintoff vereinbarten diese Lösung bei Ghaddafis Besuch auf der Rückreise von Wien.

Erfolgreicher Streik bei Norsk Hydro

Der Versuch der norwegischen Kapitalisten, mit Zwangsverfügungen der Regierung die anstehenden Lohnkämpfe zu entscheiden, scheiterte letzte Woche. Gegen 800 streikende Techniker und Vorarbeiter des Industriekonzerns Norsk Hydro konnte die Regierung kein Streikverbot erlassen, obwohl es die Kapitalisten verlangten und die Regierung vor kurzem einen Streik von Krankenhausarbeitern in Oslo verboten hatte. Die Gewerkschaften unterstützten den Streik, nach wenigen Tagen mußten die Kapitalisten zahlen. Premierminister Willoch fordert „Mäßigung“ von den Arbeitern. Vor fünf Wochen wurde bekannt, daß Willoch während seiner zwanzig Jahre als Abgeordneter eine jährliche Zahlung vom Norwegischen Industrieverband „zur Aufrechterhaltung seines Lebensstandards“ erhielt. Willoch war früher beim Industrieverband angestellt.

Widerstand gegen die israelische Okkupation

In allen neuokkupierten Gebieten wächst der Widerstand gegen die Besetzung durch Israel. Die auf den Golan-Höhen wohnenden Drusen setzen ihren Streik jetzt schon in der sechsten Woche fort, um gegen die Annexierung des Gebietes durch Israel zu protestieren. Außerdem fordern sie sofortige Freilassung ihrer Sprecher, von denen mittler-

weile zehn verhaftet sind. Israel versucht, den Streik der Drusen durch vollständige Blockade ihrer Dörfer zu zerschlagen, selbst die Wasserversorgung ist unterbrochen.

Im Gazah-Streifen wurden bei Protestaktionen gegen die Besetzung und Einverleibung 40 Palästinenser in der Ortschaft Rafah festgenommen. – Mit Einsatz von Schußwaf-

fen versuchen die israelischen Besatzer seit Samstag, den 20. März, die anhaltenden Demonstrationen, Geschäftsstreiks und Protestaktionen anderer Art abubrechen, die die Bewohner des Westjordanlandes durchführen. Sie lehnen den von Israel aufgezwungenen „Autonomieplan“ ab, weil er faktisch auch die Einverleibung dieser Gebiete bedeutet. Die Bürgermeister erwägen den gemeinsamen Rücktritt. Sie seien nicht bereit, „die Pläne der israelischen Regierung für eine Zivilverwaltung hinzunehmen, weil damit die Errichtung eines Palästina-Staates verhindert werden soll.“ Auch dauert der Widerstand an, obwohl mittlerweile sechs Palästinenser niedergeschossen und nach Auskunft der Bürgermeister über 200 Verhaftungen vorgenommen worden sind. Die Auseinandersetzungen spitzten sich zu, als die Stadtregierung von Bira abgesetzt werden sollte und die Besatzer versuchten, die geschlossenen Geschäfte streikender Händler gewaltsam zu öffnen.



Gegen Demonstrationen im Westjordanland am 20. und 21.3. setzte die Begin-Regierung Militär ein. Sechs Palästinenser wurden niedergeschossen.

Portugal: Lokführer-Streik

Seit Anfang März streiken die portugiesischen Lokführer. Auf jeden Fall wollten sie ihren Streik bis zum 17.3. fortführen. Die 1500 Lokführer fordern Lohnerhöhungen und verbesserte Eingruppierung. Obwohl der gesamte schienengebundene Waren- und Personentransport stillliegt und der tägliche Einnahmeausfall auf 70000 DM geschätzt wird, will die Geschäftsleitung nicht nachgeben.

Gewerkschaften auf Hebung der Nahrungsmittelproduktion verpflichtet

Vom 16.3. bis 21.3. fand in der UdSSR der Kongreß der Gewerkschaften statt, der alle fünf Jahre zusammentritt. Die Delegierten vertraten rund 130 Millionen Mitglieder. Diese sind in 29 Industriegewerkschaften und über 730 000 Gewerkschaftsorganisationen organisiert. Auch die Arbeiter der staatlich und genossenschaftlich geführten landwirtschaftlichen Betriebe sind gewerkschaftlich organisiert. Die Gewerkschaften sind sowohl nach Branchen wie auch nach regionalen Gesichtspunkten gegliedert.

In der Verfassung der UdSSR sind bestimmte Rechte, die die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gewerkschaften betreffen, festgelegt. Gewährleistet ist das Recht auf Arbeit (Art. 40) – „das heißt das Recht auf Erhalt einer garantierten Beschäftigung mit Entlohnung nach Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit, und zwar nicht unter dem vom Staat festgelegten Mindestmaß“. Eingeschlossen ist das Recht auf Wahl des Berufs, der Art der Beschäftigung und einer Arbeit entsprechend der Veranlagung, den Fähigkeiten, der Berufsausbildung und dem Bildungsstand. Die Gewerkschaften überwachen die Zuteilung der Arbeit und die Einstufung in die Tarif- und Qualifikationsordnung.

Außer dem Recht auf Erholung (Art. 41) ist das Recht auf Schutz der Gesundheit garantiert (Art. 42). Das Streikrecht ist nicht in der Verfassung verankert. Die einzige Möglichkeit zur Stilllegung der Produktion in einer Abteilung oder einem ganzen Betrieb haben die Gewerkschaften nach diesem Artikel, wenn sie gegen Verstöße gegen den Arbeitsschutz vorgehen wollen. Diese Möglichkeit wird wahrgenommen. Sie wurde jedoch auf dem Kongreß so interpretiert, daß es sich dabei stets um einen Kampf gegen Verstöße einzelner Personen, z.B. Betriebsleiter, gegen Gesetze handele, in keinem Fall aber um einen Kampf gegen Unternehmer oder den Staat. Ausgeschlossen ist damit praktisch eine Arbeitsniederlegung in einer Branche. Grundlage für diese Interpretation liefert die 1977 vorgenommene Änderung der Verfassung, mit der die Etappe der Diktatur des Proletariats für erledigt erklärt und der Staat zum „sozialistischen Staat des gesamten Volkes“ erklärt wurde.

In den Betrieben dürfen Entlassungen nur mit schriftlicher Zustimmung der zuständigen Gewerkschaft durchgeführt werden. In der Vorbereitung

des Kongresses wurde bemängelt, daß Arbeiter, die mit Kündigungen nicht einverstanden waren, oft vor Gericht gegen die Gewerkschaft auftreten mußten.

Am Eröffnungstag trat der Generalsekretär der KPdSU, L. Breschnew, mit einer Rede auf, die die Verhandlungen des Kongresses bestimmte. Abgesehen von den neuen Vorschlägen der sowjetischen Führung zur Reduzierung der Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der UdSSR, trug er einige Punkte vor, die direkt in die Tätigkeit der Gewerkschaften eingreifen. Ihnen wurde die Aufgabe gestellt, v.a. unter den Arbeitern der Sowchosen und Kolchosen eine Kampagne zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung zu beginnen. Sie müßten „die Frage der Nutzung der örtlichen Mög-



Eröffnung des Gewerkschaftskongresses am 16.3.1982

lichkeiten zur Verarbeitung der Erzeugnisse mit aller Schärfe aufwerfen und lösen. Weder die Hilfwirtschaften der Betriebe noch die persönlichen Hilfwirtschaften dürfen der Aufmerksamkeit der Gewerkschaften entgehen.“ Angekündigt wurde die Erörterung eines Lebensmittelprogramms auf der Plenarsitzung des ZK der KPdSU.

Bezüglich der Anwendung neuer Arbeitsformen kritisierte Breschnew, daß „der Brigadevertrag nur langsam und nicht immer konsequent“ eingeführt würde. Manche Brigaden lösten sich sogar wieder auf. Hier zeigten sich „Mängel in der Produktionsorganisation sowie Konservatismus im Denken“. Das System der „Komplexbrigaden“ fußt darauf, daß von einer Brigade ein ganzer Auftrag übernommen

und seine Fertigstellung zu einem bestimmten Termin mit einer festgelegten Qualität garantiert werden muß. Dabei hängt der Lohn des einzelnen Arbeiters wie bei allen Erprobungen neuer Arbeitsformen verstärkt von Prämien ab, die auf den Grundlohn aufgeschlagen werden.

Breschnew erklärte, die Effektivität des Gewerkschaftsapparates müsse gesteigert werden. Diese hänge nicht von der zahlenmäßigen Stärke, sondern davon ab, wie durchdacht seine Struktur und Arbeitsorganisation sei. Die Funktionäre des Apparats sollten sich „mehr mit den Menschen und weniger mit Papieren beschäftigen, sich stärker auf das Gewerkschaftsaktiv und die initiativreichen Gewerkschaftsmitglieder stützen“. Im Kampf gegen den Bürokratismus sei die Entwicklung der sozialistischen Demokratie die beste Medizin. Zu ihrer weiteren Entwicklung wurden jedoch keine Beschlüsse gefaßt. Unerklärt blieb die Abberufung des Sekretärs der Gewerkschaft zwei Wochen vor dem Kongreß. Der seitdem amtierende Sekretär Schalajew, der den Rechenschaftsbericht vortrug, wurde in seiner Funktion bestätigt.

Quellenhinweis: Brunner/Meissner (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1979; UZ v. 20.3.1982.

Vietnam KP-Parteitag behandelt Wirtschaftsmisere

In diesem Frühjahr findet der V. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams statt. Auf dem letzten Parteitag 1976, nach dem Sieg im Befreiungskrieg gegen den US-Imperialismus, hatte die Fraktion um Le Duan die Weichen gestellt für eine engere Zusammenarbeit mit der SU, für den Konflikt mit der VR China und für die Herstellung der vietnamesischen Hegemonie über Laos und Kampuchea, die Ende 1978 mit dem vietnamesischen Einmarsch in Kampuchea besiegelt wurde. Ein Drittel der ZK-Mitglieder wurde 1976 ausgewechselt, darunter viele alte vietnamesische Revolutionäre, weil sie den außenpolitischen Kurswechsel kritisierten und sich außerdem gegen die übereilte Wiedervereinigung mit Südvietnam wandten.

Die wirtschaftliche Bilanz seit 1976 ist düster: Das beschlossene Wiederaufbauprogramm mit dem Schwergewicht Industrialisierung ist in den Anfängen steckengeblieben. Nach einer regierungsamtlichen Statistik lag das Wirtschaftsergebnis 1980 unter dem der Kriegsjahre. Im letzten Jahr stieg zwar die Getreideernte gegenüber 1980 um 600 000 t auf 15 Mio. t, aber beispielsweise erhielten Bergleute kaum

die Hälfte der ihnen zustehenden Lebensmittelrationen. U.a. durch Einsatz von Militär konnte die Kohleproduktion 1981 gesteigert werden und wurden 1 Mio. t exportiert, aber das Förderungsniveau von 1977 ist nicht wieder erreicht. Die Außenhandelsbilanz '81 weist ein Minus von ca. 800 Mio. \$ aus, davon 500 Mio im Handel mit der SU und anderen RGW-Ländern. Damit ist das Land weit entfernt von wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Nach dem Fünfjahrplan 81 – 85 soll die wirtschaftliche Verflechtung mit der SU weiter wachsen; einen Teil seiner Schulden begleicht Vietnam mit der Verschickung von 100000 vietnamesischen Arbeitern in die SU.

Das düstere Ergebnis dürfte vor allem auf die Militarisierung der Gesellschaft für die vietnamesische Expansion zurückzuführen sein. Die Armee absorbiert einen Großteil der menschlichen und sachlichen Ressourcen des Landes. Mit dem sofortigen Anschluß Südvietnams nach 1975 – eine Abkehr der KP Vietnams von ihren vorherigen Versprechungen – wurde zugleich die Kollektivierung in Gang gesetzt, von oben diktiert, ohne Überzeugungsarbeit und Massenmobilisierung. Die Folge: Ein Großteil der Bauern des fruchtbaren Mekong-Delta produzierte 1981 nur noch für den Eigenbedarf, das Kleingewerbe kam zum Erliegen. Als Ausweg aus der Wirtschaftsmisere wird der Parteitag jetzt eine Liberalisierung der Planwirtschaft, eine Stärkung des Marktes beschließen.

Quellenhinweis: Far Eastern Economic Review (verschied. Ausg.); Vietnam-Courier 1/82

Iran Parlament berät Agrarreform

Die brutale Landraubpolitik gegen die Bauern war einer der Ausgangspunkte des Aufstands gegen das Schah-Regime. Die Forderung nach Landreform und Änderung der Besitzverhältnisse auf dem Lande waren Forderungen des Aufstandes. Eine Agrarreform ist lebenswichtig für das Land, die Importe für die Nahrungsmittelversorgung verschlingen Jahr für Jahr mehr Mittel. 1981 mußten für 3,5 Mio. \$ Nahrungsmittel eingeführt werden, 1 Mio. \$ mehr als 1980. Die Regierung hat die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu einem ihrer Hauptziele erklärt.

Zu Beginn dieses Monats einigte sich das iranische Parlament mehrheitlich auf eine Beratungsgrundlage für ein Agrarreformgesetz. Einigkeit scheint bei den Abgeordneten darüber zu bestehen, daß die Anhäufung von Landbesitz in den Händen von solchen Be-

sitzern, die das Land über Jahre hinweg brachliegen lassen und überhaupt nicht nutzen, bekämpft werden muß. Uneinigkeit besteht darüber, wie und ob die Enteignung von solchem Land geschehen soll und landlosen und landarmen Bauern von diesem Land erhalten sollen.

Der Berichterstatter der Landwirtschaftskommission erklärte zum vorliegenden Gesetzentwurf: „Wir haben in diesem Entwurf das Eigentum selbst respektiert, sowohl für die unbebauten als auch für die bebauten Ländereien...“ Auf der anderen Seite enthält das Gesetz nicht nur die Respektierung der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande – was deren Zementierung bedeutet –, es enthält auch die Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit des Eigentums zu überprüfen auf Grundlage des Artikels 49 der Verfassung.

Der Artikel hält fest, daß Eigentum vom Staat konfisziert werden kann, wenn es auf illegale Weise angeeignet wurde. Zu illegaler Aneignung zählt auch Wucher und der Verkauf von unkultiviertem Land. Einige Abgeordnete sind der Auffassung, daß diese Bestimmung, wenn sie gegen den Großgrundbesitz angewandt wird, die Bildung von 200 Kommissionen und mehr-



Frauen beim Teepflücken auf der Plantage eines Großgrundbesitzers.

jährige Untersuchung erfordern wird. Die angeführten Regelungen lassen allerdings auch die Möglichkeit zu, die Inbesitznahme von unbebautem Land durch arme Bauern, die zwischen 1979 und 1980 stattgefunden hat, wieder rückgängig zu machen. Bestrebungen, den Feudalherren „überschüssiges“ Land durch den Staat abzukaufen und dann an die armen und landlosen Bauern zu verkaufen, dürften sowohl am Geldmangel des Staates scheitern als auch an der Mittellosigkeit der Bauern.

Die landwirtschaftliche Produktion 1981 zeigt jedoch, daß die Anstrengungen der Bauern, unkultiviertes und brachliegendes Land in Ackerland zu

verwandeln und die Bewässerung zu verbessern, Erfolge bringen. Landwirtschaftsminister Salamati gab bekannt, daß die Weizenproduktion im vergangenen Jahr um 20% gesteigert worden ist, die Reisernte um 8% höher ausfiel und die Baumwollernte mit ca. 30000 t so hoch ausfiel, daß der Bedarf der iranischen Baumwollindustrie gedeckt werden kann. Salamati führt dies auf eine Ausweitung der tatsächlich bebauten Böden um 5% zurück.

Quellenhinweis: El Moudjahid, 4.3.82; Xinhua News v. 13.1.82, 26.1.82, 3.2.82, 16.3.82

Argentinien Gewerkschaften planen Generalstreik

Für den 24. März, den sechsten Jahrestag des Militärputsches, rufen die argentinischen Gewerkschaften zu einem Generalstreik auf. Die gegenwärtige Lage der Werktätigen sei „unerträglich“, begründete der Sekretär des Gewerkschaftsbezirks Ma del Plata den Aufruf, „es gibt keine ausreichenden Löhne, die Gesundheitsversorgung ist schlecht, und es ist unmöglich, Zugang zu Bildung und besseren Lebensbedingungen zu erreichen.“

Nach Schätzung der Oppositionsparteien sind die Reallöhne während der letzten sechs Jahre um 50% gesunken, mehr als 15%, ca. 1,5 Millionen, sind arbeitslos. Die Inflation betrug im November 81 150,8%.

Und jetzt fordert Wirtschaftsminister Alemann, den der im Dezember an die Macht gekommene General Galtieri eingesetzt hatte, „höhere Steuern, einen Lohnstopp und größere Rationalisierungen im öffentlichen Bereich.“ Damit meint er vor allem weitere Angriffe auf die Reste des Sozialversicherungssystems.

Demonstrationen und Streiks sind verboten. Trotzdem führten die Gewerkschaften im November eine Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit durch. Am 19. März demonstrierten 1000 Gegner der Junta und verlangten die Freilassung von willkürlich Verhafteten und Rechenschaft über „Verschwundene“.

Wirtschaftsminister Alemanns Programm ist ihm direkt von den US- und westeuropäischen Banken diktiert worden. Argentinien hat 32 Mrd. \$ Auslandsschulden, viermal soviel wie alle Exporterlöse eines Jahres. Weil die Kredite mit fluktuierendem Zinssatz aufgenommen worden sind, mußte sich Argentinien in den letzten zwei Jahren hoher Zinsen noch mehr verschulden, nur um Zinsen und Tilgung zu zahlen.

Die Forderung der Imperialisten ist eindeutig: Neben dem „Sparprogramm“ gegen die Arbeiter die Öffnung

der Ölfelder und Reprivatisierung der staatlichen Banken und Versicherungen. Zur Zeit fördert die staatliche VPF noch 64% des Erdöls. Aber Wirtschaftsminister Alemann hat bereits zugesagt, daß *entgegen der argentinischen Verfassung* ausländische Ölkonzerne Ölvorkommen *besitzen* dürfen. Die nachgewiesenen Ölvorräte werden z.Zt. auf 2,4 Mrd. Barrels geschätzt, im letzten Jahr hat Argentinien erstmals größere Mengen exportiert.

Quellenhinweis: Financial Times, u.a. 27.1. und 11.2.82; El Moudjahid 10.3.82

USA Widerstandsbewegung gegen Intervention

Am 18. März beendeten die US-Kriegsmarine und die NATO-Streitkräfte aus der Bundesrepublik, Großbritannien, Kanada und den Niederlanden, 28 Kriegsschiffe und 80 Flugzeuge, ihre zehntägige Blockadeübung vor der Küste Kubas. Für April hat die US-Regierung eine erneute Kriegssübung, diesmal mit Landeübung auf dem kubanischen US-Stützpunkt Guantanamo, angekündigt. Gegen die Vorbereitung einer Militärintervention in Mittelamerika durch die Reagan-Regierung entwickeln große Teile des amerikanischen Volkes den Widerstand.

In den USA haben sich 300 El Salvador-Solidaritätskomitees auf nationaler Ebene zusammengeschlossen. Sie führen derzeit eine „Frühjahrsoffensive“ gegen die Unterstützung der US-Regierung für die Junta in El Salvador durch. Die Demonstrationen im ganzen Land sollen ihren Höhepunkt haben in Kundgebungen am 27.3. in New York und an der Westküste.

Gegen die Entsendung von US-Truppen hat sich der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO ausgesprochen. Die sofortige Einstellung jeglicher Militärhilfe für die Junta in El Salvador hat die katholische Kirche in den USA gefordert. Der Nationale Rat der Kirchen hat sich gegen die Politik der Reagan-Regierung gewendet. 400 führende Kirchenfunktionäre haben in einem Brief an Reagan einen sofortigen Stopp der militärischen Unterstützung der Junta verlangt. Der Schauspieler Ed Asner kündigte auf einer Pressekonferenz Mitte Februar in Washington an, daß eine von ihm gegründete Initiative Geld für die medizinische Versorgung der Guerilla-Streitkräfte in El Salvador sammeln werde. Ziel ist eine Million Dollar.

Die Registrierung für die Armee verweigerten bisher über 900000 junge Amerikaner. Die Frist für nachträgli-



Demonstration in Jersey City, New Jersey, 27.2.82 gegen US-Intervention

che Registrierung war am 1. März abgelaufen, wegen Nichtregistrierung kann eine Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und Geldstrafe von 10000 Dollar verhängt werden.

Auf Grund des wachsenden Widerstandes gegen die Intervention in Mittelamerika haben im US-Kongreß der demokratische Minderheitsführer Byrd und andere Abgeordnete einen Gesetzentwurf eingebracht, daß Reagan keine Truppen nach El Salvador schicken kann, ohne vorherige Zustimmung des Kongresses. Die bürgerliche Presse hat Reagan aufgefordert, seine Interventionspläne besser zu begründen; verstärkte Anstrengungen seien nötig, um die Widerstandsbewegung zu bekämpfen.

Quellenhinweis: Informationsdienst El Salvador, Nr. 73/75

Spanien Putschprozess – die Drahtzieher fehlen

Seit dem 19. Februar verhandelt ein Militärgericht in Madrid über die Anklage wegen militärischer Rebellion gegen 32 Soldaten und einen Zivilisten. Die Anklage hat 30 Jahre Gefängnis für die drei Hauptbeteiligten des Putsches gefordert, gegen die Generale Milans del Bosch und Armada und gegen Oberst Tejero, der im Februar letzten Jahres das spanische Parlament besetzte.

Die Angeklagten sind auf freiem Fuß. Die Atmosphäre im Gerichtssaal ist locker, die Angeklagten kommen zu spät in den Saal geschlendert, unterhalten sich laut, werden von ihren Angehörigen lautstark unterstützt. Die Offiziere im Militärgericht dulden das und sehen stattdessen eine Hauptaufgabe darin, Journalisten aus dem Saal zu verweisen, deren Blätter neue Enthüllungen über den Putsch veröffentli-

chen, weil sie die „militärische Ehre“ der Angeklagten beleidigen. Die gleichen Gerichte und die gleichen Offiziere waren es, die unter Franco Hunderte von Gegnern des Regimes verurteilten, in Prozessen, die alles andere als locker waren und dabei eine blutige Liste von Todesurteilen und Hinrichtungen durch die Garotte hinterließen.

Die meisten Angeklagten erklärten, sie hätten mit dem Putsch nichts zu tun gehabt oder nur Befehle ausgeführt. Del Bosch verteidigt sich, der General Armada habe ihm versichert, der Putschbefehl komme vom König. Tejero erklärt unter Beifall der reaktionären Blätter, der Überfall aufs Parlament habe ihm Spaß gemacht und er werde ihn wiederholen.

Die spanische Generalität macht den Prozeß zur Farce. Das war er von Anfang an. Denn die Drahtzieher des Putsches stehen hier nicht vor Gericht, und seine Hintergründe sollen gerade nicht aufgedeckt werden. Nach Angaben von Mundo Obrero, der Zeitung der KP Spaniens, hatten die Putschisten mit führenden Vertretern des spanischen Kapitalistenverbandes Kontakt. Auch habe es Banken gegeben, die den Putsch finanziert hätten. Als Quelle gibt Mundo Obrero einen Polizeibericht ans Innenministerium an, den das Ministerium aber nicht veröffentlicht hat. Auch spielt der Bericht im Prozeß keine Rolle, genausowenig wie die internationalen Verbindungen der Putschisten. Die Regierung Calvo-Sotelo erklärt, sie verlasse sich voll und ganz auf die Militärgerichtsbarkeit. Am 18. Februar protestierte sie vorsichtig gegen die „Herabsetzung der demokratischen Institutionen“ und die Einbeziehung des Königs in den Prozeß. Der Prozeß dauert bis April oder noch länger.

Quellenhinweis: FAZ 20.2., 25.2., 19.3. 82.; Financial Times 19.3.82.; Observer 21.2.82.



Panzer des Generals Del Bosch besetzen Valencia während des Putsches.

Großbritannien

Rasche Verelendung für viele Arbeiter Thatcher für noch niedrigere Löhne

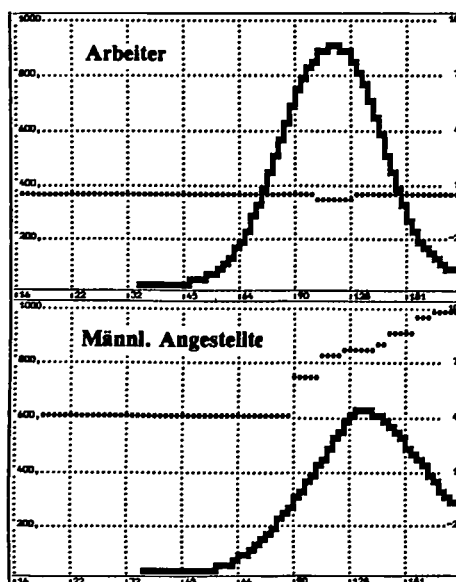
Die britische Landarbeitergewerkschaft NUAAW veröffentlichte in der Märzangabe ihrer Gewerkschaftszeitung eine Reportage über die wirtschaftliche Lage eines tariflich bezahlten Landarbeiters in Cambridgeshire. Joe Mynett verdient brutto 80,96 Pfund in der Woche, das sind etwa 1460 DM im Monat, dazu die Wohnung frei. Netto hat er 63 Pfund, also 1134 DM. Die Ausgaben für sich und seine Frau veranschlagt er aber auf mindestens 1278 DM im Monat, 252 DM für Strom und Heizmaterial, 108 DM für Zeitungen und Milch, 430 DM für das bei nahezu fehlenden Busverbindungen lebensnotwendige Auto, 450 DM für Lebensmittel. Das ist bereits sehr knapp gerechnet, die Lebensmittelpreise steigen besonders steil (nach der Regierungspreisstatistik kostete im September 1981 ein Pfund Brot durchschnittlich 1,10 DM, Butter 4,10 DM, Schweinekotelett 5,50 DM, eine Dose Bier 1,80 DM). „Ich muß im Sommer, wenn ich Überstunden machen kann, jeden Pfennig auf die hohe Kante legen, damit ich im Winter überlebe.“

Joe Mynetts Situation wird von Millionen schlecht bezahlter Arbeiter und Angestellter geteilt, vor allem von den Niedriglöhnern bei Gemeindebetrieben, im Hotel- und Gaststättengewerbe und bei vielen angelernten Arbeitern in der Industrie. Seit dem 15. Januar z.B. streiken 1200 Arbeiter der Matthews Lebensmittelwerke, weil der Kapitalist sich weigert, über eine Lohnerhöhung auch nur zu verhandeln. Ein Nettolohn von 53,48 Pfund die Woche nach 27 Jahren Betriebszugehörigkeit ist keine Ausnahme, das sind weniger als 1000 DM.

Diese niedrigen Löhne werden nur noch vom Arbeitslosengeld untertroffen. Der Festsatz für einen ledigen Arbeiter beträgt jetzt 25 Pfund die Woche, das sind 450 DM im Monat! Nach Angaben der Regierung sind mehr als 3 Mio. Arbeiter und Angestellte arbeitslos, rechnet man die Jugendlichen in Beschäftigungsprogrammen dazu sowie die vielen, die sich nicht arbeitslos gemeldet haben, vor allem Frauen, kommt man auf 4,4 Mio. Arbeitslose. Durch die britische Presse ging vor kurzem eine Meldung aus der englischen Kleinstadt Wellinborough: Für einen Teilzeitjob in einer fahrenden Imbißstube hatten sich 200 Jugendliche beworben!

Nach Schätzungen karitativer Vereinigungen leben im Vereinigten Königreich jetzt etwa 5 Mio. Menschen unter der offiziellen Armutsgrenze, das sind mehr als doppelt soviel wie 1977.

Die bisherige Amtszeit der Regierung Thatcher ist verbunden mit der sichtbaren Zunahme des nackten Elends, nicht nur der Arbeitslosen. Aber trotzdem kann die Presse von einer „stabilen Basis“ für die Regierung sprechen, sogar einen „Popularitätsgewinn“ feststellen und berechtigt von



Sternchen: Lohndrift 1978/81, inflationsbereinigt. Punktlinie: Lohnverteilung 1981. Y-Achse links: Zahl der Arbeiter in der Umfrage. Y-Achse rechts: Prozent Lohndrift. X-Achse: Wochenlohn in Pfund (ein Pfund etwa 4,20 DM).

einer Abstumpfung des Widerstands gegen weitreichende Regierungsmaßnahmen wie z.B. die Kürzung des Arbeitslosengeldes im letzten Jahr sprechen.

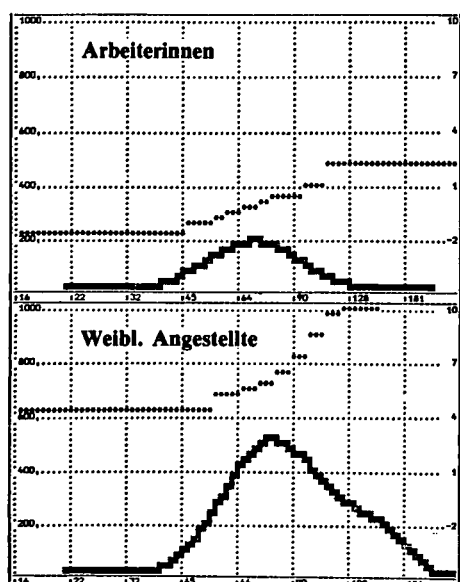
Unter der Regierung Thatcher hat die britische Kapitalistenklasse ihr „Programm der Härte“ bisher weitgehend durchsetzen können, weil sich die Lage verschiedener Gruppen von Lohnabhängigen völlig verschieden entwickelte.

Hauptbetroffene der Arbeitslosigkeit sind schwer arbeitende, niedrig bezahlte Arbeiter und Arbeiterinnen. Z.B. sank die Zahl der Beschäftigten in der Elektroindustrie zwischen Juni 1979 und Juni 1981 bei den männlichen Beschäftigten um 6,7%, bei den weiblichen Beschäftigten um 20%. Im Vergleichszeitraum stieg die Zahl der bei Banken und Versicherungen beschäftigten Männer um 1,5% und Frauen um 6,2% (obgleich auch die Gesamtzahl der weiblichen Angestellten gesunken ist).

Das britische Arbeitsministerium unterscheidet in seiner Lohnerhebung zwischen Arbeitern und Angestellten und den Geschlechtern. Für diese vier Gruppen zeigen die Schaubilder den Lohndrift (inflationsbereinigt) von 1978 auf '81, dazu eine Verteilung der Bruttolöhne '81. Die Statistik erfaßt nur Vollzeitbeschäftigte ab 18 Jahren bei Frauen und 21 bei Männern.

Es zeigt sich, daß sowohl bei Männern wie bei Frauen die mittleren bis oberen Angestelltengruppen Zugewinne im Verhältnis zu den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durchsetzen konnten, während gerade die am stärksten vertretenen Gruppen der Arbeiter Einbußen haben hinnehmen müssen.

Man könnte auf den ersten Blick meinen, die britischen Arbeiter hätten ihre auch schon 1978 niedrigen Löhne,



im unteren Bereich zumindest, gehalten. In unserer Rechnung vergleichen wir die Löhne der niedrigst verdienenden 10% 1978 mit den niedrigst verdienenden 1981, die nächsten 10% dem Lohn nach mit den nächsten 10% 1981 usw. Da aber die Beschäftigtenzahlen in den unteren Bereichen *abgenommen* haben, umfassen diese 10%-Gruppen 1981 mehr Lohngruppen, reichen höher hinauf. Die tatsächliche Lohnentwicklung für einen einzelnen Arbeiter, bei der Annahme gleicher Beschäftigung und Lohngruppe, wird also noch schlechter sein.

Insgesamt ging die Lohnentwicklung parallel zur Beschäftigungsentwicklung, die Kapitalisten haben Produktionsarbeiter entlassen, haben in mittleren Bereichen der Angestellten (noch) eingestellt bzw. weniger entlassen.

Gegenüber den Arbeitern erreichten die Kapitalisten in diesem Prozeß eine deutliche Steigerung der Intensität, die sie oftmals gegen Streiks durchsetzen

Thatchers „Haushalt für die Industrie“: Die Arbeiterbevölkerung zahlt

„Dies wird ein Haushalt für die Industrie werden“, versprach Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe am 9. März im Unterhaus, wo er seine jährliche Haushaltsrede hielt. Die Einzelheiten zeigen, daß er sein Versprechen gehalten hat.

Lohnsteuer und Sozialabzüge. Für die Kapitalisten senkte die Regierung die Beiträge zur Sozialversicherung (Renten- und Krankenkasse) von 13,5% auf 12,5% des Bruttolohns, den sie an Lohnabhängige zahlen. Dies sei „wertvoll für alle Gewerbe“, sagte Howe. Etwa 5 Mrd. DM wird nach Berechnungen seines Ministeriums diese Senkung einsparen.

Für die Lohnabhängigen erhöhte die Regierung die Beiträge von 7,75% auf 8,75% an. 1978 betrugen sie noch 6,5%.

Durch die Erhöhung der Sozialbeiträge wird der schon geringe Effekt der Anpassung der Steuergrenzen an Preissteigerungen aufgehoben. Die Regierung erhöhte die Untergrenze für Steuerzahlungen von 1375 Pfund im Jahr (etwa 480 DM im Monat) auf 1565 Pfund im Jahr (560 DM). Außerdem spreizte sie die Bandbreiten, in denen bestimmte Steuersätze gezahlt werden müssen. Bis 12800 Pfund Jahreseinkommen (4585 DM im Monat) gilt jetzt der Grund-

Steuersatz von 30%, bisher bis 11000 Pfund (380 DM).

Für die meisten Arbeiter und Angestellten ist der Effekt selbst bei angenommener 0%iger Lohnerhöhung gering. Für einen Arbeiter mit 2000 DM brutto im Monat macht er etwa 1% aus. Durch die höheren Sozialbeiträge aber erhöht sich die Belastung, und rechnet man eine Lohnerhöhung von 7,5% ein, die Inflation beträgt 12%, zahlen die Lohnabhängigen bis 4500 DM auch prozentual deutlich mehr. Erst bei dieser Einkommensgruppe tritt eine Erleichterung ein, weil die Sozialversicherung nämlich nur bis zur Höchstgrenze von 3500 DM zahlbar ist. Auch Familien, bei denen nur der Mann arbeitet, zahlen prozentual etwas weniger, auch hier tritt der eigentlich sichtbare Effekt erst bei etwa 3500 DM ein.

Indirekte Steuern. Die Regierung erhöhte die Steuern auf Benzin um 9p pro Gallone, das sind etwa 10 Pfennig pro Liter. Für den „durchschnittlichen Autofahrer“ mache das 110 DM im Jahr aus, errechnete das Ministerium. Im gleichen Atemzug teilte Sir Geoffrey dem Parlament mit, daß die Regierung die Steuern auf Treibstoff für Sportflugzeuge um 50% senkt. Nebenbei erhöhte sie auch die Autosteuer um 10 Pfund auf 80 Pfund im Jahr.

Erhöht wurden die Steuern auf Bier (2p auf 1/2 Liter), auf Alkohol und auf Tabak. Die Mehreinnahmen aus Verbrauchssteuern schätzt die Regierung auf 923 Mio. Pfund, knapp 4 Mrd. DM.

770 Mrd. Pfund oder 3,2 Mrd. DM „ersparen“ dagegen die Kapitalisten, durch die verschiedensten Steuergeschenke, angefangen von der Indizierung der Kapitalerwerbssteuer bis zur Abschaffung der Petroleum-Zusatzsteuer, die allein den in der Nordsee fördernden Ölmonopolen eine Milliarde DM jährlich erspart. Großverbraucher für Strom und Gas sicherte die Regierung im Haushalt günstigere Sondertarife zu, die mit steil ansteigenden Haushaltspreisen verbunden sind.

Es ist ein Haushalt für die Kapitalisten, gezahlt mit verstärkter Plünderung der armen und durchschnittlich verdienenden Arbeiter und Angestellten, wobei die Basis der Tory-Partei deutlich geschont wird – die besser verdienenden Angestellten und die Kleinkapitalisten. Ab 4500 DM ist die Steuer- und Abzugslast noch etwas erträglicher.

Die Gewerkschaften lehnten in ihren Stellungnahmen die Erhöhung der Sozialbeiträge ab, nahmen aber kaum gegen die Steuergeschenke an die Kapitalisten Stellung.

Quellenhinweis: Financial Statement and Estimates, Hrsg.: Britische Regierung, Financial Times, Times, Observer

konnten, z.B. bei British Leyland. Ford Großbritannien meldet jetzt, sein Werk in Halewood bei Liverpool sei „endlich so produktiv“ wie das in Saarlouis, in dem die Produkte ähnlich sind.

Jetzt erwartet das britische Finanzkapital sehnlichst den „Aufschwung“, der vor allem die Stellung auf dem Welt- und dem europäischen Markt wieder stärken soll. Die Arbeiter, die die Kapitalisten dafür brauchen, wollen sie zu noch niedrigeren Löhnen einstellen.

Schatzkanzler Howe gab in seiner Haushaltsrede das Stichwort: „Der entscheidende Punkt ist: Irgendwo in dem Zwischenraum zwischen dem Einkommen, das wir den Arbeitslosen zahlen, und den Diensten, die Leute mit Arbeitsplatz genießen, gibt es eine Lohnhöhe, die die heute Arbeitslosen mit Freude akzeptieren würden, wenn sie nur könnten. Aber Gewohnheit, Engstirnigkeit und mangelnde Weitsicht verhindern, daß es zu diesem günstigen Geschäft kommt ... Wenn der Geschäftsgang schleppend ist und Arbeitsplätze selten sind, schuldet es der Unternehmer den Arbeitslosen wie seinen eigenen Beschäftigten, sich dem

veränderten Markt anzupassen und solche Löhne zu zahlen, die es ihm ermöglichen, für den Fortgang des Geschäfts und weitere Investitionen genug zu verdienen, also auch für neue Arbeitsplätze.“

„Engstirnig“ sind nach Ansicht von Howe die Gewerkschaften. Jetzt, wo sie nach schweren Niederlagen und bei hoher Arbeitslosigkeit geschwächt



10. März: Londoner Busfahrer streiken gegen Fahrpreiserhöhung von 100% und Entlassungen

sind, betreibt die Regierung im Parlament die schnelle Abfertigung des Gewerkschaftsgesetzes. Damit wird den Gewerkschaften die bisher genossene Immunität vor zivilrechtlichen Schadensersatzforderungen genommen. Streiks werden eingeschränkt, in nicht direkt betroffenen Betrieben illegal, weil unbezahlbar.

In den letzten zehn Monaten konnten die Kapitalisten in nahezu allen Tarifbereichen Lohnabschlüsse unter 6% durchsetzen, bei einer Inflationsrate von über 12%. Jetzt setzt die Regierung Thatcher nach. Ihr erklärtes Ziel ist es, den Lohn eines Arbeiters im öffentlichen Dienst auf 800 DM netto zu senken. Anfang März gab sie ein neues Beschäftigungsprogramm bekannt, zum ersten Mal für Erwachsene. 300000 Jugendliche arbeiten schon in Beschäftigungsprogrammen. Jetzt sollen 100000 Erwachsene dazu kommen, die für ihr Arbeitslosengeld plus 15 Pfund die Woche bei Gemeinden und in Krankenhäusern arbeiten. Bei einem ledigen Arbeiter sind das 40 Pfund die Woche oder 720 DM im Monat.

Quellenhinweis: Landworker, Zeitung der NUAAW; Pressemitteilungen des TUC; Financial Times, 10.3.1981; Employment Gazette, hrsg. vom Department of Employment, London, versch. Ausgaben



„Die Sensationsreporterin“

Ein Melodrama um Presseopfer und die Grenzen der Pressefreiheit

Megan Carter, junge, ehrgeizige Reporterin bei der Morgenzeitung „Miami Standard“, bekommt von einem FBI-Beamten die Information gesteckt, daß wegen des Verschwindens des Sekretärs der Hafenarbeitergewerkschaft Ermittlungen gegen einen gewissen Mike Gallagher, Getränkehändler und Sohn eines großen Mafia-Schmugglers, laufen. Ohne weitere Recherchen macht sie daraus eine Titelgeschichte, nachdem der Zeitungsjustitiar die Story geprüft hat unter der Devise: „Nicht was wahr ist, sondern was juristisch haltbar ist, wird gedruckt.“ Gallagher, fassungslos und offenbar völlig unbeteiligt am Verschwinden des Gewerkschaftssekretärs, geht zur Zeitung und verlangt Richtigstellung und Preisgabe des Informanten. Man speist ihn ab. Geschäftliche Folge der Titelgeschichte für Gallagher: Alte Kunden springen ab, die Gewerkschaft bestreikt seinen Betrieb.

Die Reporterin recherchiert weiter und stößt auf eine Freundin Gallaghers. Die berichtet ihr im Vertrauen, Gallagher sei zum Zeitpunkt des Verschwindens des Gewerkschaftssekretärs gar nicht in Miami gewesen, sondern habe das Wochenende mit ihr in einer anderen Stadt verbracht. Sie fleht die Reporterin an, von der Information wegen ihrer Familie keinen Gebrauch zu machen. Doch die Geschichte erscheint, und das Mädchen begeht Selbstmord.

Jetzt schlägt Gallagher zurück: Er spendet einen namhaften Betrag für die politische Karriere des Bezirksstaatsanwalts, der als Gegenleistung eine öffentliche Erklärung über die Einstellung der Ermittlungen abgibt. Der Staatsanwalt stürzt über die Spende. Der FBI-Beamte, der die Untersuchungen angezettelt hatte, wird vom stellvertretenden Justizminister gefeuert. Die Zeitung muß eine Ehrenerklärung für Gallagher veröffentlichen, und Gallagher kurvt mit seinem Motorboot zufrieden durch die Gewässer Floridas.

Zum richtigen Happy-End fehlt nur noch, daß der coole, herb-männliche Einzelkämpfer Gallagher und die junge Reporterin für immer zueinander finden. Denn der Film handelt weniger über die Praktiken der Boulevardpresse, deren Verbindungen zu Staatsorganen und Bourgeoispolitikern als vielmehr über die unerfüllte Liebe der Reporterin zu besagtem Gallagher. Für dieses Melodrama liefern Zeitung, FBI und große Politik den passenden Hintergrund, um in aller Breite die schicksalhafte Verstrickung der naiven Reporterin in die Mechanismen der Boulevardpresse auszumalen, woran letztlich ihre Liebe scheitert. Nicht zu knapp dazwischengestreut sind Mono- und Dialoge über die Wahrheit an sich, die Pflichten der Presse und anderes Bedeutungsschwere. Außerdem ist die Geschichte so angelegt, daß der harte Mann triumphiert, wäh-

rend die Frau, lieb, aber ohne Durchblick im Zeitungsgeschäft, sich demütigen läßt und schrittweise unterordnet.

Gesellschaftliche Interessen, die über die Presse wirken, spielen im Film keine Rolle. Der Widerspruch reduziert sich auf den Gegensatz von Presse- und Sensationsjournalismus zum Recht auf die Unverletzlichkeit der Person, der Privatsphäre, etc. Die Aussage des Films: Die Presse kennt keine Grenzen und Rücksichtnahmen, die Journalisten drängen ins Privatleben ein und vernichten Menschen, also braucht die Presse Kontrolle.

Der Film ist alles andere als ein ernsthafter, aber mißlungener Versuch, die Verkommenheit des kapitalistischen Preswesenens zu enthüllen. Sondern ein schlechtes Liebes-Melodrama, verpackt mit einem Angriff auf die Pressefreiheit. Der Hintergrund: In der bürgerlichen US-Presse hat der Enthüllungsjournalismus über die Machenschaften der Monopolbourgeoisie, die illegalen Tätigkeiten von Regierungsorganen („Watergate“) und Geheimdiensten, die dunklen Geschäfte von Konzernen eine gewisse Tradition. Bei der konservativ-reaktionären Ausrichtung der US-Gesellschaft unter der Reagan-Administration können solche Enthüllungen nur stören. Der Film, für mehrere „Oscars“ nominiert, stärkt diese Strömung, indem er den Angriff auf die Pressefreiheit als Kritik an der Sensationspresse tarnt.

„Disco Dracula“ – das Kreuz siegt

„Disco Dracula“ heißt das neueste Produkt, das der Bastei-Lübbe-Verlag als zehnten Band seiner „großen Horror-Serie“ mit dem Titel „Geisterjäger John Sinclair“ ausgestoßen hat.

Buchhändler beobachten, daß die Serie besonders von Jugendlichen, darunter vielen Schülern, gekauft wird, und auf diese junge Marktgruppe zielt der Verlag mit seinem Schund auch bewußt ab.

Dazu werden vermengt: Ein Blick hinter die Kulissen einer „Disco“ und in das Leben des Star-Discjockeys (5000 DM im Monat, Jaguar), jede Menge schwüler Andeutungen und Beschreibungen, das Jet-Set-Leben des professionellen „Geisterjägers“ aus London, dazu die nötige Portion Widerlichkeit eines unappetitlichen Vampirs, der seit Jahrhunderten vor sich hin modert, bzw. die Gemeinheiten seiner jungen weiblichen Kolleginnen, die den Disc-Jockey nackt auf dem Bett aussaugen.

Höhepunkt der 156 Seiten ist die Schilderung, wie John Sinclair, der Geisterjäger, mittels Beretta (mit geweihten Silberkugeln), Dolch (geweiht) und vor allem Kreuz (bei dessen Berührung so ein Vampir zu Staub zerfällt) dem Spuk ein Ende macht.

Das Kreuz siegt also, ein Held wie Sinclair wird mit den Geistern fertig, mit denen man ansonsten aber – wie es der Besitzer der „Disco Dracula“ tat – nicht spaßen soll. Nebenbei wirbt der Autor noch für „Horror-Clubs“ mit jugendlichen Mitgliedern.

Jason Dark, Disco Dracula, Bergisch-Gladbach (Bastei-Lübbe) 4,80 DM

„1985“: Angriff auf die Gewerkschaften

Nicht der „Große Bruder“ tyrannisiert England, wie G. Orwell in „1984“ angenommen hatte, sondern die Gewerkschaften sind's, die die kollektive Unterdrückung der Freiheit des Menschen und seiner Entfaltung ausüben. So die These von Anthony Burgess' Zukunftsroman „1985“.

Dieses Buch richtet sich gegen den Kampf der Arbeiterbewegung und ihr Ziel, die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen und den Sozialismus aufzubauen. Ausgangspunkt in Burgess' Roman ist seine Verdächtigung des Streikrechts, das nur zu Chaos führe. Da die Feuerwehrleute

streiken und ein Feuer nicht löschen, kommt die Frau eines Lehrers in einem Krankenhausbrand um. Mit dieser angestaubten Schablone, die von der Bourgeoisie immer wieder einmal aus der Rumpelkammer der Schauergeschichten hervorgeholt wird, um gegen das Streikrecht im öffentlichen Dienst zu hetzen, beginnt die Geschichte. Der Romanheld nimmt den Kampf gegen den „verbrecherischen Staatssyndikalismus“ auf.

Das „Recht“ der Streikbrecher feiert Burgess als Recht menschlicher Freiheit. Das Recht auf eine umfassende Ausbildung der Arbeiterjugend führt bei Burgess dagegen zu immer niedrigerem Bildungsstand der Jugend wegen der „Gleichmacherei“.

Was hilft gegen den gewerkschaftlichen „Staat im Staat“? Burgess' Romanheld schließt sich einer paramilitärischen Privatarmee an, den „Freien Briten“. Diese wird aber von den Arabern, die halb England besitzen, bezahlt und dirigiert, Burgess verkauft die faschistische Truppe denn doch – noch – nicht als Lösung der Geschichte.

Der „Kämpfer für die Freiheit und die Wahrheit“ endet durch Selbstmord im elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun einer Anstalt für Geistesranke. So schrecklich soll es erst gar nicht kommen dürfen: Das Buch liefert Flankenschutz für die Angriffe auf das Streik- und Koalitionsrecht der Gewerkschaften, wie sie die konservative Regierung in England betrieb und betreibt. Die deutsche Erstveröffentlichung 1982 dient gleichen Zielen der Reaktion hierzulande.

A. Burgess, 1985. Heyne TB 5981, 6,80 DM.

Keine Startbahn West

In sechs Kapiteln zeigt der Film – gedreht von sechs Jungfilmern in Zusammenarbeit mit der AG Volksbegehren – die Entwicklung der Widerstandsbewegung gegen die Startbahn West. Begleitet werden die Kapitel von den Berichten eines alten Walldorfers, wie er seit Jahren am Kampf gegen Fluglärm, für Nachtflugverbot und gegen die Ausdehnung des Flughafens teilgenommen hat.

Das erste Kapitel „Irgendetwas stimmt da nicht.“ zeigt den ökologischen Anlaß des breiten Bürgerprotests: die Rodung des 4 km langen und 600 m breiten Streifens im letzten

großen Waldgebiet im Rhein-Main-Raum.

Zweites Kapitel: „Da muß doch was zu machen sein.“ Die Leute aus den Flughafen-umlandgemeinden gehen auf die Straße. Auf Kundgebungen stellen sich die örtlichen Vertreter aller Parteien hinter den Protest.

Drittes Kapitel: „So kann's einfach nicht weitergehen.“ Der Protest der „kleinen Minderheit“ läßt Flughafen AG und Landesregierung kalt. Die BIs errichten das Widerstandsdorf im Wald. Viertes Kapitel: „Jetzt langt's uns aber.“ Die Landesregierung fährt eine hochgerüstete Polizeiarmerie auf, um die weiteren Rodungen durchzusetzen. Die Mauer wird errichtet. Brutale Polizeiüberfälle auf Demonstranten und Gottesdienstbesucher im Wald.

Fünftes Kapitel: „Ab sofort bestimmen wir.“ Das Volksbegehren läuft. Unterstützerguppen in ganz Hessen mobilisieren. 220.000 Unterschriften werden auf einer Massendemonstration in Wiesbaden übergeben.

Sechstes Kapitel: „Euch blüht noch was – denn wir wachsen.“ Das Volksbegehren wird juristisch abgeschmettert. In Interviews zeigt der Film die nun schwierige Lage der BIs, aber auch, wie trotz Ansätzen zur Resignation mit den Erfahrungen, die die Leute gemacht haben, der Kampf gegen die Startbahn West und andere Objekte der Regierung fortgeführt werden kann.

Eingeblendet in den Film sind lange Szenen aus einem Benefizkonzert mit Udo Lindenberg, den Bots und anderen Gruppen. Zusammen mit dem Bericht des alten Walldorfers, einem Interview mit Walldorfer Frauen, die „für die jungen Leute im Wald“ kochen, wird ein zutreffender Eindruck von der breiten sozialen Zusammensetzung des Widerstands gegeben.



Fernsehserie

„Das Krankenhaus am Rande der Stadt“

16 Folgen der tschechischen Fernsehserie „Das Krankenhaus am Rande der Stadt“ hat die ARD in zwei Etappen jeweils montags von 20.15 bis 21.15 Uhr gesendet. Die Filme mit Fortsetzungshandlung spielen in einem kleinen tschechischen Krankenhaus in der Nähe von Prag. Hauptpersonen sind Ärzte und Schwestern der Orthopädischen Abteilung. Berichtet wird vom Alltag im Krankenhaus, aber auch von den privaten Problemen der dargestellten Menschen. Eine wichtige Rolle spielt der ehemalige Chefarzt Dr. Sová. In den ersten elf Folgen sah man, wie er auf weitere Karriere verzichtete, um eine Landambulanz zu übernehmen. Auch diese Seite der medizinischen Versorgung wurde dann in den weiteren Folgen behandelt.

Die Serie war beliebt. Sie hatte Einschaltquoten von über 50%, was außer den Nachrichten so ziemlich alles in den Schatten stellt. Dies mag zwei Gründe haben. Die Serie enthielt ungewohntes Stilmittel. Mindestens sieben verschiedene Schicksale wurden fortlaufend verfolgt, wobei eine Folge jeweils in etwa 15 Episoden aufgeteilt war, die ein bestimmtes Problem weiterentwickelten. Also nicht eine dieser Serien mit langweiliger Einleitung, nichtssagender Mitte und dem üblichen kitschigen happy end. Es wurde eine Spannung auf die nächste Folge hin entwickelt. Andererseits war die Darstellung der Verhältnisse im und um das Krankenhaus sympathisch. Keine Jubelpropaganda, im einzelnen durchaus in der wirklichen Widersprüchlichkeit dargestellt. Insgesamt aber so, daß man sich in einem solchen Krankenhaus gerne behandeln lassen würde. Ob diese Darstellung die medizinische Versorgung in der CSSR vollkommen richtig beschrieben hat, ist völlig unwichtig.

Jedenfalls sprach die nette und unkomplizierte Unterhaltung offenbar stark die Kritik an, die die Zuschauer am westdeutschen Gesundheitswesen aus eigener Erfahrung haben. Fernsehzeitschriften veröffentlichten Leserbriefe „Wir wollen Ärzte wie Dr. Sová“. So wurde die Serie Zielscheibe chauvinistischer Hetze. Allen voran widmete die WELT AM SONNTAG der Kritik eine halbe Seite. Es wird hierin an die niedrigsten rassistischen Gefühle appelliert: Der Redakteur Scharfenberg, der die Serie für den NDR besorgte, meinte gegenüber einem tschechischen Reporter: „Wenn bei uns die Zuschauer ständig etwas über Amerika erfahren, warum sollten sie nicht auch etwas über den Sozialismus erfahren?“. Die WELT dazu: „Klar, mit Reportagen über die unterdrückten Neger in den USA werden wir von unserem Fernsehen ja schließlich überfüttert. Da lag Scharfenberg goldrichtig: Warum sollten wir nicht auch mal etwas über das heitere Leben im Ostblock erfahren, wo der uns so viel näher liegt?“

Aus dem Inhalt der Serie werden nur einige Zeilen verloren: „... das Leben in der CSSR, dieser blühenden sozialistischen Volksrepublik im Schutz der großen Sowjetmacht, ist ein wunderbares. Da gedeihen noch Menschen mit Herz und Gemüt, da sorgen sie sich noch um den Nächsten. Da fahren sie zwar nicht alle so große Autos wie wir, aber alle haben satt zu essen, wohnen auf das Angenehmste, und die Arbeit zum Wohle der sozialistischen Gesellschaft erfüllt sie mit jener Befriedigung, die wir im Wilden Westen schon lange nicht mehr kennen. Und erst die Ärzte! Da können sich unsere profitgierigen Fließbandmediziner aber eine Scheibe von abschneiden! Wie die sich noch in ihren Beruf selbstlos hineinknien, wie die für ihre Patienten da sind und sich die Nächte um die Ohren schlagen, ohne je von mehr Geld zu reden!“ Dazu als schlagkräftigstes Gegenargument: „Hunderttausende sind seit dem Prager Umsturz 1948 (Anm. des Verf. Es heißt tatsächlich 1948 und nicht 68) aus der CSSR geflüchtet, mindestens 10 Millionen haben Hals über Kopf den Ostblock verlassen.“

3/4 des Artikels sind allerdings der Abrechnung mit dem Redakteur gewidmet: „Der Mann, der dafür verantwortlich ist, daß wir all die Flüchtlinge aus dem Ostblock in Zukunft für pure Meckerer zu halten haben, verdient vielleicht nicht gerade das Bundesverdienstkreuz, aber sicher den Lenin-Orden. Der Mann heißt Eberhard Scharfenberg, ist 43 Jahre alt und stellvertretender Hauptabteilungsleiter für Fernsehspiele beim NDR. Er ist Sachse, vor zwanzig Jahren aus rätselhaften Gründen nach West-

Berlin geflüchtet und hat an der freien Universität 28 Semester studiert – Soziologie, Politische Wissenschaften und Theaterwissenschaften und was es so alles bei uns umsonst gibt.“

Solche und andere Unwahrheiten wurden in einem Leserbrief des NDR an die WELT richtiggestellt. Ohne jede Reaktion der WELT! Letztlich wird unter Hinweis auf die anstehenden Fernsehgebührenerhöhung in der WELT bemängelt, daß der NDR zwei Millionen DM an das tschechische Fernsehen für sieben Folgen bezahlt habe. Tatsächlich lagen damit die Kosten für eine *Neuproduktion* wesentlich niedriger als für in der BRD produzierte Fernsehspiele. Besonders verwerflich ist es wohl für die WELT eher, daß das westdeutsche Fernsehteam in Prag gemeinsam mit dem tschechischen Fernsehen gearbeitet hat und die Serie in beiden Staaten ausgestrahlt wurde. Der WELT-Redakteur Tremper hat außerdem offensichtlich eine eigene Vorstellung davon, wie sich wirtschaftliche Beziehungen zu osteuropäischen Staaten gestalten mußten: „Die Tschechen wären mit 600 000 DM wohl auch schon hoch zufrieden gewesen. Ja, wenn ich es recht bedenke, hätten sie die Serie vielleicht sogar umsonst geliefert – und möglicherweise noch etwas draufgezahlt – damit dieses Prachtstück Agitpropaganda bei uns zur besten Sendezeit läuft.“

Sowjetunion

Chruschtschows Agrarpolitik und ihre Folgen

Obwohl die Ernährung der sowjetischen Bevölkerung, im Pro-Kopf-Verbrauch an Kalorien und Proteinen gemessen, besser ist als die der westdeutschen Bevölkerung und obwohl der „Selbstversorgungsgrad“ der Sowjetunion dabei eher höher ist als in der BRD, der Anteil von Agrarimporten also niedriger, ist doch die krisenhafte Stagnation unübersehbar, in der sich die sowjetische Landwirtschaft seit langen Jahren befindet.

Die Produktivität der Arbeit ist gering – noch immer ist knapp ein Fünftel der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt –, die Pro-Hektar-Erträge in der Getreideproduktion, dem Hauptzweig der landwirtschaftlichen Produktion, sind vergleichsweise niedrig, und zudem schwanken die Ernteerträge in einem Ausmaß wie in kaum einem anderen Land. Dies allerdings zum Beweis für die „Überlegenheit“ kapitalistischer Privatwirtschaft zu nehmen, besteht keinerlei Anlaß: In Kanada etwa, also unter recht ähnlichen klimatischen und geographischen Bedingungen, sind die Pro-Hektar-Erträge bei Weizen niedriger und die Ernteschwankungen noch höher. Sind aber umgekehrt die – zweifellos ungünstigen – Wetter- und Bodenverhältnisse in der Sowjetunion für die Stagnation und Krisen verantwortlich zu machen? Hieße dies nicht zu leugnen, daß die Natur beherrschbar ist und daß die sozialistische Revolution, die Beseitigung der Ausbeutung, die Bedingungen zur Beherrschung und Umgestaltung der Natur geschaffen hatte? (s. Pol. Ber. 5 und 6/82)

Ungefähr 1950/51 hatten die sowjetischen Arbeiter und Bauern die verheerenden Folgen des faschistischen Überfalls und der Besatzung – 98 000 Kolchosen, über 70 000 Dörfer und fast die Hälfte des landwirtschaftlichen Maschinenparks waren zerstört bzw. unbrauchbar – beseitigt. Den Mitte der 50er Jahre einsetzenden Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktion schreiben die bürgerlichen „Ostexperten“ dem Tode Josef W. Stalins zu und der Tatsache, daß Chruschtschow „ganz anders als Stalin mit den Problemen der Landwirtschaft unmittelbar und sachkundig vertraut war“. (1) In der Tat zeichnet Nikita Chruschtschow für Entscheidungen verantwortlich, die dem „Sachverstand“ bürgerlicher Wissenschaftler gefallen konnten, den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus und der weiteren landwirtschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion jedoch schroff entgegenstanden.

1954 nahm die KPdSU das Projekt in Angriff, Neuland unter den Pflug zu nehmen, um die Nahrungsmittelversorgung zu verbessern und um v.a. die Futterbasis für die Viehzucht zu erweitern. Bis 1960 wurden fast 42 Mio. ha Neuland gewonnen, eine riesige Fläche, die sich südöstlich an die traditionellen Anbaugelände anschließt und von den Steppen der Wolga bis Westsibirien und tief nach Kasachstan hineinreicht und die fast 1,7mal so groß ist wie die BRD und immerhin ein knappes Viertel der gesamten Anbaufläche von 1960 betrug. Dies mag auf den ersten Blick ein-

drucksvoll erscheinen. Doch damals noch führende Mitglieder der KPdSU (Malenkov und Molotow v.a.) hatten von Anfang an vor den Risiken gewarnt und, wie sich gezeigt hat, Recht behalten.

Die Neulandaktion war mit ganz ähnlichen Merkmalen behaftet wie zuvor die „Erschließung“ des amerikanischen Westens. In den Steppengebieten der Wolga und Kasachstans, den Hauptgebieten der Neulandgewinnung, ist der Boden zwar überaus fruchtbar. Dies garantierte auch sofortige hohe Ernteergebnisse. Seine großflächige Bearbeitung durch Pflügen und der Einsatz schwerer Maschinen zerstörten jedoch seine ursprüngliche Struktur und führten zu Bodenerosion und teilweise zu völliger Bodenzerstörung. Vielfach griff die Umplüfung auch den Bodenwasserhaushalt an – die Folgen: Der Boden trocknete aus und versalzte. Ist die Fruchtbarkeit der Steppenböden jedoch erst einmal zerstört, ist die Regenerierung, auch das zeigen die Erfahrungen der amerikanischen Kolonisation, unendlich schwer.

Wie rücksichtslos Chruschtschow die Neulandgewinnung vorantrieb und alles niederwalzte, was einer schnellen Produktionssteigerung im Wege stand, zeigen mehrere folgenschwere Begebenheiten. So führte er einen heftigen Kampf gegen das im Zuge der Kollektivierung weitgehend eingeführte Trawopolnaja-System, ein Fruchtfolgesystem, dessen Ergiebigkeit vielleicht begrenzt war, das aber eine verhältnismäßig rasche Erholung des Bodens unter Bedingungen ermöglichte, wo die Produktion von Mineraldünger noch kaum entwickelt war. Chruschtschows Kampf gegen dieses Fruchtfolgesystem führte jedenfalls dazu, daß in den Neulandgebieten geregelte Fruchtfolgen vielfach gar nicht oder erst sehr viel später eingeführt wurden, der Boden somit noch schneller ausgelaugt wurde. Auch spottete er darüber, daß die Sowjetmacht in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten damit begonnen hatte, Waldstreifen insbesondere in den Steppengebieten der Wolga anzulegen, um die schwarzen Stürme und Trockenwinde zu bändigen. Seine Nachfolger allerdings mußten zugeben, daß die Vernachlässigung der Bewaldung – teilweise wurden solche Schutzwälder sogar abgeholzt – zu schweren Schäden und Hilflosigkeit gegenüber den Naturgewalten führte.

Nur in den ersten Jahren schien der Weg Chruschtschows, die Nahrungsmittelversorgung durch die Erweiterung der extensiven Bewirtschaftung des Landes zu verbessern, von Erfolg gekrönt. Die Getreideproduktion lag 1960 um fast 50% höher als 1954, 1962 sogar um fast zwei Drittel. Doch dies Anwachsen verdeckt die Tatsache, daß die Agrarproduktion in den *alten* Anbaugeländen stagnierte, ja teilweise sogar sank: Die weitere maschinelle Ausstattung der bestehenden Kolchosen und Sowchosen wurde vernachlässigt, denn die nun produzierten landwirtschaftlichen Maschinen wurden v.a. den Neulandgebieten zugeführt. Zugleich wurden zahlreiche und oft die erfahrensten Arbeitskräfte aus den alten Anbaugeländen abgezogen und in den Neulandgebieten angesiedelt. Dies und die Verletzung elementarster Regeln bei der Bewirtschaftung bewirkten, daß z.B. in der RSFSR rund 600 000 ha ehemaliger Ackerfläche zu Ödland wurden, in der Ukraine rund 400 000 ha usw. Breschnew gab ungefähr zehn Jahre später zu, daß in manchen Gebieten, so der Nichtschwarzerdezone, die Erzeugung von Feldbauprodukten den Vorkriegsstand noch immer nicht wieder erreicht habe und die Milchleistung der Kühe dort in dieser Zeit um 400 Kilogramm pro Kuh gesunken sei.

1963 verzeichnete die Sowjetunion eine katastrophale Mißernte, und zwar gewissermaßen zwangsläufig. Denn erstens machte sich der Raubbau an der Natur bemerkbar. Zweitens wirkte verschärfend, daß weite Gebiete des Neulandes an der agronomischen Trockengrenze lagen, wo die Niederschlags- und Temperaturschwankungen immens sind und wo selbst unter besseren Bedingungen mit einer Mißernte pro Jahrzehnt, unter den schlimmsten Bedingungen sogar mit Mißernten in jedem zweiten Jahr gerechnet werden muß. Daß die Sowjetunion sich damals dieses Problem aufgeladen hat, das sie bis heute nicht bewältigen kann, ist einer der Hauptgründe für die tiefgreifenden Ernteschwankungen und die regelmäßigen Mißernten.

Die KPdSU hat nach dem Tode Stalins vor der Aufgabe versagt, die Natur umzugestalten. Nach Abschluß der Kollektivierung, nach der Beseitigung der Kriegsschäden und auf der Grundlage der aufgebauten Schwerindustrie waren die Bedingungen günstig, um zu fortgeschritteneren Produktionsmethoden überzugehen, Bodenmeliorations- und Bewässerungsprojekte einzuleiten, die Bodenfruchtbarkeit zu steigern, kurzum die intensive Bewirtschaftung des Bodens zu entwickeln, die die Ausnutzung und Beherrschung der Naturgesetze ermöglicht. Stattdessen spe-

kulierte Chruschtschow auf rasche Ergebnisse durch Ausweitung der extensiven Bewirtschaftung, eine Methode, die zunächst billiger erscheint, bis die gesellschaftlichen Kosten nicht mehr zu übergehen, die Schäden dann aber irreversibel sind.

Mit diesem Spekulantentum verband sich bei der neuen Führung der KPdSU eine tiefe Verachtung für die Arbeiter und Bauern, die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums. Man mag einwenden, daß die Neulandgewinnung die Mobilisierung gewaltiger Kräfte erforderte und diese Mobilisierung auch erfolgte. Tatsächlich brachen Hunderttausende aus den europäischen Teilen der UdSSR auf nach Osten, wo sie große Entbehrungen und Mühen auf sich nahmen. Doch auch dies erinnert, ganz unabhängig von dem politischen Willen und den Interessen der „Siedler“, stark an die „Besiedlung“ des amerikanischen Westens. Die Kehrseite nämlich: Die KPdSU stützte sich nicht auf die Werktätigen in den betroffenen Republiken, mißachtete ihre Kenntnisse und Erfahrungen, die für die rücksichtslose Neulandgewinnung kaum, für eine behutsame Erschließung der natürlichen Reichtümer aber hätten genutzt werden können. So gewann die Neulandgewinnung starke Züge einer Kolonisation des asiatischen Teils der Sowjetunion.

Beides, die Spekulation auf leichte Ernte und die Verachtung der Massen, schlägt sich in den landwirtschaftlichen Planvorgaben des 1959 in Kraft getretenen Siebenjahresplanes und in den Bemühungen um die Durchsetzung nieder. Tatsächlich waren diese Vorgaben, wie die Nachfolger Chruschtschows, die selbst natürlich an der Erstellung beteiligt gewesen waren, später zugeben mußten, unrealistisch und willkürlich. Doch dies wurde eben erst später zugegeben, quasi zur öffentlichen Begründung für den Sturz Chruschtschows. Vorher jedoch war der Plan für jede Kritik unantastbar, und die Reden Chruschtschows aus dieser Zeit beschäftigen sich ganz überwiegend mit der Suche nach den „Schuldigen“ für die Nichterfüllung. „Schuldig“ sei Stalin, weil er nichts von der Landwirtschaft verstanden habe, „schuldig“ sei das lang angewandte Trawopolnaja-System, an dem viele Kolchosen und Sowchosen offensichtlich immer noch festhielten, „schuldig“ seien die landwirtschaftlichen Leiter und Funktionäre, und „schuldig“ seien schließlich die „Genossen aus Krasnodar“ oder die „Genossen Kuban-Kosaken“ oder die „Genossen aus Belorußland“ oder aus Moldawien oder oder oder, jedenfalls die Genossen Kolchosbauern und Sowchosarbeiter. Man kann sich leicht vorstellen, welches Regiment bürokratischer Bevormundung und Unterdrückung der Massen auf solchem Boden gedieh. Vor allem aber: Was könnte deutlicher als diese Versuche, die Arbeiter und Bauern auf die „Höhen“ des Plans zu treiben, zum Ausdruck bringen, daß der Plan eben nicht mehr mit den Interessen der Produzenten übereinstimmt?

Obwohl die Nachfolger Chruschtschows dessen offensichtlichste Willkürakte revidieren oder abschwächen mußten und, wie schon angedeutet, gravierende Fehler zugeben mußten, setzten sie den von Chruschtschow eingeschlagenen Weg fort. Zwar ließen sie von weiteren Versuchen zur Neulandgewinnung ab und propagierten stattdessen die Entwicklung intensiver Ackerbaumethoden. Doch sind, trotz unleugbarer Fortschritte (2), die Ergebnisse verhältnismäßig mager. Eine Ursache für die niedrige Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft ist, daß die Investitionen in der Landwirtschaft unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegen und im Verhältnis zu den Gesamtinvestitionen nicht so viel höher als schon während des ersten Fünfjahrplanes. Immerhin konnte die Sowjetunion selbst in den harten Jahren vor dem faschistischen Überfall und auch nach Kriegsende Getreide exportieren, seit Anfang der 70er Jahre aber wurde sie zum Getreideimporteur. Warum? Weil die Einfuhr von Getreide zu Weltmarktpreisen billiger ist als die Produktion zusätzlichen Getreides in der Sowjetunion und weil diese Kostengesichtspunkte für die sowjetische Staats- und Parteiführung ausschlaggebend sind. – Breschnew und Co. setzten vor allem auch die von Chruschtschow eingeleitete „Wirtschaftsreform“ durch, die an dieser Stelle nicht behandelt werden kann, deren Kern aber die Herausbildung einer nicht-arbeitenden, von fremder Arbeit lebenden Klasse war. Diese Klasse ist nicht daran interessiert, die notwendigen gesellschaftlichen Mittel zu verausgaben, die zur Umgestaltung und Beherrschung der Natur notwendig sind.

1) Hans Raupach, Geschichte der Sowjetwirtschaft, Reinbek 1964, S. 108; 2) Politische Berichte 21/81, S. 13ff
Quellenhinweis: L.I. Breschnew, Fragen der Agrarpolitik der KPdSU und die Erschließung der Neulandgebiete Kasachstans, Berlin (Ost) 1975; N.S. Chruschtschow, Auf dem Wege zum Kommunismus, Berlin (Ost) 1964; Willi Dickhut, Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, Stuttgart 1974; Heiko Haumann, Grundlagen der sowjetischen Wirtschaftsverfassung, Meisenheim 1977. Weitere Hinweise s. auch Politische Berichte 5 und 6/82, S. 37

Demokratische Sozialisten

Vor Gründung der Partei keine Klarheit über die Prinzipien

Für den 20. März hatten die Bundestagsabgeordneten Manfred Coppel und Karl-Heinz Hansen, beide aus der Fraktion der SPD ausgeschieden, sowie acht weitere Personen zum „Forum Demokratische Sozialisten“ in Recklinghausen eingeladen. Zweck der Versammlung sollte sein, „gemeinsam nach neuen programmatischen und organisatorischen Antworten auf die Herausforderungen unsrer Zeit zu suchen und den politischen Kampf gegen den herrschenden Block von CDU/CSU/SPD/FDP anzutreten“.

Die Prinzipien, nach denen die neue Partei arbeiten könnte, sind nicht mit der Trennung von der SPD erklärt worden. Das Unternehmen der Spaltung der SPD fußt auch nicht auf einer Kritik an ihrem derzeitigen Programm.

Die Richtung, die zumindest Coppel und Hansen verfolgen, läßt sich einigermaßen deutlich aus ihren Beiträgen im Bundestag während des letzten Jahres ersehen. Kennzeichnend ist, daß sie jeweils Kritik an der Politik der Regierung üben, aber jegliche Kritik an der Politik der christlich-reaktionären Opposition versäumen.

Coppel und zwei weitere SPD-Abgeordnete lehnten am 3.6.1981 den Verteidigungshaushalt ab. Hansen und zwei weitere enthielten sich der Stimme. Aber in der Begründung gehen sie über die Kritik an falschen Prioritäten nicht hinaus: Coppel: „Wenn die Vergeudung volkswirtschaftlicher Ressourcen so ist, wie wir sie erleben, wenn jährlich 20 Milliarden Dollar für die Entwicklungshilfe ausgegeben werden, zur gleichen Zeit aber nahezu 500 Milliarden Dollar für die weltweite Rüstung, so ist das ein Ergebnis, mit dem sich eigentlich kein anständiger Mensch zufrieden geben kann.“ Am 9.10.1981 enthielten sich beide in der Abstimmung über den Antrag der SPD/FDP „Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung und Gewährleistung der Meinungsfreiheit“, nachdem der Antrag der CDU/CSU „Demonstration am 10. Oktober in Bonn“ abgelehnt worden war. Sie nahmen jedoch nicht Stellung, welche „Änderung der gegenwärtigen bundesdeutschen Politik“ sie anstreben.

In der Haushaltsdebatte am 12.11.81 erklärte Coppel für beide, sie würden die Kindergeldkürzung sowie die Gehalts- und Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst und die Kürzung der Ausbildungsförderung ablehnen.

Am 19.1.82 enthielten sich beide in der Haushaltsdebatte bei der Abstimmung über den Einzelplan des Auswärtigen Amtes, im wesentlichen, weil sie die Unterstützung der Militärjunta in der Türkei ablehnten. Coppel erklärte: „Ich möchte jedenfalls zu dieser Militärhilfe meinen Beitrag nicht leisten. Da es im Haushaltsplan überhaupt keine Gewähr dafür gibt, daß die Verpflichtungsermächtigung ... nicht schon wieder dazu benutzt wird, weitere Hilfszusagen an die türkische Militärjunta zu machen, möchte ich keinen Blankoscheck unterschreiben, der vielleicht im Laufe des Jahres nach Ankara abgeschickt wird.“

Am 5.2.82 nahmen beide nicht an der Abstimmung über die Vertrauensfrage des Bundeskanzlers Schmidt teil. Dazu erklärte Coppel, der einzige aktuelle Anlaß für das Stellen dieser Frage könne nur das Beschäftigungsprogramm sein. Was vorliege, verdiene aber diesen Namen nicht. Ein Programm, „das an den Bedürfnissen der Bevölkerung und an der regionalen und sektoralen Aufteilung der Arbeitslosenzahlen orientiert wäre und sozial gerecht durch Abgaben der Spitzenverdiener finanziert wäre“, sei es nicht. Weiter wendet er sich gegen das „Geschenkprogramm für die Unternehmer“, während sich die Lage der Rentner verschlechterte. Abgelehnt wird das Ansinnen, dem Kanzler Gefolgschaftstreue zu halten nach dem Motto: „Wenn du für den Frieden bist, mußt du für soziale Ungerechtigkeit im Inneren sein.“ Nach Auskunft von Hansen stimmten beide am 11.3.82 dem Gesetz über den NATO-Beitritt Spaniens nicht zu.

Zusammen mit den zahlreichen Anfragen und Zusatzfragen, die in der Fragestunde gestellt wurden, ergibt sich eine Richtung gegen Korruption und Schieberei, gegen Unterstützung von faschistischen Regimes und gegen Abbau von Sozialleistungen. Positiv kann man das Streben nach einer Steuerreform vermuten, die die Kapitalisten stärker belasten würde.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokolle vom Januar 1981 bis 11. März 1982

Steuergerechtigkeit: Bourgeois bringen Milliarden auf die Seite

„Mehr Steuergerechtigkeit“ – diese Forderung wird u.a. von den Wirtschaftsinstituten der Bourgeoisie erhoben aus Anlaß der drastisch wachsenden Lohnsteuerbelastung 1982. Der neue staatliche Lohnsteuerraubzug soll dadurch bemäntelt werden, daß die Finanzbehörden die Einkommenssteuerpflichtigen – und es wird vor allem die kleinen Gewerbetreibenden und Händler treffen – unerbittlicher und schneller zur Kasse bitten.

Anhand der Ergebnisse der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik 1977 (s. Pol. Ber. 6/82) haben wir untersucht, um wieviel Prozent die tatsächliche Steuerlast in den verschiedenen Einkommensklassen von der Soll-Steuerlast abweicht, die in den Steuertabellen ablesbar ist. Als Maßstab haben wir die Steuerklassen III/2 und IV/2 gewählt, also Steuerklassen, in denen die Abzugsquote sehr unterschiedlich ist, und zu den Abzugsbeträgen laut Tabelle die tatsächliche Steuerlast 1977 in den verschiedenen Einkommensklassen ins Verhältnis gesetzt. Zum Zweck der Vergleichbarkeit haben wir diesen Maßstab auch auf die Einkommenssteuerfälle angewandt. Ergebnis: Die Kapitalisten und die Monopolbourgeois bringen – legal nach den Steuergesetzen – Hunderttausende und Millionenbeträge dadurch auf die Seite, daß der Staat sie weit unter der Soll-Steuerlast besteuert, während er bei den Niedrigsteinkommen Milliarden stiehlt. Zu den einzelnen Einkommenszonen:

1. Gruppe bis rund 1200 DM monatlich: Die Ist-Soll-Kurve ist in dieser Zone nicht aussagekräftig, da in dieser Armutszone meist nicht Besteuerung nach Stkl. III oder IV vorliegt. Doch obwohl diese Niedrigsteinkommen kaum die Existenz auch nur einer Person ermöglichen, kassierte der bürgerliche Staat 1977 in dieser Zone rund 3 Mrd. DM Steuern, den Ärmsten geraubt. Die Selbständigen in dieser Zone können ihr „Geschäft“ nur halten, indem sie sich dieser Besteuerung möglichst weitgehend entziehen; die Ist-Soll-Quote liegt deutlich unter der Quote für die Lohnsteuerpflichtigen.

2. Gruppe von 1200 DM bis ca. 5400 DM: In dieser Zone tarifierter Löhne und Gehälter bzw. von Selbständigeneinkommen, die wesentlich aufgrund der persönlichen Arbeitsleistung des Selbständigen zustandekommen, liegt die Masse der Steuerpflichtigen und des Steueraufkommens. Die Ist-Soll-Quote nach Stkl. III fällt auf 100%, die nach Stkl. IV, in der je höher die Einkommen, desto weniger eingestuft sein dürften, fällt auf 70%.

3. Gruppe von ca. 5400 bis 18000 DM Monatseinkommen: In dieser Zone von leitenden Angestellten bzw. von Selbständigen, die zum erheblichen Teil ihre Einkünfte aus der Arbeit anderer ziehen, laufen die beiden Ist-Soll-Kurven immer mehr zusammen. Die tatsächlichen Steuerzahlungen liegen deutlich unter der Soll-Belastung. In dieser Zone liegt schon Kapitalanlage und Vermögen vor und werden die in den Steuergesetzen vorgesehenen Abzugsmöglichkeiten kraftvoll genutzt. Die Steuerersparnis ist so groß, daß problemlos der Steuerberater gezahlt werden kann, damit er die Steuererklärung erledigt.

4. Gruppe von rund 18000 bis 131000 DM monatlich: 10% unter dem Steuersoll liegen die tatsächlichen Steuerzahlungen in dieser Zone von Selbständigen und formell Lohnabhängigen, die beide in der Hauptsache von fremder Arbeit, von Kapital, leben. 1977 brachte der staatlich geförderte Steuerdiebstahl den Kapitalisten in dieser Einkommenszone ca. 1,4 Mrd. DM ein.

5. Von rund 131000 DM Monatseinnahmen aufwärts: Die Monopolbourgeois in dieser Sphäre des Luxuslebens haben die Mittel für ihre eigenen Steuerabteilungen, die die Steuergesetze voll ausschöpfen und die nötigen Kontakte zu den Finanzbehörden pflegen, gewinnbringend investiert, denn bei den Selbständigen in dieser Zone sinkt die Ist-Soll-Quote noch einmal ab, auf ca. 83% der Soll-Steuern. Es handelt sich dabei oft um Millionenbeträge. In dieser Zone zahlt sich das schleppende Veranlagungsverfahren der Finanzämter und die verspätete Zahlung der Steuerschuld (in NRW z.B. waren 1981 noch 11,2% aller Einkommenssteuerzahlungen Zahlungen für die Jahre 1978 und früher) so richtig aus. Würde man den über die Jahre gemachten Zinsgewinn auf nicht-gezahlte Steuer noch von der Abzugslast abziehen, so wäre die Ist-Soll-Quote für diese Monopolbourgeois noch vorteilhafter.

IFO: „Steueraufkommen '82: Neuer Belastungsschub bei der Lohnsteuer“

Auszüge aus dem IFO-Schnelldienst 6/82:

„Nach den ersten Berechnungen ist das Steueraufkommen 1981 auf 370,1 Mrd. DM gestiegen (+ 1,4%). Das sind 6,5 Mrd. DM weniger als ursprünglich geschätzt. Ursache dafür waren insbesondere die veranlagten Steuern. Die Lohnsteuer erwies sich trotz Entlastungen einmal mehr als Eckpfeiler der Einnahmeentwicklung. Dies gilt auch im laufenden Jahr. Daraus folgt ein bislang nicht gekannter, dramatischer Anstieg der Belastung von Bruttolöhnen und Gehältern mit Lohnsteuer ... Wollte man auf diese Belastung noch eine Ergänzungsabgabe aufpropfen, so würde man damit die Leistungsbereitschaft möglicherweise so stark treffen, daß ein neuer Schub an Fiskalverdrossenheit unvermeidlich wäre. Hierzu besteht ohnehin aus anderer Perspektive Anlaß: Bei der vom Arbeitgeber eingezogenen Lohnsteuer erhält der Staat von den Bruttolöhnen und -gehältern, mit gesetzlich gewährter Frist von sechs Wochen, „was des Staates ist“, während bei den Veranlagungssteuern nach neueren Informationen aus den Bundesländern die gesetzlich eingeräumten Fristen teilweise bis zu drei und mehr Jahren überschritten werden. Durch Veranlagungsbeschleunigung in Verbindung mit Vorauszahlungsanpassung könnte der Fiskus einmalig Finanzierungsmittel von rund 2,5 bis 5,5 Mrd. DM zeitlich vorverlagern ... Ein weiteres Aufkommenspotential läge in der Beitreibung wenigstens eines Teils der echten Steuerrückstände, die mit 7,2 Mrd. DM zu Buche stehen. Darüber hinaus kürzen steuerrechtsbedingt sehr hohe Abzugsbeträge und anrechenbare Steuern das Aufkommen der Einkommens- und Körperschaftsteuer. Sichtbar wird dieser Sachverhalt an den erheblichen Differenzen zwischen den durchschnittlichen Belastungen vor und nach Kürzung um die Abzugsbeträge ...

Mit der Verabschiedung neuer beschäftigungspolitischer Maßnahmen besteht Klarheit über die steuerpolitische Marschroute der Bundesregierung. Die Operation '82 endet zunächst in einem Aderlaß der Steuerpflichtigen. Die durchgeführten Verbrauchs- und die geplante Mehrwertsteuererhöhung werden sich im Zeitraum zwischen 1981 und 1984 auf nicht weniger als 34 Mrd. DM Mehreinnahmen kumulieren. Vermutlich wird sich die Entlastung nur im Rahmen der voraussichtlichen Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuererhöhung – das sind 9,5

Mrd. DM – bewegen. Die Durchschnittsbelastung der Bruttolöhne und -gehälter mit Lohnsteuer läge in diesem Fall bei 18,1% und damit wesentlich über dem Niveau von 1975. Noch nicht einmal die Rückgabe der zwischenzeitlich eingetretenen heimlichen Steuererhöhungen wäre damit erreicht ...

Obwohl bei der Lohnsteuer 1981 durch verschiedene Entlastungsmaßnahmen (Verlängerung der Proportionalzone, Tarifkorrektur etc.) Einnahmeausfälle in der Größenordnung von 6 Mrd. DM zu verzeichnen waren, erwies sich diese Steuer dank ihrer hohen Aufkommenselastizität mit einem Anstieg auf 116,6 Mrd. DM (+ 4,5%) einmal mehr als Eckpfeiler der Einnahmeentwicklung. Belastungsmäßig ergab sich ein Stopp. Die Durchschnittsbelastung der Bruttolöhne und -gehälter mit Lohnsteuer stagnierte auf Vorjahresniveau und lag bei 16,0%. Die Grenzbelastung fiel wegen der Entlastungen im Vorjahresvergleich auf 16,2% zurück.

Infolge des im Einkommenssteuertarif angelegten Progressionsanstiegs, aber auch durch Mehrbelastungen wegen der herabgesetzten Arbeitnehmerparazulagen und des Wegfalls des Haushaltsfreibetrages, wird der Fiskus 1982 im Rahmen eines noch nie registrierten und als dramatisch zu bezeichnenden Belastungsanstiegs von jeder zusätzlich verdienten Mark allein 34 Pfennige an Lohnsteuer kassieren ... Schließt man die Kirchensteuer und Sozialbeiträge in die Belastungsrechnung ein, dann verbleiben dem Arbeitnehmer nach Abzug von 60 Pfennigen öffentlicher Abgaben 1982 von der zusätzlich verdienten Mark nur 40 Pfennige. Damit wird die vielfach bei 50% vermutete Grenze und Schallmauer der Belastbarkeit drastisch erprobt ...

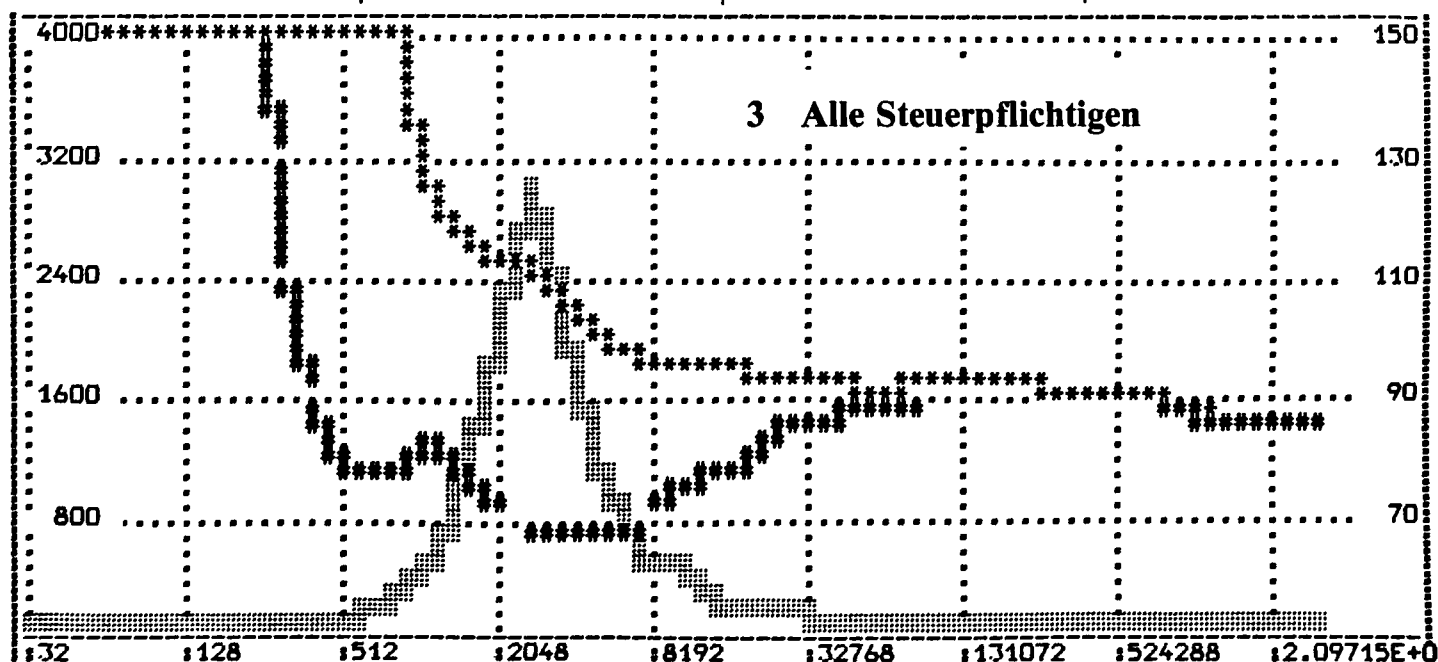
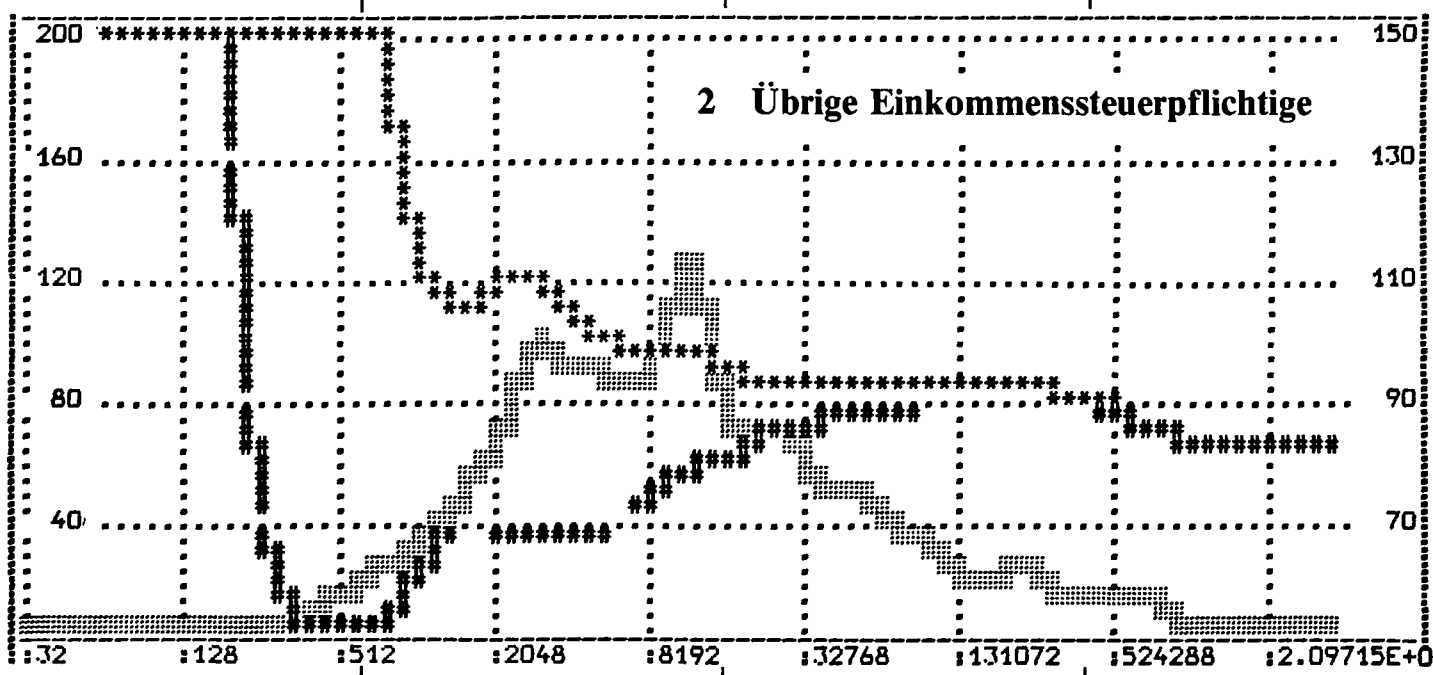
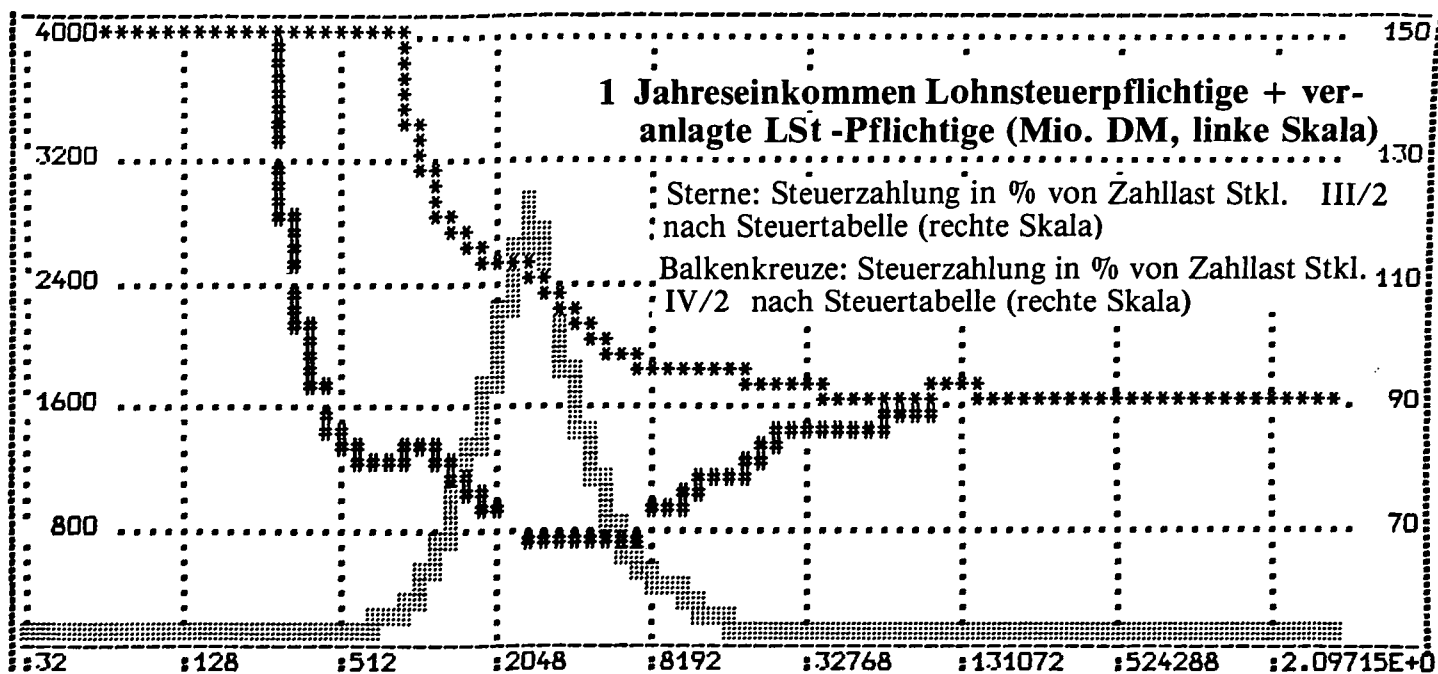
Als Konsequenz des gegenwärtigen Belastungsstandes muß die schon oft wiederholte Forderung nach einer echten Tarifreform unabweisbar mit höherer Priorität versehen in das Spektrum anstehender fiskalpolitischer Entscheidungen rücken. Im Klartext heißt dies: Senkung der Grenzbelastung durch Streckung des Einkommenssteuertarifs.

Ansonsten ist es unter den genannten Umständen kaum mehr verwunderlich, daß dem Fiskus 1982 allein aus der Lohnsteuer bei einem Einnahmenvolumen von 124,7 Mrd. DM (+ 6,9%) 8 Mrd. DM Mehreinnahmen in die Kasse fließen werden. Diesen Einnahmenanstieg trägt die immer noch sehr hohe Aufkommenselastizität. Die Lohnsteuer wächst nach wie vor fast doppelt so schnell wie die Bruttolohn- und -gehaltssumme.“

Um einen Maßstab für die 1977 tatsächlich gezahlte Steuer in den verschiedenen Einkommensklassen zu erhalten, wurde aus den vom Bundesfinanzministerium veröffentlichten Steuertabellen (Lohnsteuer: Bundesanzeiger v. 11.10.76; Grund- und Splittingtabelle: Bundesgesetzblatt I v. 12.10.74) die Steuerabzugslast für die Steuerklassen III/2 und IV/2 auf die aus der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik 1977 ermittelten durchschnittlichen Jahreseinkünfte nach Einkommensklassen festge-

stellt. Die *tatsächlich gezahlte* Steuer wurde durch die *Soll-Steuer* (nach Stkl. III/2 und IV/2) dividiert, der Quotient als Kurve mit „Sternchen“ bzw. „Balkenkreuzen“ aufgetragen. X-Achse: Monatseinkommen in DM.

Quelle: Einkünfte und Besteuerung der Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen 1977, in: Wirtschaft und Statistik 12/81



Terror in der Türkei

Die Bundesrepublik forciert seine Unterstützung



Die Herrschenden in der BRD behaupten, außenpolitisch eine weiße Weste zu haben und zum Wohle aller Handel zu treiben. War dies immer die Ausrede, mit dem Terror der USA in Vietnam in den 60er oder dem Militärputsch in Chile in den 70er Jahren nichts zu tun zu haben, so sind die Verbindungen der BRD zur Türkei offensichtlich. Die BRD unterstützt die Militärjunta und hat im NATO-Bündnis direkt diese besondere Aufgabe übertragen bekommen.

Berufsausbildung Kapitalisten verlangen alleinige Kontrolle

Dreist leugnen die Unternehmerverbände und Kapitalisten die Verschlechterung der Ausbildungssituation der Jugendlichen in der BRD. Der Berufsbildungsbericht der Bundesregierung konstatiert einen weiteren Rückgang der Ausbildungsplätze, der DGB schätzt, daß der Anteil der Jugendlichen, die in diesem Jahr keine Berufsausbildung erhalten können, auf 20% der Gesamt-

zahl der Suchenden ansteigen wird. Gegen die Forderungen der Gewerkschaften nach Verbesserung der Allgemeinbildung und der beruflichen Grundausbildung, selbst gegen die Meldepflicht für Ausbildungsplätze klagen die Kapitalisten über „Dirigismus“ von Staat und Gewerkschaft. Sie wollen die Kosten für die Ausbildung senken und die Ausbildungen weiter spezialisieren.



Baden-Württemberg

Zwei Jahre Landtagsarbeit der Grünen



Bei den baden-württembergischen Landtagswahlen im März 1980 erhielten die Grünen 5,3% der Stimmen und zogen mit sechs Abgeordneten in den Landtag ein, in dem die CDU über die absolute Mehrheit verfügt. In den vergangenen zwei Jahren haben die Grünen an vielen Punkten fortschrittliche und demokratische Bewegungen im Landtag

unterstützt. Die bürgerlichen Medien verschweigen hartnäckig die Tätigkeit der Grünen im Landtag oder versuchen, die Politik der Grünen zu entstellen. In einem Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten W. Kretschmann wurden unter anderem die Vorstellungen der Grünen zur Bildungspolitik und Energiepolitik diskutiert.

Angola

Angriffe der RSA behindern den Aufbau des Landes

Die ständigen Angriffe und Sabotageaktionen des südafrikanischen Siedlerregimes erschweren den wirtschaftlichen Aufbau des Landes. Im vergangenen Jahr ging sowohl die Kaffee- als auch die Ölproduktion zurück, neben Industriediamanten Hauptexportartikel. Weil Angola das Abkommen von Lomé nicht unter-



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457